

Bezirkskonferenz
14. & 15. Juni 2025
Springe



**DIE ZUKUNFT
IST OFFEN!**

SIE GEHÖRT UNS.

ANTRAGSBUCH

Antragsbuch zur Bezirkskonferenz 2025

Herausgeber*innen:

Jusos Bezirk Hannover
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

Für den Inhalt eines Antrags sind die jeweiligen Antragsteller*innen verantwortlich.

Vorgeschlagene Tagesordnung:

TOP 1. Begrüßung

TOP 2. Wahl eines Präsidiums

TOP 3. Beschluss über die Geschäftsordnung

TOP 4. Beschluss über die Tagesordnung

TOP 5. Wahl einer Mandatsprüfungs- und Zählkommission

TOP 6. Bericht der Mandatsprüfungskommission

TOP 7. Grußworte

TOP 8. Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstandes

TOP 9. Entlastung des Bezirksvorstandes

TOP 10. Diskussion und Beschluss eines Arbeitsprogramms

TOP 11. Wahl einer oder eines Bezirksvorsitzenden

TOP 12. Festlegung der Anzahl der stellvertretenden Vorsitzenden

TOP 13. Wahl der stellvertretenden Bezirksvorsitzenden

TOP 14. Wahlen der Delegierten zum Bundeskongress

TOP 15. Wahlen der Vertreter*innen im Bundesausschuss

TOP 16. Nominierungen

TOP 17. Antragsberatung

TOP 18. Schlusswort

Vorgeschlagene Geschäftsordnung

§ 1 Die Bezirkskonferenz ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gemeldeten Delegierten anwesend ist. Wird die Beschlussunfähigkeit festgestellt, wird die Konferenz unterbrochen oder alle nicht behandelten Anträge in den Bezirksbeirat verwiesen. Über die Dauer der Unterbrechung oder die Überweisung entscheidet das Plenum.

§ 2 Rede- und Antragsrecht haben alle anwesenden Mitglieder sowie die vom Bezirksvorstand geladenen Gäste. Stimmberechtigt sind die gewählten Delegierten.

§ 3 Bei Abstimmungen und Nominierungen wird mit einfacher Mehrheit entschieden. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.

§ 4 Wortmeldungen werden grundsätzlich schriftlich beim Präsidium eingereicht. Es wird eine Redeliste geführt, aus der abwechselnd einer Frau* und einem Mann das Wort erteilt wird. Stehen keine Frauen mehr auf der Redeliste, erhalten noch maximal drei Männer aufeinanderfolgend das Wort, danach wird die Redeliste geschlossen. Die Redeliste kann einmalig, mit einer Mehrheit von mehr als der Hälfte der Stimmberechtigten, für drei weitere Redner geöffnet werden.

§ 5 Das Wort zur Geschäftsordnung wird außerhalb der Reihenfolge der übrigen Wortmeldungen erteilt. Über Anträge zur Geschäftsordnung (GO-Anträge) wird abgestimmt, nachdem eine Wortmeldung für und eine Wortmeldung gegen den Antrag erhoben wurde. GO-Anträge ohne Gegenrede sind angenommen. Anträge auf Schluss der Debatte oder der Redeliste können nur von Delegierten gestellt werden, die noch nicht zur Sache gesprochen haben.

§ 6 Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten. Zur gleichen Sache erhält die gleiche Person höchstens zweimal das Wort. Durch GO-Antrag kann die Redezeit für einen Antrag, Antragsbereich oder Tagesordnungspunkt auf einen kürzeren Zeitraum festgesetzt werden.

§ 7 Persönliche Erklärungen sind stets zulässig. Sie sind nur am Schluss einer Debatte oder nach einer Abstimmung möglich.

§ 8 Die Wahlen erfolgen nach der Wahlordnung der SPD.

§ 9 Anträge, die nicht innerhalb der ordentlichen Antragsfrist gestellt wurden (Initiativanträge), können während der Konferenz bis zu einer Stunde nach dem offiziellen Beginn der Konferenz gestellt werden. Sie werden behandelt, wenn sie beim Präsidium in einer zur Vervielfältigung geeigneten Form (grds. elektronisch) vorgelegt werden und von mindestens 15 Delegierten aus drei Unterbezirken unterstützt werden.

§ 10 Personalvorschläge für die Wahlen zum Bezirksvorstand und für die Nominierung zum SPD-Bezirksvorstand sind bis zu einer Stunde nach dem Beginn der Konferenz am Samstag möglich. Personalvorschläge für die Wahlen der Delegierten zum Bundeskongress sind bis zu dreißig Minuten nach der Fortsetzung der Konferenz am zweiten Tage zulässig. Personalvorschläge zum Bundesausschuss werden vom Bezirksvorstand nach dessen Wahl und Konstituierung gestellt und sind zulässig. Personalvorschläge sind dem Präsidium schriftlich vorzulegen.

Personalvorschläge

Kandidatur als Doppelspitze für den Vorsitz der Jusos Bezirk Hannover

Name	Vorname	Nominiert als Doppelspitze von
Albers	Marco Darius	UB Diepholz, UB Hildesheim, UB
Jarmuth	Lisa	Landkreis Harburg, UB Nienburg, UB Region Hannover, UB Celle, UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Kandidaturen für den stellvertretenden Vorsitz der Jusos Bezirk Hannover

Name	Vorname	Nominiert von
Basner	Louisa	UB Landkreis Harburg
Block	Emily	UB Nienburg
Chemovskii	Mark	UB Göttingen
Flügge	Johannes	UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Hemme	Pascal	UB Celle
Meyer	Lara	UB Diepholz
Ritter	Lana	UB Nienburg
Siegismund	Fidelia	UB Region Hannover

Personalvorschläge für die Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Juso-Bundeskongress

Die Personalvorschläge für die Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Juso-Bundeskongress werden als Tischvorlage zur Bezirkskonferenz vorgelegt.

Anträge

Inhaltsverzeichnis

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
AP01	Die Zukunft ist offen! Sie gehört uns. Bezirksvorstand	4
A01	Wohnen günstiger machen – Nebenkosten runter! Jusos Celle	12
A02	Mehr Wertschätzung für Freiwillige: Bessere finanzielle Rahmenbedingungen im Freiwilligendienst Jusos Uelzen/Lüchow-Dannenberg	14
A03	Endlich Respekt für Arbeit & Ausbildung! Jusos Hildesheim	15
A04	Keine Pauschalisierung bei der Versorgung von Mutter und Kind! Jusos Hildesheim	17
A05	Mindestlohn krisenfest machen - Mindestlohnkommission häufiger einberufen! Jusos Hildesheim	20
A06	Indexlohn Jusos Lüneburg	21
B01	20 Jahre internationale Hochschulrankings - Wie den Hochschulen der Wettbewerb aufgezwungen wird Jusos Region Hannover	22
B02	Unsichtbare Frauen in der Wissenschaft – Maßnahmen gegen den Matilda- Effekt Jusos Region Hannover	24
D01	Keine Volksrepublik in den Kinderzimmern Jusos Landkreis Harburg	26
D02	Stärkere Regulierung von Social Media Jusos Region Hannover	27
D03	Die digitale Einheit Deutschlands: Ein klarer Plan für eine einheitliche Architektur Jusos Region Hannover	29
D04	Alterskontrolle für Bücher ist Pflicht! Jusos Region Hannover	31
E01	Slava Ukraini – Solidarität kennt kein Ablaufdatum! Bezirksvorstand	33
E02	Für Demokratie und Freiheit – Solidarität mit der türkischen Opposition Bezirksvorstand	36
E03	Menschenwürde statt Maschinengewalt - Letale autonome Waffensysteme international verbieten Bezirksvorstand	39
F01	Tradwives und Stay-at-home Girlfriends - Antifeminismus auf Social Media den Kampf ansagen! Bezirksvorstand	43

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
F02	Das Selbstbestimmungsgesetz muss bleiben! Für eine starke und fortschrittliche Queerpolitik Bezirksvorstand	46
F03	Feministische Stadtplanung verpflichtend verankern Jusos Landkreis Harburg	48
F04	Doppelt spitze – Frauenförderung in der SPD großschreiben! Jusos Region Hannover	49
G01	Psychotherapeutenausbildung fördern, Therapieplätze sichern! Jusos Landkreis Harburg	51
G02	Bist du dir sicher? Für eine niedrighschwellige Lebensmittelkennzeichnung Jusos Region Hannover	52
G03	Intergeschlechtlichkeit bei Neugeborenen und im Kindesalter Jusos Unterbezirk Nienburg	54
I01	Die Zeit der Warnungen ist vorbei - jetzt braucht es endlich wirksames Handeln: AfD-Verbotsverfahren jetzt! Bezirksvorstand	56
I02	Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene verpflichten Jusos Landkreis Harburg	62
I03	Solidarität mit Antifaschist*innen – Für eine wehrhafte Demokratie Jusos Unterbezirk Göttingen	63
I04	Echte Sozialdemokratische Migrationspolitik Jusos Hildesheim	65
I05	Gerechtigkeit für Lorenz – Konsequente Aufklärung und entschlossener Kampf gegen rassistische Polizeigewalt Jusos Region Hannover	67
S01	Glaubwürdig erneuern – für die SPD als linke Volkspartei! Bezirksvorstand	69
S02	Neuanfang jetzt! Personelle Konsequenzen nach der historischen Wahlniederlage 2025 Jusos Lüneburg	75
S03	Handyverbot für Markus Söder! Jusos Lüneburg	77
S04	Keine Spenden von der Tabaklobby Jusos Landkreis Harburg	78
S05	Faire Wahlen für alle: Briefwahlprobleme im Ausland lösen! Jusos Region Hannover	79
V01	Richtung Zukunft: Ordnung statt Gleis-Wirrwar Jusos Hildesheim	81
W01	Für echte Umverteilung – Grunderbe darf kein Ersatz für Gerechtigkeit sein! Jusos Hildesheim	82
W02	Automatische Erhöhung von Freibeträgen Jusos Region Hannover	84
U01	Licht aus, Nachtruhe! - Lichtverschmutzung entgegenwirken und natürliche Habitate schützen Bezirksvorstand	85

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
U02	Europäische Zusammenarbeit für den Erhalt gefährdeter Arten: Ein gemeinsamer Weg zum Schutz unserer Biodiversität Jusos Region Hannover	88
U03	Kein Freiflug für Millionäre – Schlupflöcher bei der Kerosinsteuer schließen! Jusos Region Hannover	91
U04	Schleppnetzfischerei nachhaltig gestalten, das Ökosystem Meer schützen! Jusos Unterbezirk Nienburg	92

Antrag AP01: Die Zukunft ist offen! Sie gehört uns.

Laufende Nummer: 1

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 Bei der Bundestagswahl 2025 hat die SPD ihr historisch schlechtestes Ergebnis
2 eingefahren. Die CDU stellt mit Friedrich Merz den Kanzler und die AfD ist
3 zweitstärkste Kraft geworden. Die SPD steht unter Druck, durch einen massiven
4 Rechtsruck in unserer Gesellschaft und das zunehmende schwindende Vertrauen vieler
5 Menschen in die Glaubwürdigkeit und Umsetzungsfähigkeit von Kernthemen der SPD.
6 Deswegen ist es jetzt an der Zeit für klare Worte, mutige Schritte und neue Antworten
7 auf die Fragen, die sich die Menschen wirklich stellen.

8 Viele junge Menschen erleben eine nie dagewesene politische Verunsicherung. Steigende
9 Inflation, Kriege, Wohnungsnot, die Spaltung der Gesellschaft, Armut und Klimawandel.
10 Auch nach der Pandemie scheint der Krisenmodus für die junge Generation kein Ende zu
11 nehmen. Gerade in diesen Zeiten werden wir Jusos der Motor für positive Veränderungen
12 in unserer Partei und darüber hinaus sein. Es braucht Veränderung. Gemeinsam mit euch
13 wollen wir dafür kämpfen, dass die SPD wieder konsequent zu ihren eigenen
14 Überzeugungen steht: für soziale Gerechtigkeit, eine humane Asyl- und
15 Migrationspolitik und für eine feministische Gesellschaft.

16 Wir Jusos wollen der Ort sein, wo junge Menschen Lust haben, sich zu engagieren, sich
17 aufgenommen fühlen, Ideen einbringen und ihre eigenen Überzeugungen wahrgenommen
18 werden. Wir wollen einen offenen und vielfältigen Verband leben, der Hand in Hand mit
19 den Unterbezirken und dem Bezirk für die Veränderungen einsteht, die wir von der SPD
20 fordern. Wir wollen, dass die Jusos mit am Tisch sitzen, wenn über die Zukunft der
21 Sozialdemokratie entschieden wird. Denn die Zukunft der SPD darf nicht ohne uns
22 geschehen, sie muss von uns Jusos maßgeblich mitgestaltet werden.

23 Gemeinsam mit euch wollen wir für eine jungsozialistische, feministische,
24 internationalistische Welt eintreten. Auch wenn uns die politischen Ereignisse der
25 letzten Monate für uns oft frustrierend waren, sind wir davon überzeugt: Resignation
26 ist keine Option. Nichts von dem, was wir gerade erleben - soziale Ungleichheit,
27 Rechtsruck, Krieg und Krisen - ist in Stein gemeißelt. Alles ist veränderbar und wir
28 organisieren uns, um das alles zum Besseren zu verändern. Denn die Zukunft ist offen!
29 Und sie muss uns gehören!

30 **Unsere Bildungsarbeit und Veranstaltungen**

31 Im kommenden Vorstandsjahr werden wir unsere Bildungs-Wochenenden in Form unserer
32 Denkfabriken beibehalten. Wenn möglich, werden wir dabei zukünftig zwei Stränge
33 anbieten, um sowohl Fortgeschrittene als auch Einsteiger*innen anzusprechen und
34 abzuholen. Des Weiteren werden wir kreative Workshop-Formate ausbauen, sowie neue
35 Seminarformate ausprobieren, um für mehr Abwechslung im Programm zu sorgen und
36 Vernetzungsmöglichkeiten zu bieten. Unsere Themenbereiche Antirassismus und

37 Feminismus werden zukünftig in einer Denkfabrik stattfinden, um intersektionale
38 feministische Perspektiven zu fördern und um die "Denkfabrik Internationalismus und
39 Antifaschismus" zu entlasten. Zusätzlich zu den bereits genannten Denkfabriken
40 bleiben die Denkfabrik Grundlagen und Sozialismus Teil unseres Programms. Des
41 Weiteren soll auch in dieser Amtszeit eine Unterbezirksvorsitzendenkonferenz
42 stattfinden. Neu implementieren wollen wir ein Format für die Weiterentwicklung von
43 Schlüsselkompetenzen, beispielsweise zu Themen wie Rhetorik, Awareness oder sozialen
44 Medien. Zudem werden wir Themenabende anbieten, um einen digitalen Austausch über
45 aktuelle Themen zu ermöglichen. Unsere FINTA*-Vernetzungen werden wir zu einem
46 gezielten FINTA*-Mentoring weiterentwickeln.

47 Wir werden außerdem Vor-Ort-Besuche oder Exkursionen durchführen, beispielsweise bei
48 Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen oder eine gemeinsame Fahrradtour zum Thema
49 Umwelt. Die BeVos auf Abruf werden wir weiterhin anbieten und ausbauen. Für unsere
50 gute internationale Arbeit sowie einen internationalen Austausch soll es auch in
51 diesem Jahr wieder eine verbandsoffene Delegationsreise geben. Über unsere
52 Veranstaltungen hinaus planen wir unsere Social Media Arbeit weiterzuführen und
53 unsere externe Kommunikation um Blogbeiträge auf der Website zu erweitern.

54 **Unsere Schwerpunkte**

55 **Sozialismus**

56 Wir beobachten weiterhin, wie das vorherrschende kapitalistische System soziale
57 Ungleichheit, Diskriminierung und Umweltzerstörung verursacht. Es schützt die
58 bestehenden Machtverhältnisse zugunsten des Kapitals und seiner Profiteur*innen – auf
59 Kosten von Mensch und Natur. Dieses System verhindert notwendige gesellschaftliche
60 Veränderungen und erhält den Status quo aufrecht. Rechtsextreme Kräfte wie die AfD
61 nutzen diese Situation aus, um demokratiefeindliche und faschistische Tendenzen in
62 unsere Gesellschaft zu tragen. Für uns Jusos ist deshalb klar: Das ausbeuterische
63 System des Kapitalismus muss überwunden werden, um den Weg für einen demokratischen
64 Sozialismus zu ebnen.

65 Im Rahmen unserer politischen Bildungsarbeit wollen wir uns daher intensiv mit den
66 theoretischen Grundlagen des Sozialismus und den Herausforderungen des 21.
67 Jahrhunderts auseinandersetzen. Unser Ziel ist es, sozialistische Ideen
68 weiterzuentwickeln und die bestehenden Theorien in die Gegenwart zu übersetzen.

69 Ein besonderer Fokus wird hier auf den theoretischen Grundlagen des Sozialismus, wie
70 sie in den Werken von Karl Marx und Friedrich Engels formuliert wurden liegen. Die
71 Auseinandersetzung mit diesen Schriften verstehen wir als ersten Schritt hin zur
72 praktischen Umsetzung sozialistischer Theorie. Darüber hinaus wollen wir den
73 Kapitalismus umfassend analysieren und eine fundierte Kritik erarbeiten. Wir zeigen
74 die Ursachen für soziale Ungleichheit und ökologische Zerstörung auf und entwickeln
75 Ideen für ein gerechteres, solidarischeres und nachhaltigeres Gesellschaftsmodell. In
76 allen Lebensbereichen wollen wir uns für Chancengleichheit einsetzen. Strukturelle
77 Benachteiligung beginnt in der Kita und Schule und lässt sich bis zum Rentenalter
78 verfolgen. Wir wollen uns weiterhin für Chancengleichheit, besonders derer von
79 marginalisierten Gruppen einsetzen. Deshalb werden wir uns insbesondere mit Themen
80 wie Kinderarmut oder Jugendarbeitslosigkeit auseinandersetzen.

81 In einer zunehmend komplexen Welt setzen wir uns dafür ein, die Prinzipien des
82 demokratischen Sozialismus weiterzudenken und in einem demokratischen Rahmen zu
83 verwirklichen. Der demokratische Sozialismus soll Antworten auf die sozialen,
84 ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit liefern.

85 Eine zentrale Aufgabe besteht für uns darin, die SPD als Partei des Proletariats für
86 das 21. Jahrhundert neu zu gestalten. Sie muss sich als progressive Kraft
87 positionieren, die konsequent für die Rechte aller sozial Benachteiligten eintritt
88 und sich für eine grundlegende gesellschaftliche Transformation hin zu mehr sozialer
89 und ökologischer Gerechtigkeit engagiert. Dabei wollen wir alle gesellschaftlichen
90 Gruppen in den demokratischen Diskurs einbeziehen.

91 Wir fordern eine progressive Finanzpolitik auseinandersetzen, die Reichtum gerecht
92 umverteilt.

93 Wir sehen den Klimawandel und die soziale Transformation als die zentralen
94 Herausforderungen unserer Zeit. Darum werden wir uns damit auseinandersetzen, wie
95 Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit verbunden werden kann. Dazu gehört für uns
96 auch die Auseinandersetzung rund um den Ausbau erneuerbarer Energien, die Schaffung
97 grüner Arbeitsplätze und eine faire Ressourcennutzung. Auch Umwelt- und Naturschutz
98 behalten wir weiterhin im Blick – insbesondere die Bedeutung von Biodiversität und
99 ökologischer Vielfalt. Denkbar sind Formate, in denen wir Umweltschutz auch vor Ort
100 erleben und Einblicke in praktische Ansätze erhalten. Denn für uns ist eine
101 jungsozialistische Wirtschaftspolitik nur gut gedacht, wenn sie so gestaltet ist,
102 dass die natürlichen Lebensgrundlagen nicht gefährdet sind.

103 Unser Ziel ist eine lebenswerte Zukunft für alle – ökologisch, sozial und
104 solidarisch.

105 **Internationalismus**

106 Auch unsere internationale Arbeit bleibt ein fester Bestandteil unserer politischen
107 Praxis. Für uns ist internationale Solidarität keine Floskel, sondern eine gelebte
108 Überzeugung. In den vergangenen Jahren haben wir durch private Kontakte,
109 Delegationsreisen und internationale Arbeitsgemeinschaften unsere Zusammenarbeit mit
110 Partnerorganisationen weltweit gestärkt – diesen Weg wollen wir konsequent
111 weitergehen.

112 Unseren inhaltlichen Fokus setzen wir auf mehrere Themen: Wir nehmen aktuelle und
113 andauernde internationale Konflikte genau in den Blick – von der Bedrohung durch den
114 unter Putin geführten Angriffskrieg und den russischen Imperialismus über
115 beispielsweise bewaffnete Auseinandersetzungen in der Sahelzone, im indopazifik Raum
116 oder in Israel und den palästinensischen Gebieten. Denn leider finden Kriege und
117 Krisen an vielen Orten gleichzeitig statt – das macht globale Aufmerksamkeit,
118 politische Analyse und solidarisches Handeln umso wichtiger. Wir wollen daher
119 geopolitische Entwicklungen kritisch begleiten, internationale Machtverhältnisse
120 verstehen und progressive Gegenentwürfe sichtbar machen. Die Rolle Europas und der
121 USA in der globalen Ordnung sowie eine faire und solidarische Handelspolitik stehen
122 für uns dabei ebenso im Fokus.

123 Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die Entwicklungen in Lateinamerika, wo soziale
124 Bewegungen und progressive Regierungen derzeit unter Druck stehen – gleichzeitig aber

125 auch neue Impulse für soziale Gerechtigkeit setzen. Auch postkoloniale Kontinuitäten
126 und koloniale Machtverhältnisse betrachten wir kritisch – mit dem Ziel, globale
127 Ungleichheiten klar zu benennen und solidarisch zu bekämpfen.

128 Ein weiterer Fokus liegt auf feministischer Außenpolitik. Wir setzen uns für eine
129 internationale Politik ein, die Geschlechtergerechtigkeit, Menschenrechte und Frieden
130 miteinander verbindet – und damit patriarchale und machtpolitische Strukturen infrage
131 stellt.

132 Zukünftig wollen wir unsere internationalen Freund*innenschaften weiter ausbauen und
133 vertiefen. Das kann durch Workshops, Dialogformate, gegenseitige Besuche und den
134 gezielten Aufbau von Beziehungen zu progressiven Jugendorganisationen weltweit
135 geschehen.

136 **Feminismus**

137 **Gender Gaps**

138 Gesundheit ist eine grundlegende Voraussetzung für ein erfülltes und selbstbestimmtes
139 Leben. Sie beeinflusst nicht nur unser Wohlbefinden, sondern auch unsere Chancen im
140 Alltag, Beruf und gesellschaftliche Teilhabe. Trotz zahlreicher Fortschritte und
141 Errungenschaften in Forschung und Gesundheitsversorgung haben immer noch nicht alle
142 Menschen in Deutschland einen gleichwertigen Zugang zu medizinischer Versorgung. So
143 werden FINTA* im Bereich der Gesundheitsversorgung und Forschung nach wie vor
144 systematisch diskriminiert und häufiger unzureichend medizinisch versorgt. Dies wird
145 auch als Gender Health Gap bezeichnet.

146 Das muss sich dringend ändern!

147 Wir fordern daher die Schließung der Gender Health Gap durch gendersensible Forschung
148 und Gesundheitsversorgung. Außerdem müssen FINTA* betreffende Erkrankungen sichtbar
149 gemacht werden, denn um die Versorgung zu verbessern, ist auch eine intensivere
150 Aufklärung über FINTA*-spezifische Erkrankungen notwendig.

151 Auch im Bereich der Gesundheitsprävention beobachten wir weiterhin eine starke
152 Diskriminierung marginalisierter Gruppen. Unter Gesundheitsprävention versteht man
153 gezielte Strategien und Maßnahmen, die darauf abzielen, Krankheiten zu vermeiden und
154 das Wohlbefinden zu fördern. Diese Ungleichheiten führen dazu, dass präventive
155 Angebote nicht alle erreichen und somit bestehende soziale und gesundheitliche
156 Ungleichheiten verstärkt werden. Daher setzen wir uns für die Entwicklung inklusiver
157 und zugänglicher Präventionsmaßnahmen ein, die die Bedürfnisse aller Menschen
158 berücksichtigen und Diskriminierung aktiv abbauen. Der feministische Arbeitskampf ist
159 ein zentraler Bestandteil des Einsatzes für soziale Gerechtigkeit und
160 Gleichberechtigung. Trotz gesellschaftlicher Debatten sind FINTA* in der Arbeitswelt
161 weiterhin struktureller Diskriminierung ausgesetzt: Gender-Pay Gap und die doppelte
162 Belastung durch Erwerbs- und Care-Arbeit sind nur einige der täglichen
163 Herausforderungen. Dem wollen wir entgegenwirken und uns für Gleichstellung in der
164 Arbeitswelt einsetzen.

165 **Körperliche Selbstbestimmung**

166 Die Kontrolle über den eigenen Körper ist ein grundlegendes Menschenrecht, in

167 Deutschland ist dieses Recht allerdings nur für Menschen ohne Uterus reell gültig,
168 denn die körperliche Selbstbestimmung hört mit §218 und der entsprechenden
169 Kriminalisierung von Abtreibungen auf. Menschen, die eine Abtreibung möchten, werden
170 mit Stigmatisierung, Kriminalisierung und gesellschaftlicher Verurteilung
171 konfrontiert. Der aktuelle Umgang mit der körperlichen Selbstbestimmung von Menschen
172 mit Uterus ist nicht tragbar, daher fordern wir die Abschaffung von §218.
173 Statt einer Kriminalisierung und großen Versorgungslücken braucht es ein Recht auf
174 Abtreibung ohne Beratungspflicht sowie eine flächendeckende Gesundheitsversorgung.
175 Abtreibungen müssen grundsätzlich im Medizinstudium gelehrt werden und verpflichtend
176 Teil der gynäkologischen Facharztausbildung sein. Wir werden deshalb auch im
177 kommenden Vorstandsjahr für die Abschaffung von §218 kämpfen und Druck auf die SPD in
178 der Bundesregierung ausüben, dieses zentrale Thema nicht zu vergessen. Außerdem
179 werden wir in feministischen Bündnissen öffentlichen Druck für echte körperliche
180 Selbstbestimmung aufbauen.

181 **Kritische Männlichkeit**

182 Feminismus bedeutet auch, Männer in die Pflicht zu nehmen: Wir wollen toxische
183 Männlichkeit durch Reflexion in Form kritischer Männlichkeit hinterfragen und
184 bestehende patriarchale und traditionelle Rollen aufbrechen. Bestehende Strukturen
185 sollen reflektiert und aufgebrochen werden. Kritische Männlichkeitsplena sollen
186 hierfür genutzt werden. Ziel ist praktisch gelebten Feminismus im Verband, in der
187 Partei und in der Gesellschaft insgesamt voranzutreiben. Insbesondere Männer sollten
188 zudem dazu gebracht werden, ihr feministisches Wissen zu erweitern.

189 Wenn rechte Politik zunimmt, bekommen dies als erstes FINTA*, queere Personen und
190 BIPOC zu spüren. Genau das können wir aktuell in den USA unter der neuen Regierung
191 von Trump erkennen. Deshalb werden wir den antifaschistischen Kampf immer auch aus
192 einer feministischen Perspektive führen. Fest steht: Wir Jusos kämpfen weiterhin für
193 ein selbstbestimmtes Leben queerer Menschen weltweit!

194 Denn es liegt an uns, über unseren eigenen Verband heraus für eine feministische
195 Gesellschaft zu kämpfen, sowie uns entschlossen gegen jegliche Diskriminierung
196 aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung zu stellen. Wir werden daher
197 den Themenbereich Feminismus in jede unserer Veranstaltungen und Aktionen
198 einbeziehen. Unser Feminismusverständnis ist queer, materialistisch und vor allem
199 intersektional. Denn wir setzen uns für eine gerechte und gleichgestellte Zukunft für
200 alle ein, in der sich jede und jeder wohlfühlt.

201 **Antifaschismus**

202 Antifaschismus ist in der DNA der Jusos fest verankert und gewinnt mit dem Erstarken
203 von rechten und rechtsextremen Kräften zwangsläufig an Relevanz. Im kommenden
204 Vorstandsjahr wollen wir uns deswegen mit dem Parteiverbotsverfahren der AfD
205 beschäftigen und uns dafür in- und außerhalb unserer Partei einsetzen. Wir werden uns
206 weiterhin mit der AfD auseinandersetzen, die nun offiziell mit den anderen
207 rechtsextremen Organisationen in Niedersachsen und darüber hinaus gleichgesetzt
208 werden kann und muss. Für uns ist klar: Nie wieder, das ist jetzt!

209 Zudem werden wir uns mit der Aufklärung rechter Mythen über Migration beschäftigen
210 und eine rechtliche Klarstellung bieten. Der Diskurs in unserer Gesellschaft

211 verschiebt sich immer weiter nach rechts, dabei werden falsche und rassistische
212 Bilder über Migration und Migrant*innen gemalt. Auch Teile der SPD sind hierfür
213 mitverantwortlich. Dem wollen wir mit nichts geringerem als der Wahrheit
214 gegenüberreten, denn aus einem rechten Diskurs resultiert eine rechte Politik.
215 Des Weiteren werden wir uns mit Critical Whiteness beziehungsweise kritischem
216 Weißsein auseinandersetzen. Dabei geht es darum, unsere eigenen Privilegien zu
217 reflektieren, aber auch uns mit unserem eigenem Rassismus auseinandersetzen, denn
218 nur wenn wir dies tun, können wir auch aktiv antirassistisch und allys für BIPOC
219 Personen sein und BiPoC Empowerment wirklich leben.
220 Der Hass gegen Jüdinnen*Juden ist tief in unserer Gesellschaft und weltweit
221 verwurzelt und äußert sich in vielen verschiedenen Formen und ideologischen
222 Kontexten.. Die steigende Tendenz der antisemitischen Angriffe - ob verbal oder sogar
223 körperlich - erfüllt uns mit Entsetzen und umso konsequenter müssen wir uns mit der
224 Problematik auseinandersetzen. Mit dem Erstarken der rechtsextremen AfD und
225 neonazistischen Gruppen auf der einen Seite und den Massenmorden vom 7. Oktober 2023
226 auf der anderen Seite hat Antisemitismus eine neue öffentliche Dimension erreicht. Je
227 offener der Hass ausgetragen wird, desto lauter muss unsere Solidarität mit den
228 Betroffenen sein..
229 Wir sagen Antisemitismus den Kampf an! Das bedeutet für uns über antisemitische Codes
230 und Verschwörungsmymen aufzuklären sowie uns mit Erinnerungskultur
231 auseinandersetzen.

232 **Die SPD und Wir**

233 Seit dem Bundestagswahlkampf 2025 wurde uns Jusos bereits viel abverlangt. Für viele
234 unserer Mitglieder waren die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen in erster Linie
235 frustrierend. Doch wir Jusos dürfen nicht resignieren. Die Debatte über die Zukunft
236 der SPD endet nicht mit der Abstimmung über den Koalitionsvertrag. Im Gegenteil: Sie
237 beginnt damit erst richtig.
238 Wir Jusos wissen, dass es jetzt an der Zeit ist, die Finger in die Wunde zu legen und
239 begangene Fehler zu korrigieren. Wir wollen eine neue sozialdemokratische Vision im
240 Rahmen eines voll umfassenden Erneuerungsprozess entwickeln, hinter dem wir alle
241 stehen. Wir wollen uns für eine SPD einsetzen, die glaubwürdig für eine bessere,
242 gerechtere Gesellschaft eintritt und keiner rechten Rhetorik hinterherläuft. Eine
243 SPD, die nicht in Regierungskompromissen untergeht. Für den innerparteilichen
244 Erneuerungsprozess sehen wir den Bezirk Hannover in der Pflicht, sich laut für diesen
245 einzusetzen und mutig voranzutreiben und werden das von unserer Mutterpartei im
246 Bezirk einfordern.
247 In den kommenden vier Jahren wird es eine unserer zentralen Aufgaben sein, die
248 schwarz-rote Koalition kritisch zu begleiten und einen kritisch-solidarischen
249 Austausch mit unserer Partei pflegen. Dazu werden wir auf interne Kommunikation in
250 Gremiensitzungen, auf Briefe an Abgeordnete und Anträge bei Parteitagern ebenso wie
251 auf öffentliche Presse- und Social Media-Kommunikation zurückgreifen. Außerdem werden
252 wir gezielt die Zusammenarbeit mit SPD-Arbeitsgemeinschaften stärken, die unsere
253 inhaltlichen Überzeugungen teilen.
254 Im September 2025 steht der Parteitag der SPD Bezirk Hannover an. Hier werden wir

255 Jusos mit starken inhaltlichen Anträgen, gutem Personal und einem überzeugenden
256 Parteitagmagazin auftreten, das unsere Arbeit als Juso-Bezirksvorstand sichtbar
257 macht und klare Perspektiven für eine linke Sozialdemokratie aufzeigt. Insbesondere
258 im SPD-Bezirksvorstand werden wir unsere aktive Arbeit fortsetzen und die Interessen
259 der Jusos hörbar vertreten.

260 **Unser Verband**

261 Der Bezirk Hannover ist konstituierender Teil der Jusos Niedersachsen und sowie Teil
262 des Juso-Bundesverbands. Im Bundesverband werden wir konstruktiv und
263 verantwortungsvoll an der Bewältigung der großen Aufgaben mitarbeiten, die auf uns
264 Jusos insgesamt zukommen. Unsere gute Anbindung an den Bundesvorstand werden wir
265 dafür weiter nutzen und unsere Perspektiven und Ideen einbringen.

266 In diesem Sinne werden wir weiter eng mit den anderen Landesverbänden und Bezirken
267 zusammenarbeiten und einen vertrauensvollen Umgang innerhalb der Jusos fördern. Im
268 vergangenen Jahr haben wir unseren Kontakt zu anderen Verbänden intensiviert. Diese
269 Freund*innenschaften werden wir nicht nur erhalten, sondern aktiv auf unsere
270 Mitglieder ausweiten.

271 Als größter Bezirk in Niedersachsen sehen wir uns in einer tragenden Rolle für den
272 Juso-Landesverband. Wir werden die Arbeit des Landesvorstands unterstützen sowie die
273 konstruktive Zusammenarbeit zwischen den niedersächsischen Bezirken fortsetzen.

274 Genauso wichtig ist uns die Zusammenarbeit mit unseren dreizehn Unterbezirken. Der
275 Bezirk soll die Plattform sein, auf der sich unsere aktiven Mitglieder austauschen
276 und voneinander lernen können. Über den Bezirksbeirat werden wir weiterhin den
277 Austausch zwischen den Unterbezirken sowie zwischen den Unterbezirken und dem
278 Bezirksvorstand aufrechterhalten und frühzeitig unsere Jahresplanung präsentieren.
279 Die Arbeit des Bezirksvorstands wird für die Unterbezirke weiterhin transparent sein
280 und durch die vorausschauende Kommunikation von Veranstaltungsterminen zum Mitmachen
281 einladen.

282 Neben der Kommunikation mit und über die Unterbezirksvorstände werden wir auch die
283 direkte Mitgliederkommunikation weiter ausbauen. Die Mitglieder über aktuelle
284 politische Prozesse und die Haltung der Jusos zu informieren, erscheint uns momentan
285 besonders wichtig, auch um Gefühlen der Frustration oder gar Verzweiflung
286 vorzubeugen. Starke Juso-Positionen müssen immer auch ein Hoffnungsschimmer für
287 unsere Mitglieder sein. Dazu werden wir neue Mittel zur direkten Kommunikation
288 prüfen.

289 Schließlich ist auch die Zusammenarbeit innerhalb des Bezirksvorstands zentral für
290 das Gelingen unserer Vorhaben. Wir werden weiterhin transparent und vertrauensvoll
291 miteinander arbeiten und allen Vorstandsmitgliedern die gleiche Möglichkeit zur
292 Beteiligung geben. Auch die Awareness-Arbeit werden wir fortsetzen.

293 **Mitgliederarbeit**

294 **Neumitgliedergewinnung**

295 Die Gewinnung neuer Mitglieder muss ein zentraler Bestandteil unserer Parteiarbeit

296 sein. Um junge Menschen für die Jusos zu begeistern und sie von Anfang an gut
297 einzubinden, setzen wir auf ein strukturiertes Konzept zur Neumitgliedergewinnung -
298 in Zusammenarbeit mit dem SPD-Bezirk Hannover.

299 Wenn es geklappt hat und aus Interessent*innen ein Neumitglied geworden ist, soll
300 auch dieser Bereich weiter verbessert werden. Neumitglieder erhalten direkt nach
301 ihrem Eintritt ein persönliches Begrüßungspaket, das über die SPD-Zentrale verschickt
302 wird. Dieses Neumitgliedermaterial enthält wichtige Informationen über die SPD, ihre
303 Grundwerte und Möglichkeiten der aktiven Mitarbeit. Leider fehlt es bisher an
304 spezifischen Materialien für die Jusos - hier müssen wir dringend nacharbeiten.
305 Gerade junge Mitglieder brauchen eine gezielte Ansprache und einen niedrighschwelligen
306 Einstieg in unsere Arbeit.

307 **Mitgliederkommunikation**

308 Nicht nur Mitgliederwerbung, sondern auch Mitgliederpflege ist wichtig. Eine
309 effiziente Kommunikation mit den Mitgliedern ist unerlässlich, um sie regelmäßig über
310 Neuigkeiten, Veranstaltungen und wichtige Themen zu informieren. Neben einem
311 WhatsApp-Channel, der eine schnelle und direkte Kommunikation ermöglichen kann,
312 werden weiterhin regelmäßige Mailings verschickt, um alle Mitglieder umfassend und
313 nachhaltig zu erreichen. So stellen wir sicher, dass niemand wichtige Informationen
314 verpasst und immer aktiv am Juso-Leben teilnehmen kann.

315 **Bündnisarbeit**

316 Als Jusos Bezirk Hannover verstehen wir es als unsere Aufgabe, mit verschiedenen
317 Bündnispartner*innen im Austausch zu sein und uns gemeinsam für unsere Interessen
318 einer feministischen, sozialistischen und internationalistischen Welt einzusetzen. In
319 der Vergangenheit haben wir unseren Kontakt mit Bündnispartner*innen bereits
320 erfolgreich gelebt - sei es durch gemeinsame Aufrufe zu Demonstrationen,
321 gegenseitigen Einladungen zu Veranstaltungen oder Vernetzungstreffen. Diesen regen
322 Austausch mit unseren verschiedenen Partner*innen werden wir nicht nur fortsetzen,
323 sondern weiter ausbauen und strategisch weiterentwickeln. Im kommenden Vorstandsjahr
324 möchten wir gezielt enger mit dem Jungen Forum (JuFo) und der DGB Jugend
325 zusammenarbeiten, beispielsweise in Form von Workshops. Gleichzeitig werden wir auch
326 neue Bündnisse knüpfen, beispielsweise mit feministischen, antirassistischen und
327 klimaaktivistischen Gruppen. Unser Anspruch als Jusos Bezirk Hannover ist es, dass
328 wir unsere Bündnispartner*innenschaften nicht nur kurzfristig und anlassbezogen
329 denken, sondern langfristige Netzwerke aufbauen. Denn wir verstehen die Bündnisarbeit
330 als einen zentralen Baustein unserer politischen Arbeit.

Antrag A01: Wohnen günstiger machen – Nebenkosten runter!

Laufende Nummer: 2

Antragsteller*in:	Jusos Celle
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für
2 folgende Maßnahmen einzusetzen:
- 3 **1. Subventionierung eines Basisverbrauchs von Energie und Wasser**
4 Der Zugang zu Strom, Gas und Wasser muss gewährleistet werden. Daher soll ein
5 angemessener Grundbedarf pro Haushalt staatlich subventioniert werden, um eine
6 bezahlbare Grundversorgung für alle sicherzustellen.
- 7 **2. Beteiligung der Vermieter*Innen an verbrauchsabhängigen Nebenkosten**
8 Bei Wohnungen und Häusern mit einer schlechten Energieeffizienzklasse sollen die
9 Vermieter*Innen bei den verbrauchsabhängigen Nebenkosten beteiligt werden.
- 10 **3. Mehr Transparenz und Fairness bei Nebenkostenabrechnungen**
11 Um Mieter*Innen besser zu schützen und ihnen ihre Rechte zu erleichtern,
12 sollen: digitale Belege zur Nebenkostenabrechnung kostenfrei zur Verfügung
13 gestellt werden,
14 - digitale Belege zur Nebenkostenabrechnung kostenfrei zur Verfügung gestellt
15 werden,
16 - Nachweise zur Wirtschaftlichkeit einzelner Nebenkostenbestandteile
17 unentgeltlich bereitgestellt werden müssen,
18 - auch für bestehende Mietverhältnisse ein Verbrauchsausweis, auf Nachfrage auch
19 ein Bedarfsausweis ausgestellt werden,
20 - sowie die Hilfsangebote von Verbraucherzentralen und gemeinnützigen
21 Beratungsstellen strukturell und finanziell gestärkt werden.
- 22 **4. Förderung von Mieterstrom und Ausbau erneuerbarer Energien**
23 Damit auch Mieter*Innen stärker von der Energiewende profitieren, setzen wir uns
24 ein für:
25 - den gezielten Abbau bürokratischer Hürden bei der Umsetzung von
26 Mieterstromprojekten,
27 - den Aufbau standardisierter Kommunikationsstrukturen zwischen Stromanbietern,
28 Messstellenbetreibern und Netzbetreibern,
29 - sowie die Einführung verbindlicher Richtlinien und Quoten für die Installation
30 echter Smart-Meter.

31

32

Begründung

In der wohnungspolitischen Debatte stehen häufig die Kaltmieten im Fokus. Dabei geraten die Nebenkosten – oft auch als "zweite Miete" bezeichnet – zu Unrecht in den Hintergrund, obwohl sie einen erheblichen Anteil der Wohnkosten ausmachen. Gerade Haushalte mit geringem Einkommen sind hier

überdurchschnittlich belastet, da Grundbedürfnisse wie Strom, Heizung oder Wasser unabhängig vom Einkommen gedeckt werden müssen. Eine sozial gerechte Subventionierung des Basisverbrauchs ist daher notwendig, da sie Haushalte mit niedrigem Verbrauch besonders entlastet und gleichzeitig ökologisch sinnvoll ist.

Eine Beteiligung der Vermieter*Innen soll einen Anreiz zur Sanierung geben. Mieter*Innen haben wenig Einfluss auf den Energieverlust Ihrer Wohnung bzw. Ihres Hauses. Die durch die EU-Richtlinie „Energy Performance of Buildings Directive“ künftig vorgeschriebenen energetischen Sanierungen werden durch Investitionsanreize zudem zusätzlich flankiert.

Zudem sind Nebenkostenabrechnungen oft komplex und für viele schwer nachvollziehbar. Unterstützung durch Verbraucherzentralen und Hilfevereinen ist hilfreich, scheitert jedoch häufig an fehlender Finanzierung. Auch die derzeitige Praxis der Belegeinsicht ist nicht zeitgemäß: Wer seine Abrechnung prüfen will, muss diese oft vor Ort einsehen und zahlt unter Umständen sogar für (digitale) Kopien. Eine kostenlose, digitale Bereitstellung der Unterlagen sollte Standard sein.

Ein weiteres großes Potenzial liegt im Bereich der dezentralen Energieerzeugung. Insbesondere der Mieterstrom – also Strom, der aus Photovoltaik-Anlagen auf Mietshäusern direkt an die Bewohner*Innen geliefert wird – ist bislang unterausgeschöpft. Die Hürden sind zahlreich: komplexe rechtliche Rahmenbedingungen, technische Anforderungen und mangelnde Kooperation der beteiligten Akteur*Innen. Dabei bietet Mieterstrom Vorteile für alle Seiten – für Umwelt, Mieter*Innen und Vermieter*Innen gleichermaßen. Dieses Potenzial muss durch gezielte Förderung und Bürokratieabbau endlich gehoben werden.

Antrag A02: Mehr Wertschätzung für Freiwillige: Bessere finanzielle Rahmenbedingungen im Freiwilligendienst

Laufende Nummer: 3

Antragsteller*in:	Jusos Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Weiterleitung:** Juso-Bundeskongress,
- 2 **Forderung: Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass die finanziellen**
- 3 **Rahmenbedingungen für Freiwilligendienstleistende im Bundesfreiwilligendienst (BFD),**
- 4 **Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) deutlich zu**
- 5 **verbessern.**
- 6 Konkret fordern wir:
 - 7 • Die derzeitige Höchstgrenze des monatlichen Taschengeldes reicht nicht aus, um
 - 8 den Lebensunterhalt der Freiwilligen angemessen zu sichern. Wir fordern eine
 - 9 Anhebung auf den Mindestlohn. So können finanzielle Hürden abgebaut und allen
 - 10 jungen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die Teilnahme an einem
 - 11 Freiwilligendienst ermöglicht werden.
 - 12 • Freiwilligendienstleistende sind häufig auf Mobilität angewiesen - sei es auf
 - 13 dem Weg zur Einsatzstelle oder zu Seminaren. Wir fordern daher die bundesweite
 - 14 Einführung einer kostenlosen Fahrkarte für den öffentlichen Nah- und Fernverkehr
 - 15 für alle Freiwilligendienstleistenden.
 - 16 • Es muss sichergestellt werden, dass das „Taschengeld“ nicht auf den Unterhalt
 - 17 oder Sozialleistungen der Eltern oder Geschwister angerechnet wird. Darüber
 - 18 hinaus sollte den Freiwilligen der Zugang zu Wohngeld erleichtert werden, um
 - 19 ihre finanzielle Situation zu verbessern.

Begründung

Freiwillige leisten einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich. Trotz ihres Engagements stehen sie oft vor finanziellen Herausforderungen, die es vielen jungen Menschen erschweren oder unmöglich machen, einen Freiwilligendienst zu leisten. Durch die Umsetzung der genannten Maßnahmen wird die Attraktivität des Freiwilligendienstes gesteigert, die soziale Gerechtigkeit gefördert und das Engagement junger Menschen angemessen gewürdigt.

Antrag A03: Endlich Respekt für Arbeit & Ausbildung!

Laufende Nummer: 4

Antragsteller*in:	Jusos Hildesheim
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 Die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro war ein **entscheidender sozialdemokratischer**
2 **Erfolg**, weil wir überzeugt sind, dass niemand, der Vollzeit arbeitet, in Armut leben
3 darf. **Dieses Prinzip muss jedoch auch für Auszubildende gelten.** Wer eine duale
4 Ausbildung absolviert, trägt mit seiner Arbeit zur Wertschöpfung in den Betrieben bei
5 und verdient eine faire Vergütung. Wer eine Ausbildung absolviert, darf nicht
6 gleichzeitig in Armut sein!

7 Deshalb fordern wir eine **Mindestausbildungsvergütung, die dem Niveau des Mindestlohns**
8 **für die im Rahmen einer dualen Ausbildung geleisteten Arbeitsstunden im Betrieb**
9 **entsprechen soll. Üblicherweise also 28 Stunden im ersten sowie 32 Stunden im zweiten**
10 **bis vierten Lehrjahr.** Bei Ausbildungen mit Blockunterricht soll der
11 Stundendurchschnitt der geleisteten Arbeitszeit gelten. Diese Forderung geht einher
12 mit einer Ausbildungsumlage, die erhöhte Belastung bei den Betrieben auffängt und
13 weiterhin Anreize zur Ausbildung schafft. Sollten die Arbeitsstunden zu gering sein,
14 um eine existenzsichernde Mindestausbildungsvergütung zu ergeben, sollen weiterhin
15 soziale Sicherungen greifen.

16 Die duale Ausbildung ist das Herzstück der deutschen Wirtschaft und sichert den
17 dringend benötigten Fachkräftenachwuchs. Doch der aktuelle Zustand gefährdet diese
18 Stärke und damit langfristig die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Trotz des
19 hohen Bedarfs an qualifizierten Fachkräften bleibt die Zahl der Auszubildenden hinter
20 den Erwartungen zurück. Immer weniger junge Menschen entscheiden sich für eine
21 Ausbildung, weil die finanzielle Situation während dieser Zeit oft nicht ausreicht,
22 um den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten.

23 Eine bessere Bezahlung in der Ausbildung sorgt vielmehr dafür, dass mehr junge
24 Menschen sich für eine duale Ausbildung entscheiden und nicht aus finanziellen
25 Gründen auf Alternativen wie ungelernte Tätigkeiten ausweichen. Damit stärken wir
26 langfristig den Arbeitsmarkt, denn wer eine abgeschlossene Ausbildung hat, trägt
27 nicht nur zur wirtschaftlichen Produktivität bei, sondern profitiert selbst von
28 besseren Verdienstmöglichkeiten und höherer Arbeitsplatzsicherheit. Die Aufwertung
29 der Ausbildung ist somit ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Arbeit insgesamt und
30 sozialdemokratischer Auftrag.

31 Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass kleine und mittelständische Unternehmen
32 durch eine solche Regelung nicht übermäßig belastet werden und sichergestellt wird,
33 dass der Beitrag zur Umlage fair verteilt ist, damit Betriebe unabhängig von ihrer
34 Größe motiviert bleiben, auszubilden. Eine **faire Ausbildungsumlage** (nach Bremer
35 Vorbild) soll eine gerechte Verteilung der Kosten sicherstellen. Unternehmen, die
36 aktiv ausbilden, müssen entlastet werden, während Betriebe, die sich nicht an der
37 Ausbildung beteiligen, ihren fairen Beitrag leisten sollten. Die Umlage soll
38 insbesondere jene Unternehmen entlasten, die in die Ausbildung investieren.

39 Gleichzeitig soll sie dafür sorgen, dass Betriebe, die keine oder nur wenige
40 Auszubildende beschäftigen, ebenfalls ihren finanziellen Anteil im System der dualen
41 Ausbildung erbringen. Dies fördert einen fairen Umgang mit Ausbildung und schafft
42 Anreize, die Ausbildungsbereitschaft in der Wirtschaft insgesamt zu steigern. Nur so
43 können wir sicherstellen, dass ausreichend Fachkräfte ausgebildet werden und die
44 Belastung der Betriebe gerecht verteilt ist. Dies schafft Anreize, mehr
45 Ausbildungsplätze zu schaffen, und sorgt für eine gerechtere Lastenverteilung
46 innerhalb der Wirtschaft.

47 Eine angemessene Ausbildungsvergütung stärkt nicht nur den sozialen Zusammenhalt,
48 sondern auch die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Es ist an der
49 Zeit, dass die Arbeit von Auszubildenden die Wertschätzung erfährt, die sie verdient!
50 Es ist eine Frage der Wertschätzung für ihre Arbeit und ein Gebot sozialer
51 Gerechtigkeit. Eine faire Vergütung macht die Ausbildung attraktiver und motiviert
52 mehr junge Menschen, diesen Weg einzuschlagen. So legen wir die Grundlage für eine
53 starke und zukunftsfähige Wirtschaft.

Antrag A04: Keine Pauschalisierung bei der Versorgung von Mutter und Kind!

Laufende Nummer: 5

Antragsteller*in:	Jusos Hildesheim
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Vergütung von freiberuflichen Hebammen, geregelt im Hebammenhilfvertrag welcher
2 gesetzliche Verankerung sich im § 134a SGB V (Gesetzliche Krankenversicherung) soll
3 wie folgt angepasst werden:
- 4 • Bei Wochenbettbesuchen angefangene 15 Minuten mit einer vollen Zeiteinheit
5 vergütet werden. Dies soll bis zu einem maximalen Zeitraum von drei
6 Zeiteinheiten pro Besuch gelten. Ein zweiter Besuch am selben Tag ist nur in
7 Notfällen möglich.
 - 8 • Die abrechenbare Anfahrtstrecke für freiberufliche Hebammen soll von derzeit 25
9 Kilometern auf 30 Kilometer erhöht werden. Die ersten zwei Wochen nach der Entbindung sind für
10 Mutter und Kind besonders
11 kritisch. In dieser Zeit müssen Hebammen eine Vielzahl an Aufgaben übernehmen,
12 die weit über eine rein medizinische Nachsorge hinausgehen. Dazu gehören:
 - 13 • Überwachung und Versorgung von Geburtsverletzungen
 - 14 • Kontrolle der Rückbildung der Gebärmutter
 - 15 • regelmäßige Überprüfung der Vitalwerte des Kindes, darunter Hautfarbe,
16 Temperatur, Atmung und Gewicht
 - 17 • Hilfestellung beim Stillen, Wickeln, Baden und der allgemeinen Säuglingspflege
 - 18 • Unterstützung der Eltern beim sicheren Halten und Versorgen ihres Kindes
 - 19 • Aufklärung über mögliche Gefährdungen des Neugeborenen, etwa Überhitzung,
20 plötzlicher Kindstod oder Dehydrierung
 - 21 • Ernährungsberatung für die Mutter, insbesondere bei Stillproblemen oder
22 besonderen Ernährungsbedürfnissen
 - 23 • Aufklärung über den späteren Übergang zur Beikost und eine gesunde Ernährung des
24 Kindes **Diese Aufgaben sind nicht in einem starren 20-Minuten-Zeitfenster**
25 **abhandelbar. Jede Mutter, jedes Kind und jede Geburtssituation sind individuell**
26 **– eine flexible, nach Zeit vergütete Betreuung ist daher essenziell.**
 - 27 • **2. Psychosoziale Betreuung und Krisensituationen:**
 - 28 • Neben der medizinischen Versorgung leisten Hebammen eine wichtige psychosoziale
29
30 Betreuung. Sie sind oft die ersten Fachkräfte, die erkennen, wenn eine Mutter oder
31
32 eine Familie mit der neuen Lebenssituation überfordert ist. Besonders bei
33
34 Erstgebärenden, aber auch bei Müttern mit schwierigen sozialen oder wirtschaftlichen

35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77

Hintergründen, ist diese Betreuung unerlässlich! Hebammen kümmern sich um:

- **Annahme des Kindes:** Nicht jede Mutter kann sofort eine enge emotionale Bindung zu ihrem Neugeborenen aufbauen. Gefühle von Unsicherheit, Überforderung oder sogar Ablehnung können auftreten. Hebammen helfen Müttern in diesem Prozess, indem sie Ängste abbauen, Unterstützung bieten und das Bonding zwischen Mutter und Kind fördern.
- **Das Erkennen und Begleiten von Wochenbettdepressionen:** Viele Frauen leiden in den ersten Wochen nach der Geburt durch die hormonelle Umstellung unter depressiven Verstimmungen bis hin zu schweren Wochenbettdepressionen. Unbehandelt kann dies langfristige psychische Erkrankungen nach sich ziehen und im schlimmsten Fall die Mutter-Kind-Bindung nachhaltig schädigen. Hebammen sind oft die ersten, die Symptome erkennen und rechtzeitig an Beratungsstellen oder medizinische Fachkräfte weiterverweisen.
- **Krisensituationen in der Familie:** In manchen Fällen zeigt sich bereits in den ersten Wochen nach der Geburt, dass familiäre oder wirtschaftliche Probleme die Versorgung des Kindes gefährden. Dazu gehören unter anderem:
 - - Anzeichen häuslicher Gewalt,
 - Hinweise auf Vernachlässigung des Kindes oder der Mutter,
 - Überforderung in der Haushaltsführung oder Organisation des Alltags,
 - Fehlende finanzielle Mittel zur Grundversorgung von Mutter und Kind. In solchen Fällen können Hebammen frühzeitig intervenieren und an entsprechende Hilfsangebote weitervermitteln.
- **Unterstützung in behördlichen Angelegenheiten:** Viele Mütter sind mit Anträgen für Kindergeld, Elterngeld oder andere Sozialleistungen überfordert. Hebammen helfen,

diese bürokratischen Hürden zu bewältigen, um eine stabile Versorgung der Familie sicherzustellen.

- **Eine vertrauensvolle Beziehung zwischen Hebamme und Mutter ist die Grundlage für eine erfolgreiche psychosoziale Betreuung nach der Entbindung. Doch diese Beziehung braucht Zeit - und die Vergütung der Krankenkasse deckt diesen Arbeitsaufwand neben der medizinischen Nachsorge und Säuglingsbetreuung nicht ab.**
 - **Unzureichende Vergütung gefährdet die Versorgung:**
 - Die aktuelle Vergütungssituation ist eine massive Benachteiligung der Hebammen. Die starre Abrechnung nach 20-Minuten-Pauschalen zu jeweils 40€ Brutto bedeutet, dass Hebammen entweder unbezahlte Mehrarbeit leisten oder notwendige Betreuungsleistungen kürzen müssen.
 - Zudem sind die derzeitigen Kilometerpauschalen für Anfahrten nicht mehr zeitgemäß. Besonders im ländlichen Raum reicht die derzeitige Entschädigung für 25 Kilometer nicht aus, um die tatsächlichen Fahrtkosten angemessen zu decken. Die Situation führt dazu, dass viele Hebammen Hausbesuche in entlegenen Gebieten nicht mehr anbieten können - mit der Folge, dass Mütter und Neugeborene in diesen Regionen zunehmend unversorgt bleiben.
 - **Ohne eine bessere Vergütung werden immer mehr Hebammen gezwungen sein, ihre freiberufliche Tätigkeit aufzugeben – mit fatalen Folgen für Mütter und Neugeborene.**
- Die Arbeit von Hebammen ist systemrelevant. Es ist höchste Zeit, sie angemessen zu honorieren.**

Begründung

Freiberufliche Hebammen leisten während der Wochenbettbetreuung einen unverzichtbaren Beitrag zur Gesundheit von Mutter und Kind. Dennoch werden ihre Leistungen derzeit völlig unzureichend vergütet. Die Pauschalvergütung von 40 Euro brutto pro 20 Minuten ignoriert den tatsächlichen Betreuungsaufwand und zwingt viele Hebammen, Wochenbettbesuche einzuschränken oder gänzlich abzulehnen. Um die flächendeckende Versorgung sicherzustellen, braucht es dringend eine gerechtere Vergütung und eine angemessene Anfahrtsentschädigung.

Antrag A05: Mindestlohn krisenfest machen - Mindestlohnkommission häufiger einberufen!

Laufende Nummer: 6

Antragsteller*in:	Jusos Hildesheim
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 „Die Entwicklung des Mindestlohns muss einen Beitrag zu stärkerer Kaufkraft und einer
2 stabilen Binnennachfrage in Deutschland leisten.“[1] – Auf diese Zielsetzung haben
3 sich CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag verständigt.

4 Damit der Mindestlohn diesem Anspruch tatsächlich gerecht wird, reicht jedoch eine
5 bloße Festlegung seiner Höhe nicht aus. Es muss auch regelmäßig überprüft werden –
6 insbesondere in Zeiten hoher Inflation –, ob dieser mit der Lohn- und
7 Preisentwicklung Schritt hält.

8 **Deshalb fordern wir:**

- 9 1. Die Mindestlohnkommission soll künftig mindestens einmal jährlich
10 zusammentreten. Zusätzlich ist sie innerhalb von drei Monaten einzuberufen, wenn
11 dies
(a) die Bundesregierung,
12 (b) mindestens ein Viertel der Mitglieder des Deutschen Bundestages oder
(c) mindestens zwei stimmberechtigte Mitglieder der Kommission verlangen.

13

14

Begründung

Der gesetzliche Mindestlohn ist ein zentrales Instrument zur Bekämpfung von Erwerbsarmut und zur Stärkung der Kaufkraft. Damit er diese Funktion erfüllen kann, muss er regelmäßig an die wirtschaftliche Realität angepasst werden.

Aktuell tagt die Mindestlohnkommission nur alle zwei Jahre. In Zeiten starker Preissteigerungen führt diese geringe Frequenz dazu, dass der Mindestlohn häufig hinter der Lohn- und Preisentwicklung zurückbleibt.[1] Gerade in Inflationsphasen verfehlt er so seine soziale Schutz- und wirtschaftliche Stabilisierungsfunktion.

Ein häufigeres Zusammentreten der Kommission ist deshalb dringend erforderlich. Nur so kann ausreichend regelmäßig analysiert werden, ob der Mindestlohn seine Aufgaben erfüllt – oder ob Handlungsbedarf besteht. Die vorgeschlagene Möglichkeit zur außerordentlichen Einberufung schafft zudem institutionelle Reaktionsfähigkeit in wirtschaftlichen Ausnahmesituationen.

Antrag A06: Indexlohn

Laufende Nummer: 7

Antragsteller*in:	Jusos Lüneburg
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Der Bezirk möge beschließen, dass für den Mindestlohn und für die Arbeitslosengelder
- 2 ein bundesweiter Index ähnlich dem belgischen Indexlohn eingeführt wird.
- 3 Einmal im Jahr sollen Mindestlohn und Arbeitslosengelder mindestens in Höhe des
- 4 Indexwerte erhöht werden.
- 5 Der Deutsche Indexwert soll wie der Belgische Gesundheitsindex erhoben werden. Er
- 6 entspricht dem Verbraucherpreisindex abzüglich Tabak, Kraftstoffen und Alkohol.
- 7 Die Verhandlungen der Mindestlohnkommission und politische Entscheidungsprozesse zu
- 8 weiteren Erhöhungen der Sozialleistungen sollen hiervon unberührt bleiben, der
- 9 Indexwert soll explizit als Mindestanforderung verstanden werden.
- 10 Im Übrigen soll die Anwendung der Indexerhöhung auf alle Löhne und die
- 11 Beamt*innenversorgung erörtert und etwa in Arbeitsgruppen o.ä. diskutiert werden.
- 12 Dabei sollen der DGB und seine Einzelgewerkschaften angehört werden, um die
- 13 Tarifautonomie nicht anzutasten.

Antrag B01: 20 Jahre internationale Hochschulrankings - Wie den Hochschulen der Wettbewerb aufgezwungen wird

Laufende Nummer: 8

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern einen neuen Umgang mit internationalen Hochschulrankings zu finden und
- 2 die Förderung der Hochschulen in der Breite zu sichern. Dafür sollen folgende drei
- 3 Forderungen realisiert werden:
- 4 1. Hochschulranking mit dem unrealistischen Anspruch weltklasse Universitäten zu
- 5 küren abzulehnen und die Bewegung #morethanourrank zu unterstützen.
- 6 2. Qualität von Studium und Lehre anhand von Akkreditierungen und
- 7 Lehrveranstaltungen zu bewerten, nicht als einen Nebenschauplatz von
- 8 Hochschulrankings, die nur die Forschungsleistung betrachten.
- 9 3. Eine Stärkung der wissenschaftlichen Förderung in der Breite, insbesondere der
- 10 Sozialwissenschaften, da die Förderung der Spitze nur zu einer Vereinheitlichung
- 11 der Hochschulschwerpunkte führt und somit die Wissenschaft in ihre
- 12 Vielfältigkeit verliert.

Begründung

Mit dem World University Ranking des Times Higher Education (THE) Magazins, mit Sitz in London, wurde im Jahr 2004 eine neue Zeit der Rankings eingeführt. Hochschulen wurden schon vorher national verglichen, teilweise auch schon international, aber der Anspruch Universitäten von Weltklasse auswählen zu können, hatte vorher nur das "Academic Ranking World Universities - Shanghai Jiaotong Ranking (ARWU), welches im Jahr 2003 erstmalig erschien.

Diese beiden internationalen Hochschulrankings erstellen somit jährlich anhand ihrer eigenen Bewertungskategorien eine Liste der weltbesten Universitäten. Dabei werden aber nur um die 2.000 Hochschulen betrachtet, von den insgesamt weltweit aber ca. 25.000 existierenden. Die Rankings bieten, so das erklärte Ziel, damit die Möglichkeit für künftige Studierende, aber auch Personen, die schon im Hochschulsystem sind, mehr Transparenz im Vergleich der Hochschulen.

Über die Jahre passten die Rankings teilweise ihre Bewertungskriterien an, wie das THE Ranking, teilweise veränderten sie diese nie, wie das Shanghai Ranking. Die Hochschulen richteten sich, genau wie die politischen Entscheidungsträger*innen immer stärker nach diesen Kriterien aus. Die Folge war nicht nur ein weiterer Neoliberalisierungsschub durch eine rein auf Kennzahlen und Effizienz getrimmte Perspektive. Der Wettbewerb anhand der teilweise wahllosen Auswahl an Kriterien führte auch zu einer Schwächung der sozialwissenschaftlichen Fächer, die in den stark naturwissenschaftlichen Kriterien kaum punkten konnten. Kurz nach dem ersten THE Ranking begann 2005 unter dem damals SPD geführten Bundeswissenschaftsministerium die Exzellenzinitiative, die wir seit 2017/18 als Exzellenzstrategie kennen. Diese ist eng verknüpft mit den Bewertungskriterien der Hochschulrankings und insbesondere die wenigen deutschen Hochschulen, die internationale Beachtung finden, u.a. die LMU und TU München profitieren auch seit mehreren Runden von der Exzellenzförderung. Dies zeigt die Verengung der Förderprogramme und Rankings auf einige wenige Hochschulen, wodurch die vielfältige

Hochschullandschaft geschwächt wird.

Nun 20 Jahre nach der Veröffentlichung des THE Rankings, welches auch besonders im europäischen Raum beachtet wird, müssen auch wir als Jungsozialist*innen die Rankings und ihre Folgen für die Wissenschaftspolitik kritisch betrachten. Im Jahr 2013 beschlossen die Juso-Hochschulgruppen bereits, dass Hochschulrankings abzulehnen sind und riefen die Hochschulen auf, die Teilnahme an jeglichen zu beenden. Im internationalen Kontext gibt es die Bewegung #morethanourrank welche zeigen will, wie viel mehr Hochschulen und auch das Studium an diesen ausmacht als die Bewertungskriterien, an denen sie sich messen lassen müssen. Für viele Studierende wird die Studienentscheidung auch nicht davon abhängen, wie viele Nobelpreisträger*innen an der Hochschule studiert oder gelehrt haben oder ob die Publikationszahl in einzelnen Fächern besonders hoch ist. Bei den meisten Rankings steht die Qualität der Lehre zu weit im Hintergrund und so wird der Wettbewerbswahnsinn im Hochschulsystem nur angefeuert. Unter diesem enormen Druck leiden auch die wissenschaftlichen Mitarbeitenden und all diejenigen, die sich anhand der Kriterien jährlich messen müssen, dabei steht die Aussagekraft der Rankings immer wieder in der Kritik.

Aktuell gibt es neue Entwicklungen in der Welt der Hochschulrankings, das ehemalige mehrdimensionale U-Multirank, welches die Besonderheit aufwies, die Bewertungskriterien von der jeweiligen Nutzer*in selbst gewichten zu lassen, soll nun zu einem europäischen Ranking werden. Die Einführung dessen müssen wir kritisch betrachten, der Prozess zur Erstellung eines Rankings wird zu neuen Bewertungskriterien führen und eventuell die Perspektive von Hochschulrankings positiv verändern, sofern ein grundlegendes Umdenken stattfindet. Wichtig ist, dass uns als Jusos die Bedeutung von Hochschulrankings bewusst ist und wir verstehen, wie viele Entscheidungen in der Wissenschaftspolitik anhand dieser Kennzahlen getroffen werden.

Antrag B02: Unsichtbare Frauen in der Wissenschaft – Maßnahmen gegen den Matilda-Effekt

Laufende Nummer: 9

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wissenschaft lebt von bahnbrechenden Entdeckungen, von Personen, die die Welt
2 verändern – doch nicht alle erhalten die Anerkennung, die sie verdienen. Über
3 Jahrhunderte hinweg wurden die Leistungen von Frauen in der Forschung kleingeredet,
4 ignoriert oder gar männlichen Kollegen zugeschrieben. Ob Rosalind Franklin, deren
5 bahnbrechende DNA-Forschung hinter Watson und Crick verschwand, oder Lise Meitner,
6 die für die Entdeckung der Kernspaltung übergegangen wurde – der Matilda-Effekt ist
7 kein Relikt der Vergangenheit, sondern nach wie vor ein strukturelles Problem.
- 8 • **Weniger Anerkennung:** Wissenschaftlerinnen erhalten für gleichwertige Leistungen
9 weniger Sichtbarkeit und Anerkennung.
 - 10 • **Geringere Karrierechancen:** Die geringere Anerkennung führt zu erschwerten
11 Bedingungen beim Zugang zu Führungspositionen und prestigeträchtigen Projekten.
 - 12 • **Weniger Fördermittel:** Frauen erhalten oft weniger Forschungsförderung, was ihre
13 wissenschaftliche Arbeit und Karriereentwicklung einschränkt.
 - 14 • **Geringere Vorbildfunktion:** Die geringe Sichtbarkeit erfolgreicher
15 Wissenschaftlerinnen wirkt sich negativ auf den wissenschaftlichen Nachwuchs aus
16 und kann junge Frauen davon abhalten, eine Karriere in der Forschung
17 anzustreben.
- 18 1. **Transparente und geschlechtergerechte Bewertungsverfahren:**
 - 19 • Einführung standardisierter und transparenter Kriterien bei der
20 Vergabe von Forschungsfördermitteln und Preisen, um
21 geschlechtsspezifische Verzerrungen zu vermeiden.
22 Drittmittelgeber*innen sollen geschlechtergerechte Förderkriterien
23 implementieren.
 - 24 2. **Förderung von Wissenschaftlerinnen:**
 - 25 • Einrichtung weiterer spezieller Förderprogramme und Stipendien für
26 Frauen in der Wissenschaft, insbesondere in den Übergangphasen
27 zwischen Promotion, Habilitation und Professur.
 - 28 3. **Mentoring- und Netzwerkprogramme:**
 - 29 • Aufbau von Mentoring-Programmen, die Nachwuchswissenschaftlerinnen mit
30 erfahrenen Forscherinnen vernetzen, um den Austausch von Wissen und
31 Erfahrungen zu fördern.
 - 32 4. **Sensibilisierung und Schulung:**
 - 33 • Durchführung regelmäßiger Schulungen und Workshops für
34 Gutachter*innen, Entscheidungsträger*innen und wissenschaftliche
35 Gremien zur Sensibilisierung für geschlechtsspezifische Vorurteile und
36 deren Auswirkungen.

37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73

5. Datenerhebung und Monitoring:

- Systematische Erfassung und Veröffentlichung von Daten zur Geschlechterverteilung in verschiedenen wissenschaftlichen Karrierestufen und Disziplinen, um Fortschritte und Handlungsbedarf transparent zu machen.

6. Anerkennung und Sichtbarkeit:

- Aktive Förderung der Sichtbarkeit von Wissenschaftlerinnen durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit, inklusive der Hervorhebung ihrer Beiträge in Publikationen, Konferenzen und Medien.

7. Verbindliche Gleichstellungspläne:

Verpflichtung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen zur Erstellung und Umsetzung konkreter Gleichstellungspläne mit klaren Zielvorgaben und Maßnahmen.

8. Bessere Arbeitsbedingungen und verlässliche Karrierewege in der Wissenschaft

Immer noch sind berufliche Wege in der Wissenschaft von langer Unsicherheit geprägt. Diese Unsicherheit verstärkt das Machtgefälle innerhalb der Wissenschaft und fördert die Ausbeutung von Nachwuchswissenschaftler*innen. Unter dieser Situation leiden Frauen besonders stark, da sie zusätzlich stärker durch Sorge-Arbeit belastet werden und immer noch oft zwischen Karriere und Familie entscheiden müssen. Wissenschaftliche Laufbahnen müssen deshalb zuverlässiger werden, durch Befristungshöchstgrenzen ohne Tarifsperre, mehr unbefristete Stellen im Mittelbau und die Ausweitung von Tenure-Track-Programmen. Der Ampel-Koalition ist es nicht gelungen, diese dringend benötigte Reform durchzuführen. Wir fordern deshalb von der neuen Bundesregierung, zügig das Wissenschaftszeitvertragsgesetz zu novellieren und weitere Maßnahmen für bessere Arbeit in der Wissenschaft zu ergreifen.

Einige dieser Maßnahmen sind bereits in Teilen der Wissenschaft und in Förderprogrammen umgesetzt worden, jedoch nicht in einem ausreichenden Ausmaß, um die Ungleichbehandlung in der Wissenschaft effektiv zu beenden. Finanzielle Mittel sollten im Rahmen bestehender Programme zur Förderung der Gleichstellung in der Wissenschaft bereitgestellt und bei Bedarf aufgestockt und erweitert werden.

Der Matilda-Effekt stellt eine erhebliche Barriere für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft dar. Durch die Umsetzung der genannten Maßnahmen können wir dazu beitragen, die Sichtbarkeit und Anerkennung von Wissenschaftlerinnen zu erhöhen, geschlechtsspezifische Benachteiligungen abzubauen und ein gerechteres und innovativeres Wissenschaftssystem zu schaffen.

Antrag D01: Keine Volksrepublik in den Kinderzimmern

Laufende Nummer: 10

Antragsteller*in:	Jusos Landkreis Harburg
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover mögen beschließen, dass Nutzer:innen der App TikTok
- 2 deutschlandweit mindestens das 16. Lebensjahr erreicht haben müssen, was anhand eines
- 3 Altersnachweises nach australischem Vorbild verpflichtend sichergestellt werden soll.

Begründung

Falschinformationen, Darstellungen von Gewalt oder russische Propaganda. Die App TikTok bietet nicht nur harmlosen Content von Influencern oder lustige Kurzvideos, sondern auch haufenweise problematischen Inhalt, der ungefiltert und oftmals ohne jede Form von Prüfung hochgeladen werden kann. Dabei hat die chinesische App nicht nur problematischen Content und fehlende Kontrollmechanismen, sondern auch unzureichenden Datenschutz wie viele Expert:innen kritisieren. Darüber hinaus ist der Effekt des Scrollings auf das Gehirn von Kindern und Jugendlichen erwiesenermaßen negativ und schadet der Konzentration. Momentan ist die App trotz der aufgeführten Nachteile ab einem Alter von 13 Jahren eingeschränkt nutzbar. Die SPD sollte sich aufgrund der aufgeführten Nachteile für eine Heraufstufung des Mindestalters auf das 16. Lebensjahr einsetzen, die mit einem verpflichtenden Altersnachweis einhergehen muss. Dabei soll Australiens Regelung für die Nutzung sozialer Medien als Vorbild fungieren. Dies schließt auch die australische Praxis ein, für Verstöße gegen das Mindestalter die Betreiber:innen in Haftung zu nehmen und nicht die Nutzer:innen.

Antrag D02: Stärkere Regulierung von Social Media

Laufende Nummer: 11

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 Social Media in ihrer aktuellen Form zersetzt die parlamentarische Demokratie und
2 lässt mittels fortschreitenden Manipulationsmethoden zunehmend die Grenzen zwischen
3 Realität und Unwahrheiten verschwimmen. Nicht nur dass mittlerweile gezielt
4 Falschinformationen verbreitet und Wahlen stark beeinflusst werden können, auch für
5 den Alltag vieler Nutzer ist die ständige Verwendung von Social Media Gift.

6 Daher fordern wir, dass die SPD sich auf nationaler und europäischer Ebene dafür
7 einsetzt, dass:

- 8 • Betreiber von Sozialen Medien eine verpflichtende (automatisierte)
9 Inhaltskontrolle durchzuführen haben und haftbar für Straftaten (z.B. unerlaubte
10 Wahlbeeinflussung, Antisemitismus, Menschenhandel, Volksverhetzung, etc.)
11 gemacht werden, die über die Plattform erst ermöglicht werden.
- 12 • Natürliche und juristische Personen mit ihrer Identität gegenüber dem Betreiber
13 und Rechtsstaat für Straftaten haftbar gemacht werden können und ihre Identität
14 jederzeit feststellbar ist.
- 15 • Rechtswidriges Verhalten seitens der Plattform zwingend verfolgt wird und falls
16 nicht, sollen gestaffelte Strafmaßnahmen analog zur DSGVO eingeführt werden mit
17 Strafen in Höhe bis zu 5% des Jahresumsatzes oder schlussendlich eines
18 gänzlichen Verbots der Nutzung im europäischen Raum.
- 19 • Die Plattformen zwingend eine Kontextualisierung aller Inhalte ermöglichen
20 (beispielsweise Ergänzung von Einordnungen oder Quellen) und
21 öffentlichkeitswirksame Beiträge von Nutzer*Innen korrigiert werden können
- 22 • Automatisiertes Verhalten seitens Bots auf Plattformen mit großen Hürden
23 versehen wird, die nur noch durch eine natürliche oder juristische Person
24 erfüllbar ist (im Zweifelsfall mit rechtssicheren digitalen Methoden die
25 Identität nachweisbar machen, zur Not sogar an ein Identitätsdokument gekoppelt)
26 und somit klar ist, dass Beiträge von Menschen eingestellt werden
- 27 • Zuwiderhandlung von Nutzer*innen führt zu einer zeitweisen Sperrung von Konten
28 bis hin zu einem dauerhaften Ausschluss von der Plattform bei wiederholten
29 Aktivitäten mit Straftatbestand
- 30 • Datenhoheit nach DSGVO innerhalb des europäischen Raums herrscht und die Daten
31 europäischer Nutzer nicht außerhalb dessen verarbeitet werden dürfen

32 All diese Punkte sollen mit weiteren denkbaren Erweiterungen zu einer europäischen
33 Nutzungsrichtlinie zusammengeführt werden, die für sämtliche Betreiber sozialer
34 Netzwerke im europäischen Raum zwingend gilt. Falls eine Plattform dieser Richtlinie
35 nicht zustimmt ist ihr Betrieb im europäischen Raum verboten.

36 Weiterhin fordern wir die Schaffung eines europäischen sozialen Netzwerks und
37 Nachrichtendienstes, der von Grund auf dieser Richtlinie folgt und eine zentrale

- 38 Plattform für den sozialen Austausch innerhalb der europäischen Union schafft, aber
39 auch von Nutzern weltweit verwendet werden kann. Für diese gelten dann dieselben
40 Bedingungen nach obiger Richtlinie.

Antrag D03: Die digitale Einheit Deutschlands: Ein klarer Plan für eine einheitliche Architektur

Laufende Nummer: 12

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 Die Verwaltungsdigitalisierung und das Onlinezugangsgesetz basieren auf dem „Einer-
2 für-Alle-Prinzip“ (EfA). Das bedeutet, dass nicht jedes Bundesland für jede
3 Verwaltungsleistung selbst einen Onlinedienst bauen muss, sondern die verschiedenen
4 Themenbereiche zwischen den Bundesländern aufgeteilt werden. Beispielsweise ist
5 Niedersachsen für die Digitalisierung von Gesundheitsleistungen zuständig, während
6 Leistungen im Bereich Umwelt von Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz gemeinsam
7 umgesetzt werden usw. Dies soll zu einer Effizienzsteigerung und Kostenminimierung
8 führen, da sich nachnutzende Bundesländer vom entwickelnden Bundesland anschließen
9 lassen können.

10 Der gewünschte Erfolg durch das EfA-Prinzip blieb allerdings aus, die
11 Verwaltungsdigitalisierung läuft bekanntlich schleppend. Maßgeblich verantwortlich
12 hierfür sind die unterschiedlichen Architekturstandards, die es in Bund, Ländern und
13 teilweise sogar Kommunen gibt. Der Bund hat zu Beginn der Digitalisierungsprojekte
14 entschieden, nicht in die Hoheit der Länder eingreifen zu wollen und stattdessen auf
15 „Technologieoffenheit“ gesetzt, sodass jedes Bundesland selbst entscheiden kann,
16 welche Architekturansätze genutzt werden. Bei der Implementierung von Onlinediensten
17 aus anderen Bundesländern führt dies zu massiven Problemen, da es überall
18 unterschiedliche Schnittstellen gibt. So muss ein nachnutzendes Land nach dem Einkauf
19 einer EfA-Leistung diese nicht nur an das eigene Landesrecht anpassen, sondern auch
20 technische Schnittstellenlösungen entwickeln. Teilweise müssen hierfür wieder neue
21 Anwendungen mit Glue-Code o. ä. geschrieben werden, die ähnlich komplex wie eine
22 Neuentwicklung gewesen wären.

23 Vermeiden ließe sich dies durch eine deutschlandweit einheitliche Strategie zur
24 Digitalisierungsarchitektur. Dies stellt zwar zunächst einen Eingriff in die
25 Hoheitsrechte der Bundesländer dar, von den Vorteilen können aber alle profitieren,
26 sei es wie erläutert die Verwaltung selbst für eine einfachere Nutzbarkeit oder
27 die Bürger*innen, die Verwaltungsleistungen nutzen. Denn Bürger*innen sind mobil; sie
28 wohnen und arbeiten beispielsweise in zwei verschiedenen Bundesländern. Wenn
29 Bürger*innen überall in Deutschland die gleichen Kommunikationswege nutzen können und
30 die Serviceportale verschiedener Behörden ähnlich aufgebaut sind, wird die
31 Nutzer*innenfreundlichkeit stark erhöht, da die Orientierung vereinfacht, die Anzahl
32 an benötigten Zugangsdaten wie Passwörtern gesenkt und im besten Fall sogar eine
33 automatisierte Weiterleitung zur örtlich zuständigen Stelle ermöglicht wird. Ein
34 guter Schritt in diese Richtung wurde mit der Abschaltung der länderspezifischen
35 Nutzer*innenkonten erreicht, die jetzt einheitlich durch die BundID (künftig
36 DeutschlandID) ersetzt werden. Die BundID erreicht eine stärkere Akzeptanz in der
37 Gesellschaft, da sie durch intensive Weiterentwicklung zunehmend
38 benutzer*innenfreundlicher wird und sich durch Kooperationen mit Banken,

39 Versicherungen u. ä., die die BundID vor allem zur Authentisierung verwenden, über
40 den speziellen Anwendungsfall der öffentlichen Verwaltung hinaus weiterverbreitet.
41 Der Eingriff in die Hoheitsrechte der Länder war in diesem Fall also bereits
42 zielführend.

43 Im Bereich der OZG-Umsetzung ist die Zeit zu weit fortgeschritten, um den
44 Bundesländern nachträglich einheitliche Architekturstandards überzustülpen. Doch es
45 stehen weitere wichtige Projekte in der nahen Zukunft an, bei der bundesweite
46 Einheitlichkeit eine zentrale Rolle für ihren Erfolg spielt. Neben dem KI-Einsatz in
47 der Verwaltung, für den einheitliche Leitlinien erstellt werden sollten, und
48 bereichsspezifischen Projekten wie der Digitalen Schule, bedarf es vor allem bei der
49 Registermodernisierung einer einheitlichen Struktur. Registermodernisierung basiert
50 auf der Idee des Once-Only-Prinzips. Dies bedeutet, dass Bürger*innen jeden Nachweis
51 nur ein einziges Mal erbringen müssen und er danach in einem zentralen Register für
52 diese Nachweisart gespeichert wird, auf den alle Verwaltungen in Deutschland bei
53 Bedarf Zugriff haben. Wenn stattdessen Register mangels Vereinheitlichung oder
54 Schnittstellen nur jeweils innerhalb eines Landkreises abrufbar werden, handelt es
55 sich nicht mehr um Once-Only, denn nach jedem Umzug müssten alle Daten im neuen
56 Landkreis ein weiteres Mal vorgelegt werden.

57 Zudem muss sich im Vorfeld der Umsetzung auf einheitliche Einträge innerhalb der
58 Register verständigt werden. Nur wenn Datenformate sowie -inhalte demselben Prinzip
59 folgen, kann die Vielzahl der kleinen Register von den aktuell führenden Behörden in
60 ein großes, bundesweites Register übertragen werden. Auch die Schnittstellen müssen
61 diesmal vorab vereinheitlicht werden, um eine ähnliche Problematik wie bei der OZG-
62 Umsetzung zu vermeiden. Der Bund sollte seine Kompetenz im Bereich der einheitlichen
63 Digitalisierungsstandards nutzen, um zukünftig sinnvolle Vorgaben zu machen, die die
64 Umsetzung in der Praxis erleichtern. Dies könnte beispielsweise ein
65 Normierungsgremium übernehmen, welches technische Standards für Schnittstellen
66 festlegt, ohne eine vergaberechtswidrige Herstellerbindung auszulösen. Bei bereits in
67 der Umsetzung befindlichen Projekten sollte ebenfalls überprüft werden, wo
68 Vereinheitlichung großen Nutzen bringt, ohne zu kompliziert umsetzbar zu sein, und in
69 der Folge durchgeführt werden.

70 Am Beispiel der Registermodernisierung lässt sich darüber hinaus erkennen, dass vor
71 der Umsetzung die vollständige Digitalisierung aller Verwaltungsleistungen nötig ist.
72 Wenn eine Leistung noch nicht online nutzbar ist, bringt auch das bürgerzentrierte
73 Once-Only-Prinzip keine Erleichterung. Nur wenn ein Antrag in digitaler Form und
74 medienbruchfrei gestellt werden kann, können Prozesse wie der automatisierte Zugriff
75 auf zentrale Register implementiert werden. Daher muss auch die OZG-Umsetzung wieder
76 politische Priorität haben und schnell vorangebracht werden, sodass große innovative
77 Projekte wie Registermodernisierung oder die Einführung einer KI für Verwaltung auf
78 dieser wichtigen Basis aufbauen können.

Antrag D04: Alterskontrolle für Bücher ist Pflicht!

Laufende Nummer: 13

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern eine verbesserte und differenzierte Kennzeichnung für Bücher. Fantasie
- 2 ist genauso lebhaft, wie, wie einen Film zu schauen. Dementsprechend schädigend kann
- 3 auch ein Buch sein.
- 4 Daher muss:
- 5 • eine Alterskontrolle verbesserte und differenzierte Kennzeichnung für die
- 6 Altersgruppen ab 16 und 18 eingeführt werden, bei z.B. folgenden Buchthemen:
- 7 Pornografie und Gewaltverherrlichung.
- 8 • bei Buchverkäufen eine Warnung für Bücher ab 16 und ab 18 Jahren vorgenommen
- 9 werden, bei z.B. folgenden Buchthemen: Pornografie und Gewaltverherrlichung.
- 10 • Aufklärung über die Gefahr von FSK 16 und FSK 18 Büchern betrieben werden, bei
- 11 z.B. folgenden Buchthemen: Pornografie, Gewaltverherrlichung, Sexualisierte
- 12 Gewalt, Selbstverletzung und Missbrauch.
- 13 Wir fordern eine Alterskontrolle für Bücher sowie die Aufnahme von Büchern in das
- 14 Jugendschutzgesetz.
- 15

Begründung

Bei Filmen kennen wir es bereits: die Freiwillige Selbstkontrolle - kurz FSK. Die FSK-Ausschüsse sprechen Freigaben nach der gesetzlichen Vorgabe aus, dass Filme und andere Trägermedien, die "geeignet sind, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu beeinträchtigen", nicht für ihre Altersstufe freigegeben werden dürfen (§ 14 Abs. 1 JuSchG). In den FSK-Grundsätzen wird dabei bewusst auf eine vermutete Wirkung abgestellt.¹

Zusammengefasst: je nach Altersgruppe werden Kinder und Jugendliche vor gewissen Inhalten geschützt, die ihre Entwicklung beeinträchtigen können.

Diese Argumentation trifft auf Bücher aber genauso zu. Diese sind aber für jeden frei verfügbar. 13-jährige Menschen können zum Beispiel sogenannte "Dark Romance" Bücher erwerben, obwohl diese jugendgefährdende pornografische Inhalte aufweisen. Auch gewaltverherrlichende Inhalte sind häufig in Büchern wiederzufinden.

Es werden in diesen Büchern Werte vermittelt, bei denen Jugendliche nicht von Realität und Fiktion unterscheiden können. Eine Alterskontrolle muss stattfinden, um das körperliche, geistige und seelische Wohl von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten.

Minderjährige können noch nicht einschätzen, welche Bücher Ihnen im Nachhinein schaden können. Gerade ab 13 Jahren fühlt man sich sehr erwachsen und traut sich höhere FSK Bücher zu, aber aus eigener Erfahrung ist das nicht zutreffend, dass man das einschätzen kann.

Auch für Eltern wäre eine solche Empfehlung wertvoll, da sie oft einfach die Bücher kaufen, die ihnen ihre

Kinder hinhalten, ohne zu wissen, dass die Bücher nicht für ihr Kind geeignet sind.

Für Bücher im Bereich Sachbücher und Geschichte bedarf es eine andere Bewertung, es ist dennoch empfehlenswert, hier eine Content Warnung einzubringen - insbesondere bei graphischen Beschreibungen. Faktenbasierte Bücher müssen FSK frei zugänglich sein, da Aufklärungsarbeit sowohl in Geschichte als auch Sach-Medien nicht eingeschränkt / gefährdet werden darf.

Antrag E01: Slava Ukraini – Solidarität kennt kein Ablaufdatum!

Laufende Nummer: 14

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 Der 24. Februar 2022 war ein Tag voller Grauen, der sich tief ins Gedächtnis der Welt
2 eingebrennt hat. Es war der Moment, in dem der unübersehbare Krieg nach Europa
3 zurückkehrte. Sirenen heulten, Menschen flohen und Träume zerbrachen unter dem Donner
4 von Raketen. Und das Schlimmste ist: Es hört nicht auf. Bereits 2014 hat der Krieg
5 Russlands gegen die Ukraine begonnen, damals noch halb verdeckt als scheinbar
6 separatistische Bewegung, seit 2022 als unverhohlener Eroberungskrieg mit dem Ziel,
7 den ukrainischen Staat zu vernichten. Noch immer sterben Menschen, noch immer werden
8 Städte in Schutt und Asche gelegt, noch immer leben Millionen in Angst, getrennt von
9 ihren Familien, entwurzelt aus ihrem Leben. Der Krieg dauert an – und mit jedem neuen
10 Tag schreit die Welt ein bisschen lauter nach Frieden.

11 Wir verurteilen die Aggression Russlands auf die Ukraine auf Schärfste und stehen an
12 der Seite des mutigen ukrainischen Volkes in ihrem Kampf für Freiheit, Sicherheit,
13 Demokratie und Menschenrechte.

14 **Die Verantwortung Europas**

15 Im Laufe der Zeit hat die Aufmerksamkeit für den russischen Angriffskrieg und für das
16 Leid in der Ukraine spürbar nachgelassen. Durch den Amtsantritt von US-Präsident
17 Donald Trump sind die politischen Entwicklungen jedoch schlagartig unberechenbarer
18 geworden. Unübersehbar hat Putin auf Zeit gespielt, in der Hoffnung, mit Trump einen
19 Verbündeten im Weißen Haus zu gewinnen. Die öffentliche Demütigung von Präsident
20 Selenskyj im Gespräch mit Trump und JD Vance in Washington Ende Februar hat diese
21 Befürchtung der Ukraine und der NATO-Verbündeten bestätigt. Trumps Unterstützung für
22 die Ukraine ist keineswegs sicher und scheint stark abhängig von wirtschaftlichen
23 Interessen, wie beispielsweise der Ausbeutung von Rohstoffen in der Ukraine, zu sein.
24 Fast jeden Tag gibt es neue Kommentare des US-Präsidenten, die mal mehr in die eine
25 Richtung, mal mehr in die andere Richtung tendieren. Auch wenn es schwer fällt, zu
26 einer eindeutigen Einschätzung zu kommen, welche Position die US-Regierung einnimmt,
27 ist eines klar geworden: Ein verlässlicher Verbündeter sind die USA unter Donald
28 Trump nicht mehr. Deshalb ist die Europäische Union jetzt in der Verantwortung, die
29 Solidarität mit der Ukraine hochzuhalten und sich nicht hinter den Entscheidungen der
30 USA zu verstecken.

31 Auch drei Jahre nach Beginn des Krieges darf die Unterstützung für die Ukraine nicht
32 an Aufmerksamkeit oder Entschlossenheit verlieren. Es braucht weiterhin
33 internationale Solidarität, Entschiedenheit gegenüber der russischen Aggression und
34 eine klare antifaschistische Haltung, denn Putins Regime steht nicht nur für
35 autoritäre Unterdrückung, sondern für eine völkische, imperiale und patriarchale
36 Ideologie. Die Ukrainer*innen kämpfen nicht nur für ihre Freiheit, sondern
37 verteidigen auch unsere. Sie stehen an vorderster Front gegen ein Regime, das unsere
38 Werte bedroht. Ihr Mut schützt somit auch uns. Dieser Krieg ist eine schwerwiegende

- 39 Verletzung des Völkerrechts. Russland muss unverzüglich alle militärischen
40 Aktivitäten in der Ukraine unverzüglich einstellen.
- 41 Insbesondere für Frauen, queere Personen und Jugendliche ist der Krieg mit besonderer
42 Gewalt, Perspektivlosigkeit und Fluchtursachen verbunden. Seit Beginn des Krieges
43 sind viele Frauen in der Ukraine nun schon auf sich alleine gestellt, sie müssen sich
44 um ihre Kinder, Eltern und Schwiegereltern kümmern, da Männer zumeist für den
45 Kriegsdienst eingezogen sind. Dies resultiert darin, dass insbesondere unbezahlte
46 Care-Arbeit zugenommen hat. Derzeit sind über acht Millionen Frauen und Mädchen in
47 der Ukraine auf humanitäre Hilfe angewiesen, während häusliche und sexuelle Gewalt in
48 der Ukraine stetig zunehmen.
- 49 Auch nach dem über 1200 Tagen andauernden russischen Angriffskrieg stehen wir fest an
50 der Seite der Ukraine. Wir fordern:
- 51 **1. Politische Unterstützung der Ukraine.** Die Bundesregierung muss weiterhin
52 militärische, humanitäre und finanzielle Hilfe in Absprache mit europäischen und
53 internationalen Partner*innen für die Ukraine bereitstellen. Diplomatie und
54 militärische Unterstützung stehen dabei nicht im Widerspruch. In den letzten
55 Monaten hat die ukrainische Regierung wiederholt Verhandlungsbereitschaft
56 gegenüber Russland signalisiert, von der russischen Seite aber immer wieder
57 vertröstet. Auch die Waffenruhe über Ostern wurde von Russland in vielen Fällen
58 gebrochen. Um der Ukraine eine starke Position am Verhandlungstisch zu sichern,
59 muss die militärische Unterstützung nicht nur aufrechterhalten, sondern
60 ausgebaut werden. Dabei dürfen sich die europäischen Staaten nicht von den USA
61 abhängig machen.
 - 62 **2. Keine Rückkehr zur Normalisierung mit Russland unter Putin.** Solange das
63 russische Regime systematisch gegen Menschenrechte, internationale Verträge und
64 demokratische Grundwerte verstößt, darf es keinerlei Beziehungen zu Russland
65 geben. Sanktionen müssen konsequent durchgesetzt und erweitert werden. Jegliche
66 wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland müssen europaweit eingestellt werden.
67 Der Import russischer Brennstoffe muss verboten werden. Die
68 Energieunabhängigkeit Europas muss sichergestellt werden. Gegen die Umgehung der
69 Sanktionen, wie beispielsweise mithilfe der russischen Schattenflotte in der
70 Ostsee, muss entschieden vorgegangen werden. Reaktivierungen oder Weiterpflege
71 von Kontakten zum russischen Regime, wie sie offenbar von Ralf Stegner und
72 weiteren (ehemaligen) Politiker*innen betrieben werden, verurteilen wir auf das
73 Schärfste und fordern eine klare Distanzierung seitens der Parteien.
 - 74 **3. Konsequente Verfolgung russischer Kriegsverbrechen.** Die internationale
75 Gemeinschaft muss sich für die Aufarbeitung und strafrechtliche Verfolgung der
76 Kriegsverbrechen gegenüber den Ukrainer*innen einsetzen. Die EU muss den
77 ukrainischen Behörden bei der Sicherung von Beweisen für Kriegsverbrechen und
78 bei der Aufklärung von Kriegsverbrechen unterstützen.
 - 79 **4. Langfristige Solidarität mit Geflüchteten.** Die Aufnahme und Integration
80 ukrainischer Geflüchteter muss durch dauerhaft gut ausgestattete Programme
81 abgesichert werden. Die Pläne der schwarz-roten Bundesregierung, Geflüchtete aus
82 der Ukraine künftig wieder dem Asylbewerberleistungsgesetz zuzuordnen und damit
83 rechtlich schlechter zu stellen als bislang, lehnen wir ab. Im Gegenteil: Die
84 schnelle und weniger bürokratische Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine, die

- 85 sich unter anderem in der freien Wahl des Wohnorts ausgedrückt hat, war ein
86 erfolgreicher humanitärer Ansatz, der beibehalten und auf weitere Gruppen von
87 Schutzbedürftigen ausgeweitet werden sollte.
- 88 **5. Aktive Beteiligung am Wiederaufbau der Ukraine.** Die EU muss einen solidarischen
89 Wiederaufbauplan aufstellen, der auch die Zivilgesellschaft, sowie feministische
90 und jugendpolitische Initiativen fördert. Eingefrorene russische Gelder sollen
91 für den Wiederaufbau der Ukraine verwendet werden.
- 92 **6. Feministische Außenpolitik muss umgesetzt werden.** Es müssen in der Ukraine
93 spezifische Schutzmechanismen geschaffen werden, die feministische Initiativen
94 vor Ort gezielt unterstützen, beispielsweise durch direkte Förderungen für
95 Initiativen, die sich für psychosoziale Hilfe und den Schutz vor sexualisierter
96 Gewalt einsetzen.
- 97 **7. Jugend stärken.** Der Krieg in der Ukraine hat schon jetzt eine Generation junger
98 Menschen in der Ukraine geprägt. Daher müssen insbesondere Jugendprogramme
99 gefördert werden.
- 100 **8. Ukraines Mitgliedschaft in der EU.** Bei Erfüllung der Beitrittskriterien eine
101 volle Unterstützung der Ukraine als Kandidatin für die EU-Mitgliedschaft. Dies
102 ist ein starkes politisches Symbol für die Unterstützung der Ukraine.

Antrag E02: Für Demokratie und Freiheit – Solidarität mit der türkischen Opposition

Laufende Nummer: 15

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir Jusos zeigen uns solidarisch mit allen Menschen in der Türkei, die sich mutig
- 2 gegen autoritäre Unterdrückung stellen. Dazu zählen vor allem unsere Schwesterpartei
- 3 CHP (Cumhuriyet Halk Partisi, deutsch: Republikanische Volkspartei), die demokratische
- 4 Opposition, unabhängige Journalist*innen sowie zahlreiche zivilgesellschaftliche
- 5 Organisationen, die sich trotz massiver staatlicher Repression für eine offene, freie
- 6 Gesellschaft einsetzen.
- 7 Der jüngste Angriff auf demokratische Grundrechte ist die politisch motivierte
- 8 Inhaftierung des Istanbuler Oberbürgermeisters Ekrem İmamoğlu. Die Verhaftung
- 9 aufgrund fadenscheiniger Vorwürfe und die direkt darauf folgende Amtsenthebung, ohne
- 10 dass ein Urteil in Sicht ist, ist offenkundig kein rechtsstaatlicher Akt, sondern
- 11 Teil einer Strategie, politische Gegner*innen gezielt aus dem Weg zu räumen –
- 12 insbesondere solche, die dem amtierenden Präsidenten bei zukünftigen Wahlen
- 13 gefährlich werden könnten. Schon als İmamoğlu 2019 zum Oberbürgermeister gewählt
- 14 wurde, hat das Erdoğan-Regime diese Wahl nicht akzeptieren wollen und kurzerhand
- 15 annullieren lassen. Doch auch die Wahlwiederholung gewann İmamoğlu - sogar mit einem
- 16 noch größeren Vorsprung gegenüber Erdoğan's AK-Partei (Adalet ve Kalkınma Partisi,
- 17 deutsch: Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung)als zuvor, ein Beweis für die
- 18 demokratische Selbstbehauptung der Istanbuler Stadtgesellschaft.
- 19 Doch die Inhaftierung İmamoğlus ist nur die prominente Spitze des Eisbergs. Denn
- 20 gleichzeitig beobachten wir mit großer Sorge, wie über 100 weitere Menschen, darunter
- 21 oppositionelle Politiker*innen und Journalist*innen, inhaftiert wurden. Der Versuch,
- 22 İmamoğlu durch den Entzug seiner Hochschulabschlüsse zusätzlich zu diskreditieren,
- 23 zeigt, wie weit die Regierung bereit ist zu gehen, um unliebsame Stimmen mundtot zu
- 24 machen. Zudem wurde bereits vor der jüngsten Verhaftungswelle immer wieder mit
- 25 staatlicher Repression gegen die demokratische Opposition vorgegangen. So nutzte
- 26 Präsident Erdoğan den gescheiterten Putschversuch von Teilen des Militärs 2016
- 27 bereits als Vorwand, um zahlreiche politisch motivierte Verhaftungen vorzunehmen,
- 28 beispielsweise zahlreiche Abgeordnete der linken HDP einschließlich ihres
- 29 Vorsitzenden, Selahattin Demirtaş. Im Fall Demirtaş hat der Europäische Gerichtshof
- 30 für Menschenrechte bereits 2020 geurteilt, dass es sich um eine politische
- 31 Inhaftierung handelt und Demirtaş freizulassen ist. Dieses Urteil wird von der
- 32 türkischen Regierung trotz Mitgliedschaft im Europarat ignoriert. Durch das
- 33 Ausschalten politischer Konkurrenz werden Wahlen zunehmend zu einer reinen
- 34 Inszenierung von Legitimation für den amtierenden Staatspräsidenten. Gleichzeitig hat
- 35 Erdoğan die Justiz mit zahlreichen Anhänger*innen besetzt und seine Kompetenzen durch
- 36 die Verfassungsreform 2017 mit knapper Mehrheit massiv ausgeweitet, sodass eine echte
- 37 demokratische Kontrolle innerhalb des Systems kaum mehr möglich ist.

38 Doch trotz Einschüchterung, Überwachung und willkürlicher Gewalt lässt sich die
39 demokratische Bewegung in der Türkei nicht unterkriegen. Gerade junge Menschen,
40 Studierende und Aktivist*innen kämpfen für ein Land, in dem Meinungsfreiheit,
41 Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit gelebte Realität sind.

42 Wir Jusos stehen fest an der Seite aller, die für Demokratie streiten – sei es in der
43 Türkei oder anderswo. Dieser Kampf kennt keine Grenzen!

44 **Wir fordern:**

45 **1. Die sofortige Freilassung von Ekrem İmamoğlu sowie aller weiteren inhaftierten**
46 **Oppositionellen und Aktivist*innen.**

Politische Verfolgung darf keinen Platz in einem demokratischen System haben.
47 Auch die Prozesse gegen Personen wie Osman Kavala und Selahattin Demirtaş müssen
48 endlich beendet werden. Alle Personen, die während der Proteste gegen die
49 Verhaftung İmamoğlus verhaftet worden sind, haben von ihren demokratischen
50 Rechten Gebrauch gemacht und sind unverzüglich freizulassen.

51 **2. Die Rückgabe der Universitätsabschlüsse**

52

53 Durch den willkürlichen Entzug von Universitätsabschlüssen zerstört die türkische
54 Regierung Existenzen, nicht nur von Politiker*innen, sondern auch von kritischen
55 Stimmen aus der Zivilgesellschaft, beispielsweise an Universitäten. Die Betroffenen
56 müssen ihre Abschlüsse daher umgehend wieder zurückerhalten und diese willkürliche
57 Maßnahme in Zukunft unterbleiben.

58 **3. Eine klare und kritische Haltung der Bundesregierung sowie der SPD gegenüber der**
59 **türkischen Regierung.**

Diplomatische Zurückhaltung darf nicht dazu führen, dass
60 Menschenrechtsverletzungen hingenommen werden. Außenpolitik muss wertegeleitet
61 sein.

62

4. Mehr Schutz und Unterstützung für bedrohte Aktivist*innen aus der Türkei.

63 Deutschland und die EU müssen verfolgten Journalist*innen, Oppositionellen und
Studierenden Aufnahme und Schutz gewähren.

64 **5. Stärkere Zusammenarbeit mit demokratischen Kräften vor Ort.**

65 Wir setzen uns für mehr Austausch mit kommunalen Verwaltungen wie beispielsweise
der Stadt Istanbul, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Jugendinitiativen
in der Türkei ein.

66

67

68

69

70 Wir als Jusos Bezirk Hannover wollen in Solidarität mit der demokratischen Opposition
71 mit gutem Beispiel vorangehen und arbeiten deshalb seit einiger Zeit an einer
72 Stärkung unserer Kontakte zur CHP Jugend, die sogar eine Gruppe in Hannover hat.
73 Diese Zusammenarbeit wird der Bezirksvorstand weiter ausbauen und verstetigen. Wir

- 74 wollen internationale Solidarität konkret erfahrbar machen!
- 75 Die Menschen in der Türkei kämpfen unter schwierigen Bedingungen für Freiheit und
- 76 Demokratie. Ihre Stimme darf nicht ungehört bleiben. Wir Jusos bekennen uns dazu,
- 77 diesen Kampf sichtbar zu unterstützen – mit klaren Worten, konkreten Maßnahmen und
- 78 gelebter internationaler Solidarität.

Antrag E03: Menschenwürde statt Maschinengewalt - Letale autonome Waffensysteme international verbieten

Laufende Nummer: 16

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Rüstungskontrolle - ein vergessenes Thema?**

2 Kriegstüchtigkeit, Wehrpflicht, Sondervermögen für die Bundeswehr: Unsere öffentliche
3 Debatte kreist seit dem russischen Angriffskrieg wieder vor allem um Fragen der
4 Aufrüstung und Stärkung des Militärs. Als Jusos haben wir diese Debatte nicht
5 gescheut und auch unsere eigenen Beschlusslagen immer wieder an die veränderte
6 Weltlage angepasst. Die Bedrohung durch Russlands Imperialismus und die Schwächung
7 des US-amerikanischen Schutzes unter Donald Trump können wir nicht ignorieren.
8 Gleichzeitig bleiben wir ein antimilitaristischer Verband und wir beobachten mit
9 großer Sorge, wie einseitig Debatten über Rüstungspolitik geführt werden. Jede
10 zusätzliche Aufrüstung wird als begrüßenswert dargestellt. Völkerrechtliche oder
11 ethische Debatten rücken massiv in den Hintergrund. Dabei kann Frieden nicht
12 ausschließlich durch Abschreckung erzielt werden, sondern muss immer auch mit
13 Rüstungskontrolle und Abrüstungsinitiativen einhergehen.

14 Rüstungskontrolle ist auch in der aktuellen weltpolitischen Lage nicht überholt, im
15 Gegenteil: Gerade in Zeiten zunehmender militärischer Spannungen und
16 Auseinandersetzungen, technologischer Aufrüstung und automatisierter Kriegsführung
17 braucht es klare Regeln, Kontrolle und eine ethische Grundlage für den Einsatz von
18 Waffensystemen. Das betrifft in einem besonderen Maße autonome Waffensysteme.

19 Die Bedeutung von autonomen Waffensystemen hat in den letzten Jahren stark
20 zugenommen. Das liegt insbesondere an den Fortschritten im Bereich der Künstlichen
21 Intelligenz und ihren militärischen Anwendungen. Mutmaßlich soll es 2020 in Libyen
22 zum ersten Mal zum autonomen Angriff durch eine Militärdrohne gekommen sein. Auch im
23 Krieg zwischen Aserbaidshan und Armenien 2020 um Bergkarabach hatte der Einsatz
24 autonomer bewaffneter Drohnen einen großen Anteil am Sieg Aserbaidshans. Doch noch
25 mehr als diese Kriege hat der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine die
26 Entwicklung beschleunigt. Künstliche Intelligenz benötigt Daten, um trainiert zu
27 werden, und kaum ein Krieg hat bislang so viele Daten bereitgestellt wie der Krieg
28 Russlands gegen die Ukraine. Dabei werden nicht nur nachrichtendienstliche, sondern
29 auch öffentlich zugängliche Daten genutzt. Die ukrainisch-russische Front ist so zu
30 einem regelrechten Testgebiet für autonome Waffensysteme geworden. In der Regel
31 werden sie jedoch teilautomatisiert eingesetzt, verfügen also noch über einen
32 menschlichen Piloten. KI wird jedoch auch für andere Zwecke wie Schadensanalyse,
33 Einschätzung von Munitionsbeständen und Spracherkennung verwendet. Autonome
34 Waffensysteme sind in der Lage, Daten in Echtzeit zu analysieren und somit schneller
35 und günstiger als eine menschliche Bewertung.

36 **Letale autonome Waffensysteme: Gewalt außer Kontrolle**

37 Letale autonome Waffensysteme (LAWS) können derzeit grundsätzlich ohne menschliche

38 Kontrolle eingesetzt werden und tödliche Gewalt ausüben. Sie analysieren ihre
39 Umgebung, wählen Ziele aus und können töten, ohne dass ein Mensch direkt eingreift.
40 Das macht eine Regulierung dringend erforderlich. Sobald LAWS ohne menschliche
41 Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten eingesetzt werden, besteht keine Möglichkeit,
42 ihren Einsatz zu kontrollieren, zu überwachen oder abubrechen. Diesen Grad an
43 Autonomie, also den Entzug jeglicher menschlicher Kontrolle, nennt man
44 Human-out-of-loop (HOOL). Hier lässt sich eine Eigendynamik beobachten: Am Anfang
45 stehen unbemannte Drohnen, die zunächst nur zu Aufklärungszwecken angeschafft werden.
46 Sobald diese umbenannten Drohnen zur Verfügung stehen, erscheint es logisch, sie mit
47 weiteren Funktionen auszustatten bis hin zur autonomen Zielauswahl und Entscheidung
48 anzugreifen. Solange LAWS keiner internationalen Rüstungskontrolle unterliegen,
49 erscheint es Staaten erstrebenswert, damit einen militärischen Vorteil zu gewinnen,
50 insbesondere da LAWS schneller entscheiden können als Menschen und zu einer
51 Entlastung des militärischen Personals führen. KI-unterstützte Systeme, die noch
52 nicht letal sind oder noch nicht vollständig autonom, stellen oft einen Türöffner hin
53 zum Einsatz von LAWS da. Für uns steht jedoch fest: **LAWS, die völlig der menschlichen**
54 **Kontrolle entzogen sind, sind abzulehnen.**

55 **Autonome Waffensysteme erhöhen das Kriegsrisiko**

56 Ein Grund dafür ist die ethische Dimension: KI ist nicht in der Lage, den Wert
57 menschlichen Lebens zu erkennen. Sobald der Mensch die Kontrolle über tödliche
58 Entscheidungen abgibt, wird auch das Opfer des Angriffs entmenschlicht und auf einen
59 Datensatz reduziert. Auch in einem Krieg sollte es immer ein Mensch sein, der sein
60 Gewissen mit der Tötung eines anderen Menschen belastet - und diese Belastung seines
61 Gewissens auch in seine Entscheidung einbezieht. Denn weil KI dieses Gewissen und die
62 Wertschätzung menschlichen Lebens fehlt, droht mit der Automatisierung des Krieges
63 auch eine Enthemmung. Bezogen auf die konkreten Angriffe bedeutet das, dass womöglich
64 die Präzision in der Zielauswahl steigt, durch leichtere und schnellere Angriffe
65 jedoch mehr Angriffe stattfinden und auch mehr zivile Opfer entstehen. Höhere
66 Präzision geht daher oft nicht mit einer Schonung der Zivilbevölkerung einher.

67 Doch die Automatisierung des Krieges hat nicht nur Einfluss auf die einzelne
68 Kampfhandlung, sondern auch auf die generelle Bereitschaft, Kriege zu führen. Je mehr
69 von der ethischen Last auf LAWS abgewälzt wird, desto geringer sind Hemmungen, einen
70 Krieg zu führen. Und auch die kritische Diskussion über Kriege wird dadurch
71 erschwert. Romane wie "Im Westen nichts Neues" zeigen eindrücklich, dass die
72 kritische Auseinandersetzung mit Kriegen oft auf den traumatischen Erfahrungen der
73 Soldat*innen fußt, einschließlich der Erfahrung, andere Menschen verletzt oder
74 getötet zu haben, und der Erkenntnis, dass auf beiden Seiten der Front Menschen mit
75 all ihren Gemeinsamkeiten stehen. Zudem kann die Weigerung von Soldat*innen zu
76 kämpfen, Druck auf Regierungen ausüben, um Kriege zu beenden, wie beispielsweise der
77 Kieler Matrosenaufstand das Ende des 1. Weltkriegs einleitete. Autonome Waffensysteme
78 entziehen sich also auch in dieser Hinsicht der menschlichen Kontrolle und eröffnen
79 damit größere Möglichkeiten für eine undemokratische und missbräuchliche Verwendung.
80 Durch eine Erleichterung der Kriegsführung wird die Welt nicht sicherer, sondern
81 potenziell gefährlicher.

82 **Die Sorge vor den flash wars - Krieg aufgrund eines Software-Fehlers**

83 Doch nicht nur die Bereitschaft der politischen Verantwortungsträger*innen, einen
84 Krieg zu führen, wird durch autonome Waffen erhöht. Der Einsatz von KI erhöht auch
85 das Risiko, dass ein Krieg ganz ohne menschliches Zutun begonnen wird. Sogenannte
86 "flash wars" klingen wie Science-Fiction-Dystopie, stellen aber eine mögliche Gefahr
87 dar, wenn Waffensysteme eigene Entscheidungen treffen können. Durch technische Fehler
88 können autonome Waffensysteme fälschlicherweise von einem Angriff ausgehen und
89 dadurch selbst entscheiden, den vermeintlichen Angreifer zu attackieren. Die
90 Gegenseite wiederum reagiert darauf mit eigenen Gegenangriffen, sodass sich beide
91 Systeme immer weiter hochschaukeln, ohne dass ein Mensch intervenieren könnte.
92 Potenziert wird die Gefahr zusätzlich dadurch, dass KI-basierte Waffensysteme stark
93 vernetzt werden können, beispielsweise durch die Verbindung mit der Kriegsführung im
94 Weltraum und im digitalen Raum. Das erhöht die Gefahr einer Eskalationsspirale. Bis
95 es zu einer Intervention durch einen Menschen kommt, wurden womöglich bereits
96 großflächige Zerstörungen angerichtet. Aus Angst davor, dass Irrtümer oder
97 Missverständnisse einen Atomkrieg auslösen könnten, wurde im Kalten Krieg der "heiße
98 Draht" zwischen der US-amerikanischen und der sowjetischen Regierung eingerichtet.
99 Würde ein solcher Krieg durch autonome Waffensysteme ausgelöst, käme der heiße Draht
100 vermutlich viel zu spät.

101 **Die Schwierigkeit der menschlichen Kontrolle**

102 Als "Kompromiss" wird oft darauf verwiesen, dass die Zielauswahl zwar automatisiert
103 stattfinden kann, sie aber durch einen Menschen final bestätigt werden muss. Der
104 Mensch hat also eine Eingriffsmöglichkeit. Doch auch dieser Mechanismus löst das
105 Problem nicht vollständig auf. Erstens ist für den Menschen, der die Entscheidung
106 treffen soll, oft nur schwer nachvollziehbar, wie die KI zu ihrer Entscheidung
107 gekommen ist. Zweitens ist ein "automation bias" zu beobachten, d.h. Menschen haben
108 ein hohes Vertrauen in die Entscheidung von Computern und trauen ihnen intuitiv
109 bessere, objektivere Entscheidungen zu als Menschen. Drittens können die Datenmengen
110 und die Geschwindigkeit, mit der die KI sie bearbeitet, menschliche Entscheider*innen
111 leicht überfordern. Selbst, wenn die Waffe nicht vollständig autonom entscheiden
112 kann, kommt es so zu einem tendenziellen Absinken der menschlichen Kontrolle und zu
113 einer Abnahme des menschlichen Situationsverständnisses und der
114 Eingriffsmöglichkeiten.

115 **Regulieren statt automatisieren!**

116 Wir beobachten, dass sich die Technik der autonomen Waffensysteme aktuell weitaus
117 schneller entwickelt als ihr normativer Rahmen. Die Entwicklung und der Einsatz
118 autonomer Waffensysteme sind nicht reguliert, was zu einem Wettrüsten um neue
119 militärische Technologien beiträgt. Das Problem beginnt schon dabei, dass
120 einheitliche Definitionen fehlen. Das Ziel muss es deshalb sein, eine international
121 einheitliche Definition von LAWS, sowie eine verbindliche Rüstungskontrolle, zu
122 entwickeln. Ebenso muss eine internationale Vereinbarung erreicht werden, die klare
123 Regeln für menschliche Verantwortung und Eingriffsmöglichkeiten festlegt.
124 Vollautonome Systeme ohne menschliche Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten sind zu
125 verbieten. Auch die Verbreitung autonomer Waffensysteme muss eingeschränkt werden, um
126 beispielsweise zu verhindern, dass nicht-staatliche Akteur*innen Zugriff darauf
127 erhalten. Die Resolution der UN-Generalversammlung von 2024 (General and complete
128 disarmament: lethal autonomous weapons systems) ist als erster Schritt in die

129 richtige Richtung anzusehen. Allerdings stellt die Resolution selbst noch keine
130 Regulierung dar, sondern lediglich einen Auftrag an den UN-Generalsekretär,
131 Einschätzungen dazu einzuholen. Bemühungen, diese Regulierung im Rahmen der UN-
132 Konvention über bestimmte konventionelle Waffen (CCW) herbeizuführen, gelten aufgrund
133 des dortigen Konsensprinzips als weitestgehend gescheitert. Umso wichtiger ist es,
134 dass Deutschland eine klare Position entwickelt und für diese auch gegenüber den
135 eigenen Verbündeten wirbt. Der Koalitionsvertrag, den die CDU, CSU und SPD 2025
136 verhandelt haben, geht jedoch in die falsche Richtung. Die Koalitionär*innen
137 vereinbaren darin die Einführung von "Zukunftstechnologien" bei der Bundeswehr und
138 nennen als Beispiel "unbemannte (auch kampffähige) Systeme". Die internationale
139 Regulierung solcher Systeme wird nicht als Ziel benannt. **Für uns ist klar: Die**
140 **deutsche Bundesregierung darf sich nicht an einem risikoreichen Wettrüsten mit**
141 **autonomen Waffensystemen beteiligen!**

142 Wir fordern konkret:

- 143 • eine einheitliche, internationale Definition von autonomen Waffensystemen
- 144 • ein internationales Verbot von vollautonomen letalen Waffensystemen ohne
145 menschliche Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten analog zum
146 Atomwaffenverbotsvertrag und außerhalb der Konvention über bestimmte
147 konventionelle Waffen (CCW). Auch wenn Staaten, die großen Wert auf die
148 Entwicklung autonomer Waffensysteme legen, bremsen, sollte Deutschland gemeinsam
149 mit gleichgesinnten Staaten die Initiative ergreifen.
- 150 • verbindliche Regeln zur menschlichen Verantwortung über den Einsatz von
151 teilautonomen Waffensystemen und ihrer Verbreitung
- 152 • Sicherstellung der Grundprinzipien von menschlicher Verantwortung, Kontrolle und
153 Transparenz bei Einsätzen
- 154 • Bis internationale Regulierung erfolgreich sind, ein nationales Moratorium für
155 LAWS.
- 156 • den Einsatz der SPD(-Bundestagsfraktion) und des Bundesverteidigungsministers
157 für die hier beschriebene Regulation von autonomen Waffensystemen und damit
158 verbunden keine deutsche Beteiligung an einem "Wettrüsten" im Bereich dieser
159 Technologien.
- 160 • keine Beschaffung vollautonom bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr.

Antrag F01: Tradwives und Stay-at-home Girlfriends - Antifeminismus auf Social Media den Kampf ansagen!

Laufende Nummer: 17

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Seit einigen Jahren verbreitet sich auf den Sozialen Medien ein gefährlicher
- 2 Lifestyle-Trend, der von einem Millionenpublikum gefeiert und konsumiert wird, dieser
- 3 wird durch die sogenannten "Trad-Wives" und "Stay-at-home Girlfriends" erstellt und
- 4 geteilt. Hinter diesen zunächst scheinbar harmlosen Lifestyle verbirgt sich vor allem
- 5 eins: die gezielte Propagierung frauenfeindlicher Ideologien und patriarchaler
- 6 Geschlechterbilder!
- 7 Trotz aller Errungenschaften feministischer Bewegungen und den Fortschritten im
- 8 Bereich der Geschlechtergerechtigkeit erleben wir gerade insbesondere online einen
- 9 massiven Backlash. Die Verbreitung dieser Ideologien über TikTok, Instagram und
- 10 andere Plattformen erreicht insbesondere junge Menschen und reproduziert ein
- 11 Frauenbild, in dem weibliche Selbstbestimmung durch Unterordnung ersetzt wird. In den
- 12 Videos dieser Accounts wird die Rolle der Frau auf Hausarbeit, Schönheitspflege und
- 13 Gehorsam reduziert. Das Ideal ist die aufopferungsvolle Frau, die sich ganz dem
- 14 (meist finanziell versorgenden) Mann unterordnet. Diese Kurzvideos verbreiten ein
- 15 gefährliches Narrativ, das antifeministische Stereotype in den Mainstream
- 16 zurückträgt. Genau dieser Content der patriarchalen Geschlechterbildern gewinnt ein
- 17 immer wachsendes Interesse an, die insbesondere gezielt online in den Sozialen Medien
- 18 propagiert werden und sich rasend schnell verbreiten.
- 19 Diese Entwicklungen sind kein harmloser Trend, sondern entstehen in einem klaren
- 20 Zusammenhang mit dem Erstarken rechtsextremer Ideologien und geschlechtsspezifischer
- 21 Gewalt. So hat laut der 2022 erschienenen Leipziger Autoritarismusstudie bereits
- 22 jeder vierte Mann und jede zehnte Frau in Deutschland ein geschlossenes
- 23 antifeministisches Weltbild. Parallel sind die Zahlen polizeilich registrierter
- 24 häuslicher Gewalt in den letzten fünf Jahren um 20 Prozent gestiegen. Dabei handelt
- 25 es sich jedoch nur um die bei der Polizei angezeigten und bekannten Fälle. Das
- 26 Dunkelfeld ist um ein Vielfaches höher.
- 27 Antifeminismus richtet sich vor allem gegen Gleichstellung und verbreitet die
- 28 Ideologie, dass Frauen sich ihrer "natürlichen" Rolle als untergeordnete Partnerin
- 29 fügen sollen. Diese Erzählung schafft die Grundlage für ein gesellschaftliches Klima,
- 30 in dem Gewalt gegen Frauen, insbesondere häusliche und sexualisierte Gewalt,
- 31 normalisiert und akzeptiert werden! Das können wir als Jusos nicht hinnehmen!
- 32 Insbesondere Trad-Wives und Stay-at-home-girlfriend Accounts auf den Sozialen Medien
- 33 wie TikTok oder Instagram verbreiten diese antifeministischen Ideologien und werben
- 34 damit insbesondere bei Jugendlichen und unerfahrenen Nutzer*innen. Diese sogenannten
- 35 Trad-Wives propagieren die Rolle der Frau als häusliche Ehefrau und Mutter. Mit
- 36 diesen Inhalten wird konkret versucht, junge Männer zu ködern und diese zu
- 37 instrumentalisieren mit ihrer Frustration in Bezug auf Sexualität, gesellschaftliche

38 Teilhabe oder beruflichen Erfolg. Jedoch beschränken sich diese Ideologien nicht nur
39 auf den digitalen Raum, sondern sie haben reale Konsequenzen, wie etwa
40 Hasskriminalität oder extremistische Attentate. So hat die Leipziger Autoritarismus
41 Studie gezeigt, dass Ressentiments und Wut gegen Migrant*innen, Jüdinnen*Juden,
42 queere Menschen und sozial schlechter gestellte Menschen in Deutschland zunimmt, und
43 das vor allem unter Jüngeren. Die Shell Jugendstudie belegt diese Zahlen. So ordnet
44 sich inzwischen jeder vierte männliche Jugendliche als rechts ein. Genau diese 25 %
45 sind es auch, die besonders anfällig dafür sind, sich zu radikalieren und sich
46 häufig antifeministisch positionieren. Oft wird Antifeminismus auch als Einstieg in
47 den Rechtsextremismus instrumentalisiert. Dafür spielt auch das Internet eine immer
48 wichtiger werdende Rolle und fungiert als Plattform für Verbreitung und Vernetzung.
49 Über den Algorithmus werden Männer nach und nach zu rechtsextremen Inhalten
50 geleitet.

51 Die antifeministischen Bewegungen normalisieren Hass und Missbrauchen, normalisieren
52 Gewalt gegen Frauen und werben für eine Rückkehr zu patriarchalen Geschlechterrollen.
53 Für uns Jusos steht fest: Antifeminismus ist kein Randphänomen. Antifeminismus ist
54 gefährlich und wir müssen ihm entschlossen entgegentreten. Wir fordern daher:

55 1. Politische Bildung und Prävention

- 56 • Vermittlung von Medienkompetenz, um junge Menschen und Medienunerfahrene, im
57 Umgang mit Social Media, Algorithmen und digitaler Radikalisierung zu stärken.
- 58 • Stärkung und flächendeckender Ausbau geschlechtersensibler Bildung.
- 59 • Politische Bildung muss Antifeminismus explizit benennen und in Verbindung mit
60 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Queerfeindlichkeit
61 thematisieren.

62 2. Monitoring und Sichtbarmachung

- 63 • Stärkung bestehender Meldestellen gegen Antifeminismus und Förderung der
64 Dokumentation antifeministischer Vorfälle.
- 65 • Förderung geschlechterspezifischer Forschung zu Antifeminismus, insbesondere mit
66 Fokus auf digitale Räume und Social Media.

67 3. Schutz, Sichtbarkeit und rechtliche Konsequenz

- 68 • Ausbau rechtlicher Möglichkeiten zur Anzeige von Hass und Hetze im Netz –
69 inklusive niedrigschwelliger Unterstützung für Betroffene.
- 70 • Konsequente Anwendung und Weiterentwicklung bestehender Gesetze zum Schutz von
71 FINTA*-Personen.
- 72 • Förderung einer feministischen Gestaltung der digitalen Öffentlichkeit, in der
73 antifeministische Narrative konsequent zurückgedrängt werden.

74 4. Strukturelle Verankerung feministischer Politik

- 75 • Geschlechtergerechtigkeit muss politikfeldübergreifend als Querschnittsaufgabe
76 verankert werden.
- 77 • Engagement gegen Antifeminismus muss als zentraler Bestandteil einer
78 demokratischen Gesellschaft anerkannt werden.
- 79 • Bis 2030 müssen effektive Mechanismen zur Durchsetzung tatsächlicher
80 Gleichstellung geschaffen und finanziell abgesichert sein.

- 81 • Antidiskriminierungs-, Gleichstellungs- und Diversitätsstrategien auf Bundes-,
82 Landes- und kommunaler Ebene müssen ausgebaut und gesetzlich gestärkt werden.
- 83 5. Gesellschaftlicher und politischer Widerstand
- 84 • Sensibilisierung von Politiker*innen und demokratischen Parteien für
85 antifeministische Tendenzen und deren Rolle bei gesellschaftlicher Spaltung.
- 86 • Stabile, langfristige Förderung von feministischer Bildungs-, Aufklärungs- und
87 Interventionsarbeit – insbesondere durch zivilgesellschaftliche Organisationen.

Antrag F02: Das Selbstbestimmungsgesetz muss bleiben! Für eine starke und fortschrittliche Queerpolitik

Laufende Nummer: 18

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wer den aktuellen Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD liest, wird kaum konkrete
- 2 queerpolitische Maßnahmen finden, die die Diskriminierung von LGBTIQ*-Personen
- 3 abbauen oder die Akzeptanz für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt stärken. Im
- 4 Gegenteil: Die wenigen queerpolitischen Punkte, die enthalten sind, lassen massive
- 5 Rückschrittstendenzen erkennen.

- 6 Ganz konkret wurde im Koalitionsvertrag vereinbart, dass das im Mai 2024 durch die
- 7 Ampel verabschiedete Selbstbestimmungsgesetz bis zum 31. Juli 2026 evaluiert werden
- 8 solle, deutlich früher als vorgesehen. Laut Koalitionsvertrag solle hierbei ein
- 9 "Fokus auf die Auswirkung auf Kinder und Jugendliche, die Fristsetzung zum Wechsel
- 10 des Geschlechtseintrags sowie den wirksamen Schutz von Frauen" gesetzt werden. Diese
- 11 im Koalitionsvertrag genannte Schwerpunktsetzung ist dabei sehr kritisch zu sehen. Im
- 12 Selbstbestimmungsgesetz selbst wurde durch die vorherige Ampel-Koalition eine
- 13 Evaluierung innerhalb von fünf Jahren verankert. Laut Gesetz soll hier aber vor allem
- 14 geprüft werden, ob das Selbstbestimmungsgesetz gemäß verfassungs- und
- 15 europarechtlichen Grundsätzen die geschlechtliche Selbstbestimmung stärkt. Im
- 16 Gegensatz dazu erinnert die festgehaltene Schwerpunktsetzung der Evaluation im
- 17 jetzigen Koalitionsvertrag eher an die polarisierende gesellschaftliche Debatte,
- 18 getragen von Konservativen und Rechten, in der das Selbstbestimmungsgesetz als Gefahr
- 19 für Frauen und Kinder dargestellt wird! Wir fordern daher ganz klar: Die geplante
- 20 Evaluation muss sich am gesetzlichen Auftrag und nicht an vorteilhaften Annahmen
- 21 orientieren!

- 22 Über das Selbstbestimmungsgesetz hinaus werden im Koalitionsvertrag keine weiteren
- 23 konkreten queerpolitischen Regelungen benannt. Ganz konkret fehlen uns Jusos wichtige
- 24 queerpolitische Reformen zum Abstammungsrecht, der Ergänzung des Artikel 3 GG um den
- 25 Schutz der sexuellen und geschlechtlichen Identität, der Fortführung und Verstetigung
- 26 des nationalen Aktionsplans "Queer Leben", oder die Entschädigung von
- 27 Grundrechtsverletzungen gegenüber trans* und inter* und non-binären Menschen, die
- 28 durch frühere Gesetzgebungen in ihren Grundrechten verletzt wurden.

- 29 Immer wieder wird deutlich, dass der Koalitionsvertrag für die queere Community viele
- 30 Verschlechterungen vorsieht und ihre Sicherheit gefährden. Darunter auch zahlreiche
- 31 Maßnahmen, wie die Beendigung von Aufnahmeprogrammen, die Zurückweisung an den
- 32 Grenzen und die Erweiterung der Liste der vermeintlich "sicheren Herkunftsstaaten".
- 33 Durch diese Maßnahmen werden insbesondere queere Geflüchtete, die vor Verfolgung
- 34 aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, geschlechtlichen Identität oder körperlichen
- 35 Geschlechtsmerkmale fliehen, extrem gefährdet!

- 36 Der vorliegende Koalitionsvertrag ist eine Enttäuschung für queere Menschen. Die
- 37 CDU/CSU und SPD haben sich in keinem Punkt klar dazu verpflichtet, die rechtliche

38 Situation von queeren Menschen zu verbessern.

39 Als Jusos stellen wir uns entschieden gegen diesen queerpolitischen Rollback!

40 Wir fordern daher ganz konkret von der SPD die folgenden Punkte in die Koalition
41 einzubringen:

- 42 • Die Evaluation des Selbstbestimmungsgesetzes muss sich am gesetzlichen Auftrag
43 sowie an verfassungs- und europarechtlichen Vorgaben orientieren.
- 44 • Der Aktionsplan "Queer Leben" muss fortgeführt, ausgebaut und finanziell
45 gesichert werden.
- 46 • Das Amt des/der Queerbeauftragten der Bundesregierung muss umgehend neu besetzt
47 werden.
- 48 • Das Demokratiefördergesetz muss zügig verabschiedet werden, für eine starke,
49 vielfältige und wehrhafte Zivilgesellschaft.
- 50 • Die Empfehlung zur Bekämpfung von Hasskriminalität muss umgesetzt und verstetigt
51 werden.
- 52 • Es müssen Maßnahmen gegen Hate Speech durchgesetzt, sowie Hate Speech effektiv
53 bekämpft und strafrechtlich verfolgt werden.
- 54 • Geflüchtete LGBTIQ*- Personen brauchen besonderen Schutz. Es darf keine
55 Abschiebungen in Verfolungsstaaten geben!
- 56 • Das Konversionsschutzgesetzes muss reformiert und verschärft werden!
- 57 • Der Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz muss um um LGBTIQ* Personen ergänzt werden.
- 58 • Das Abstammungsrecht muss diskriminierungsfrei reformiert werden!
- 59 • Das allgemeine Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) muss erweitert und wirksamer
60 ausgestaltet werden.
- 61 • Menschen, die durch transfeindliche Gesetzgebung verletzt werden, müssen
62 entschädigt werden.
- 63 • Im Sozialgesetzbuch müssen geschlechtliche Vielfalt und Bedarfe von trans*,
64 inter* und nicht-binären Personen abgebildet und Kostenerstattungen für
65 beispielsweise geschlechtsangleichende Maßnahmen, entsprechend gesichert werden.

Antrag F03: Feministische Stadtplanung verpflichtend verankern

Laufende Nummer: 19

Antragsteller*in:	Jusos Landkreis Harburg
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover mögen beschließen, dass...
- 2 1. Prinzipien der feministischen Stadtplanung in kommunaler Stadt- und
- 3 Raumentwicklung verpflichtend verankert werden müssen.
- 4 2. Bei Neuentwicklungen von öffentlichen Räumen die Sicherheit von Fintas besonders
- 5 beachtet werden muss.
- 6 3. Öffentliche Räume auch besonders für Fintas mit Kind gerecht sein müssen.

Begründung

Stadtplanung ist traditionell auf die Bedürfnisse einer männlich dominierten Erwerbsbevölkerung ausgerichtet. Feministische Stadtplanung verfolgt das Ziel, Räume für alle Menschen zugänglich, sicher und lebenswert zu gestalten. Fintas und marginalisierte Gruppen erleben den öffentlichen Raum oft anders – sei es durch unzureichende Beleuchtung, unsichere Verkehrsanbindungen oder eine fehlende Infrastruktur für Care-Arbeit. Deshalb ist es notwendig neue Entwicklungen für alle Personen gerecht zu gestalten.

Antrag F04: Doppelt spitze – Frauenförderung in der SPD großschreiben!

Laufende Nummer: 20

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 Die SPD betont immer wieder, dass sie Frauen stärker fördern möchte. Unsere
2 Mutterpartei auf Unterbezirks-, Landes- und Bundesebene stellt immer wieder heraus,
3 dass sie dafür sorgen möchte, dass sich Frauen in unserer Partei wohlfühlen, sich
4 politisch partizipieren und Führungsrollen übernehmen. Doch gleichzeitig stellte der
5 Gleichstellungsbericht der SPD aus dem Jahr 2021 fest, dass nur 118 von 299
6 Kandidat*innen direkt für den Bundestag kandidierten. Bundesweit lag der Frauenanteil
7 in der SPD im Jahr 2020 nur bei 33,0 %. Im Jahr 2021 waren nur 40% der Vorsitzenden
8 der Landesverbände und Bezirke weiblich. In den Unterbezirken und Kreisverbänden lag
9 die Zahl ebenfalls bei ca. 40%. In den Ortsvereinen, bundesweit, sahen die Zahlen
10 noch erschreckender aus, denn nur 23,7 % der Ortsvereine hatten eine weibliche
11 Vorsitzende. Seit dem Bundesparteitag 2019 gibt es die Möglichkeit eine Doppelspitze
12 zu wählen, diese Möglichkeit wurde von 13,6% der Unterbezirke und Kreisverbänden
13 genutzt. Die Doppelspitze wurde instruiert, um die Arbeit auf mehrere Schultern zu
14 verteilen und Frauen zu fördern und den Anteil an Frauen in Führungsrollen zu
15 steigern.

16 Dennoch gibt es auch hier einen Haken. Denn in der Wahlordnung der SPD steht im
17 §23: „Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand. Er besteht aus a) dem oder
18 der Vorsitzenden oder zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, davon eine Frau“. Darüber
19 hinaus enthalten Organisationsstatut und Wahlordnung der SPD eine Geschlechterquote,
20 die besagt, dass in Vorständen und Delegationen sowohl Männer als auch Frauen zu
21 mindestens 40 % vertreten sein müssen.

22 Daraus geht hervor, dass ebenfalls ein Teil der Doppelspitze männlich sein muss. Wenn
23 wir uns als Partei jedoch vornehmen Frauen zu fördern und sie in ihrem Handeln zu
24 unterstützen, dann muss es möglich sein, dass ebenfalls zwei Frauen eine Doppelspitze
25 bilden können. Denn wenn die Zahlen des Gleichstellungsberichts aus dem Jahr 2021
26 eines zeigen, dann ist es, dass wir genügend Männer in Führungspositionen haben und
27 sie nicht durch einen Nebensatz in der Wahlordnung absichern müssen.

28 Deshalb fordern wir, dass:

- 29 • die Wahlordnung geändert wird in: „Die Leitung der Partei obliegt dem
30 Parteivorstand. Er besteht aus a) dem oder der Vorsitzenden oder zwei
31 gleichberechtigten Vorsitzenden, davon mindestens eine Frau. Es ist ebenfalls
32 möglich zwei Frauen in eine Doppelspitze zu wählen.“
- 33 • In § 11 Abs. 2 „In den Funktionen und Mandaten der Partei müssen nach Maßgabe
34 dieses Statuts und der Wahlordnung Frauen und Männer mindestens zu je 40
35 %vertreten sein.“ ersetzt wird durch „In den Funktionen und Mandaten der Partei
36 müssen nach Maßgabe dieses Statuts und der Wahlordnung Frauen mindestens zu 40%
37 vertreten sein.“ Davon abgeleitet sollen auch alle übrigen Verweise auf die

38 Geschlechterquote in Organisationsstatut und Wahlordnung durch eine Frauenquote
39 ersetzt werden.

- 40 • Diese Änderungen in den Statuten aller untergeordneten Ebenen ebenfalls
41 vorgenommen werden, d.h. in unserem Fall SPD-Stadtverband, SPD-Unterbezirk, SPD-
42 Bezirk und SPD-Landesverband.
- 43 • die Jusos auf allen Ebenen eine weibliche Doppelspitze wählen können
- 44 • Frauenförderung und vor allem das Verteilen von Führungspositionen in der SPD an
45 Frauen stärker vorangetrieben wird

Antrag G01: Psychotherapeutenausbildung fördern, Therapieplätze sichern!

Laufende Nummer: 21

Antragsteller*in:	Jusos Landkreis Harburg
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover mögen beschließen, dass die Ausbildung von
- 2 Psychotherapeut:innen staatlich finanziert wird.

Begründung

In Deutschland gibt es immer weniger Therapieplätze und es ist bereits aktuell gängig, mehrere Monate auf einen Therapieplatz zu warten. Deshalb ist es notwendig, dass mehr Psychotherapeut:innen ausgebildet werden, um mehr Therapieplätze bereitzustellen. Die Ausbildung von Psychotherapeut:innen muss jedoch durch die jeweilige Person eigenfinanziert werden. Diese Kosten belaufen sich auf ca. 32.500 Euro. Diese Kosten müssen durch den Staat übernommen werden.

Antrag G02: Bist du dir sicher? Für eine niedrigschwellige Lebensmittelkennzeichnung

Laufende Nummer: 22

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Pesto, Gummibärchen, Gebäck und Salami.
- 2 Alles Lebensmittel, die wir in den meisten Supermärkten finden und die somit fest zu
- 3 unserem Alltag gehören. Doch wissen wir auch was genau drin steckt? Egal ob aus
- 4 religiöser Überzeugung, Umwelt- und Tierschutz, Allergien oder Ekel – wir alle haben
- 5 ein Recht darauf zu wissen, was sich in unserem Essen versteckt.
- 6 Dabei sind die Inhalte oft auch für Muttersprachler*innen nicht sofort mit einem
- 7 Blick auf die Inhaltsstoffe ersichtlich – so kann der Käse im Pesto mit Enzymen aus
- 8 einem Kalbsmagen angereichert sein oder deine Gummibärchen durch Läuse eingefärbt.
- 9 Kulturelle Unterschiede können dafür sorgen, dass in manchen Lebensmitteln gar keine
- 10 entsprechenden Zusatzstoffe erwartet werden und daher nicht auf die detaillierten
- 11 Inhaltsstoffe geachtet wird. Beispielsweise wenn Weihnachtsstollen mit Schmalz
- 12 hergestellt sind.
- 13 Für Personen, die nicht lesen können oder nicht sehr gut Deutsch lesen können, ist
- 14 der Einkauf von Lebensmitteln mit ganz besonderen Herausforderungen verbunden. Das
- 15 betrifft Tourist*innen, Geflüchtete aber auch Legastheniker*innen und kleine Kinder.
- 16 Jeder Mensch hat das Recht zu wissen, was er/sie isst. Deshalb müssen die Hürden so
- 17 niedrig wie möglich gehalten werden!
- 18 Die Jusos im Unterbezirk Hannover fordern daher, dass sämtliche verkäufliche
- 19 Lebensmittel mit Piktogrammen der Tiere gekennzeichnet werden müssen, die in diesen
- 20 Lebensmitteln verarbeitet sind. Die Piktogramme sollen als Ergänzung zu gängigen
- 21 Symbolen zur Kennzeichnung von vegetarischen oder veganen Lebensmitteln dienen.

Begründung

Die Inhalte von Lebensmitteln sind oft nicht gut nachzuvollziehen und sorgen für Stress und Verunsicherung. Viele Menschen entscheiden sich dafür nach bestimmten Regeln zu essen, ob vegan, vegetarisch, kosher oder halal. Dabei stehen sie im Alltag in Deutschland vor großen Herausforderungen.

Während viele Personen direkt zu einem Fruchtjoghurt greifen würden, würden sich einige Vegetarier*innen vermutlich dagegen entscheiden, wenn sie wüssten, dass Gelatine enthalten ist. Für Hindus oder Muslime wäre hingegen entscheidend, ob die Gelatine aus Rind oder Schwein gewonnen wurde.

Muttersprachler*innen werden vermutlich sofort wissen, dass Geflügelsalami für Hindus und Muslime unbedenklich zu essen ist. Tourist*innen müssen sich erstmal einen Überblick über alle Sorten verschaffen, von Pute über reines Rind bis hin zu Rauchsalami.

In anderen Ländern ist es bereits üblich Fleischsorten nach den Tieren zu sortieren oder zu kennzeichnen, um genau solche Hürden abzubauen.

Die vorgeschlagene Kennzeichnung stellt sicher, dass die Kund*innen ohne Recherche oder Aufwand wissen, was in welchen Produkten enthalten ist.

Antrag G03: Intergeschlechtlichkeit bei Neugeborenen und im Kindesalter

Laufende Nummer: 23

Antragsteller*in:	Jusos Unterbezirk Nienburg
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Forderungen:
- 2 • Ein zentrales Melderegister und umfassendere Melde- und Dokumentationspflichten
- 3 für Eingriffe an Geschlechtsmerkmalen bei Kindern und Zugang dazu für diese,
- 4 dabei soll es die Möglichkeit geben, sich aus diesem unter Auflagen streichen zu
- 5 lassen.
- 6 • Gesetzliche Maßnahmen zur effektiven Strafverfolgung von nicht rechtmäßigen
- 7 Eingriffen an intergeschlechtlichen Kindern und Neugeborenen .
- 8 • Langfristige gesetzliche Aufbewahrungspflicht medizinischer Unterlagen, um
- 9 Betroffenen auch im Erwachsenenalter Einsicht in ihre Behandlungsdokumentation
- 10 zu ermöglichen
- 11 • Verlängerung der Verfolgungsverjährung bei rechtswidrigen Eingriffen
- 12 • Umfassende Beratungsmöglichkeiten für Eltern von Intergeschlechtlichen Kindern
- 13 schaffen und oder Fördern und bei anstehenden Eingriffen verpflichten
- 14 • Aus- und Weiterbildungen aller Personen, die mit der medizinischen Versorgung
- 15 von Intergeschlechtlichen Personen betraut sind.

Begründung

Von Intergeschlechtlichkeit spricht man, wenn sich die angeborenen körperlichen Geschlechtsmerkmale nicht eindeutig weiblich oder männlich einordnen lassen. Dies tritt in verschiedenen Variationen von z.B. Organen und Chromosomen auf. Medizinisch wird dafür oft der Begriff „Variante der Geschlechtsentwicklung“ (DSD – Differences/Disorders of Sex Development) verwendet. Viele Betroffene empfinden diese Bezeichnung allerdings als stigmatisierend, weil sie Intergeschlechtlichkeit als „Störung“ beschreibt. Wichtig ist deshalb: Es handelt sich nicht um eine Krankheit, sondern um eine natürliche Variante menschlicher Geschlechtsentwicklung.

Klar muss sein, dass Intergeschlechtlichkeit nichts Abnormales ist und keiner Angleichung an eine Binarität von Geschlechtern bedarf. Eingriffe an Neugeborene zur "Angleichung" an entweder das weibliche oder männliche Geschlecht sind meist nicht medizinisch notwendig, sondern kosmetisch und irreversibel. Dabei wird intergeschlechtlichen Menschen die Selbstbestimmung über ihren eigenen Körper in einem Alter, in dem sie noch nicht einmal reden, geschweige denn für sich selbst sprechen können, genommen zudem können Physische und psychische Schwierigkeiten auftreten. Seit 2021 gibt es eine Gesetzliche Regelung, welche solche Operationen, die eben nicht medizinisch notwendig sind verbietet ohne die Zustimmung des Kindes sofern es einwilligungsfähig ist. Damit wurde ein großer Schritt in Richtung Selbstbestimmung gemacht, jedoch fehlen in dem Gesetz Maßnahmen, die eine effektive Strafverfolgung ermöglichen und eine Umgehung des Gesetzes verhindern. Ein Problem dabei ist, dass mit dem Gesetz nur Kinder geschützt werden welche unter der Diagnose "Variante der Geschlechtsentwicklung" stehen, die Gefahr dabei ist, dass Kinder aus dieser Diagnose "hinausdefiniert"

werden. Des weitem ist es wichtig das Intergeschlechtliche Personen die möglichkeit erhalten auch Jahre nach Ihrere Operation Zugang zu Informationen ihrere Behandlungshistorie zu bekommen um diese gegebenenfalls Strafrechtlich zu verfolgen, hierfür muss auch die Verjährung verlängert werden, aufgrund des jungen alters der meisten betroffenen, da nicht zu erwarten ist das ein Kind Strafantrag stellen wird. Wichtig ist auch die umfassende Beratung von Eltern mit intergeschlechtlichen Kindern und eine verpflichtende Beratung bei anstehenden Eingriffen. Hierbei geht es auch darum, einen Umgang mit der Intergeschlechtlichkeit des eigenen Kindes zu finden und eine Akzeptanz zu schaffen und Möglichkeiten jenseits von Eingriffen aufzuzeigen. Des weiteren bedarf es Aus- und Weiterbildungen aller Personen, die mit der medizinischen Versorgung von Intersgeschlechtlichen Personen betraut sind.

Antrag I01: Die Zeit der Warnungen ist vorbei - jetzt braucht es endlich wirksames Handeln: AfD-Verbotsverfahren jetzt!

Laufende Nummer: 24

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Bei der Bundestagswahl 2025 hat die gesichert rechtsextreme Partei „Alternative für
- 2 Deutschland“ (AfD) rund 20 % der Stimmen erhalten. Damit ist sie die zweitstärkste
- 3 Partei im Deutschen Bundestag und Oppositionsführerin geworden. Die Wahlergebnisse
- 4 waren ein Schock für alle, denen unsere Demokratie am Herzen liegt - insbesondere für
- 5 jene, die direkt von den inhumanen Zielen der AfD betroffen sind. Die AfD stellt
- 6 aufgrund ihrer rechtsradikalen Ideologie und ihrer Wahlerfolge eine existenzielle
- 7 Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar. Dagegen können wir uns
- 8 nicht mehr mit Sonntagsreden für die Demokratie wehren. Es braucht endlich eine
- 9 wehrhafte Reaktion des Rechtsstaats gegen die Faschist*innen!
- 10 **Die fortschreitende Radikalisierung der AfD**
- 11 Bereits bei ihrer Gründung wies die AfD klar rechtsradikale Elemente auf. Diese sind
- 12 seitdem immer stärker geworden und beherrschen die Partei mittlerweile. Wurde 2017
- 13 noch versucht, Björn Höcke als einflussreichsten Vertreter des völkischen Flügels aus
- 14 der Partei auszuschließen, bezeichnet Alice Weidel dies mittlerweile als Fehler. Mit
- 15 jedem Machtwechsel wurden wirtschaftsliberale oder konservativ geprägte Gruppen
- 16 zurückgedrängt, sodass der völkische Flügel die Partei in der Breite dominiert.
- 17 Alice Weidel hat im Bundestagswahlkampf offen mit der Forderung nach „Remigration“
- 18 geworben. Der Begriff bezeichnet die Ausweisung von Bürger*innen der Bundesrepublik,
- 19 die keinen Platz im völkisch geprägten Nationsbegriff der extremen Rechte haben und
- 20 richtet sich sowohl gegen Menschen mit Migrationsgeschichte als auch politische
- 21 Gegner*innen. Dieser ethnisch definierte Volksbegriff steht im klaren Widerspruch zu
- 22 dem rechtlich geprägten Verständnis des Grundgesetzes, der auf die
- 23 Staatsangehörigkeit Bezug nimmt und bewegt sich außerdem klar im Widerspruch zur
- 24 Menschenwürde.
- 25 Die völkische Ideologie spiegelt sich durchgehend in den Äußerungen einflussreicher
- 26 AfD-Politiker*innen wieder und wird in der AfD breit geteilt.
- 27 Immer wieder macht die AfD die parlamentarische Demokratie verächtlich. Bei der
- 28 Konstituierung des thüringischen Landtags versuchte der AfD-Alterspräsident,
- 29 parlamentarische Prozesse gezielt zu sabotieren und ließ sich dabei nur durch ein
- 30 Urteil des thüringischen Verfassungsgerichtshofs stoppen. Regelmäßig wird der
- 31 demokratische Charakter der Bundesrepublik in Zweifel gezogen. In öffentlich
- 32 gewordenen Geheimchats rufen AfD-Politiker*innen zur „totalen Revolution“, „Stürmung
- 33 des Bundestags“ auf und zweifeln die Universalität der Menschenrechte an.
- 34 Immer wieder stellen einflussreiche AfD-Politiker*innen eine Kontinuität mit dem
- 35 Nationalsozialismus her. Matthias Helferich bezeichnete sich selbst als das
- 36 „freundliche Gesicht des NS“, Björn Höcke ist mittlerweile mehrmals wegen des
- 37 öffentlichen Verwendens von Naziparolen verurteilt, regelmäßig relativieren AfD-

38 Abgeordnete die Verbrechen des Nationalsozialismus.

39 Die Belege sind mittlerweile umfassend, dass die AfD hinter demokratischen
40 Lippenbekenntnissen eine klar faschistische und antidemokratische Agenda verfolgt und
41 eng mit militanten und rechtsextremen Kräften in der Gesellschaft zusammenarbeitet.
42 Teilweise geht direkte Gewalt von AfD-Funktionär*innen oder Mitarbeiter*innen gegen
43 migrantische Personen, Pressevertreter*innen oder linke Aktivist*innen aus oder sie
44 stehen in direkter Verbindung mit militanten rechtsextremen Gruppierungen.
45 Rechtsterrorist*innen nehmen regelmäßig positiv Bezug zur Politik der AfD oder sind
46 von AfD-Propaganda beeinflusst.

47 Wer nicht bewusst die Augen davor verschließt, muss erkennen: **Die AfD zielt darauf**
48 **ab, diese Demokratie zu beseitigen und will eine rechtsautoritäre, faschistische**
49 **Gesellschaft errichten.** Die Neubewertung der AfD durch den Verfassungsschutz als
50 gesichert rechtsextrem spiegelt diese fortschreitende Radikalisierung wider.

51 **Gesichert rechtsextremistisch**

52 Trotz der zunehmenden Radikalisierung wird die AfD weiterhin gewählt und gewinnt
53 Wahlen. So wurde im Juni 2023 in Thüringen der erste AfD-Landrat, im Juli 2023 in
54 Sachsen-Anhalt der erste hauptamtliche AfD-Bürgermeister und im Dezember 2023 in
55 Sachsen erstmals ein AfD-Oberbürgermeister gewählt. Und das, obwohl in allen drei
56 Ländern die AfD-Landesverbände durch den Verfassungsschutz als rechtsextrem
57 eingestuft sind! Auch auf Bundesebene wird die AfD bereits seit März 2021 vom
58 Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall beobachtet.
59 Durch die Wahlerfolge der AfD geht von der Partei eine reale Gefahr für die
60 freiheitlich-demokratische Grundordnung aus.

61 Bereits vor der Bundestagswahl hat das Bundesamt für Verfassungsschutz eine
62 Neueinstufung der AfD vorgenommen. Jedoch wurde angeordnet, diese nicht vor der
63 bundesweiten Wahl zu veröffentlichen. Daher wurde erst am 2. Mai die Neubewertung der
64 AfD auf Bundesebene publik gemacht. Die AfD ist nun offiziell als „gesichert
65 rechtsextremistisch“ eingestuft. Nach der Neueinstufung durch das Bundesamt für
66 Verfassungsschutz ist nun offiziell belegt, dass die Partei insgesamt gegen die
67 freiheitlich-demokratische Grundordnung arbeitet.

68 **Parteiverbotsverfahren**

69 Parteien, die darauf ausgehen, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu
70 beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik gefährden,
71 sind gem. Art. 21 Abs.2 GG verfassungswidrig. Über die Verfassungswidrigkeit kann
72 gem. Art. 21 Abs.4 GG nur das Bundesverfassungsgericht entscheiden. Der Prüfantrag
73 als notwendige Voraussetzung kann nur vom Bundestag, Bundesrat oder der
74 Bundesregierung gestellt werden. Die tatsächliche Entscheidung über das Verbot trifft
75 allein das Bundesverfassungsgericht (Verwerfungsmonopol) auf Basis einer rechtlichen
76 Prüfung.

77 Die Möglichkeit des Parteiverbots ist Ausdruck des Prinzips der wehrhaften
78 Demokratie. Nicht zuletzt als Lehre aus der NS-Zeit soll verhindert werden, dass
79 Verfassungsfeinde die den Parteien durch das Grundgesetz garantierten Privilegien
80 nutzen, um die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beseitigen. Es ist nicht
81 erforderlich, dass sich die Verfassungswidrigkeit bereits aus dem offiziellen
82 Programm der Partei ergibt. Äußerungen von Vertreter*innen der Partei, Gliederungen

83 oder Aussagen auf Werbematerialien können der Partei zugerechnet werden.

84 **Prüfantrag jetzt stellen**

85 Es liegen mittlerweile detaillierte und umfassende Materialsammlungen von privaten
86 Initiativen, Journalist*innen und Aktivist*innen (sog. OSINT) vor, die die
87 Verfassungsfeindlichkeit der AfD belegen. Seit Jahren wird die AfD zudem als
88 rechtsextremistischer Verdachtsfall oder in einzelnen Bundesländern als gesichert
89 rechtsextrem beobachtet. Es ist fest davon auszugehen, dass den Behörden neben den
90 öffentlich zugänglichen Erkenntnissen weitere Informationen vorliegen, die einen
91 Prüfantrag vor dem BVerfG untermauern könnten.

92 Mit einer Partei, die sich nicht an die demokratischen Spielregeln hält, ist kein
93 Wettbewerb auf Augenhöhe möglich. Jeder Versuch, sie „im demokratischen Diskurs zu
94 stellen“, läuft ins Leere. Sie sabotiert das demokratische System, denn sie ist kein
95 politischer Mitbewerber, sondern ein Feind des demokratischen Systems. Käme sie an
96 die Macht, ist fest davon auszugehen, dass sie nicht mehr abgewählt werden kann.
97 Parlamentarische Demokratien leben davon, dass die politischen Akteur*innen einen
98 demokratischen Konsens teilen. Die AfD ist nicht Teil dieses Konsens. Sie lehnt die
99 Gewaltenteilung ab, würde die demokratischen Oppositionsrechte abschaffen und die
100 Ablösbarkeit der Regierung durch demokratische Wahlen zumindest de facto aufheben.
101 Die internationalen Verbündeten der AfD sind autokratische Politiker*innen und
102 Regime. Ebenso wie sie, strebt die AfD eine autokratische Verfasstheit der
103 Bundesrepublik an.

104 Das Parteiverbot ist ein scharfes Schwert der wehrhaften Demokratie. Seit den zwei
105 gescheiterten NPD-Verbotsverfahren verfolgt das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe
106 eine restriktive Linie bei der Anwendung des Instruments. Teilweise bestehen Zweifel,
107 ob die politische Entscheidung, einen Prüfantrag zu stellen, klug ist oder die AfD in
108 ihrem Opfernarrativ stärken würde.

109 Die Entscheidung über das Einleiten eines Partei-Verbots kann nicht taktisch
110 getrieben, sondern muss Ergebnis grundsätzlicher Erwägungen sein. **Sobald überzeugende**
111 **Belege für die Verfassungswidrigkeit einer Partei vorliegen, ist es die demokratische**
112 **Pflicht der antragsberechtigten Verfassungsorgane, mit einem Antrag die Prüfung der**
113 **Verfassungsgemäßheit einer Partei zu ermöglichen.** Die antragsberechtigten
114 Verfassungsorgane müssen mit ihrem Prüfantrag in Verantwortung für den Schutz unserer
115 Demokratie und Verfassung die Voraussetzung für ein AfD-Verbotsverfahren schaffen.

116 Die Gründe, aus denen die NPD-Verfahren gescheitert sind, sind auf die AfD nicht
117 übertragbar. Weder mangelt es der AfD an der Potentialität zur Beseitigung der
118 verfassungsmäßigen Ordnung, noch ist die AfD derart mit V-Leuten unterwandert, dass
119 Probleme bestehen, ihr das Verhalten ihrer Funktionsträger*innen zuzurechnen.

120 Wer die wehrhafte Demokratie ernst nimmt und sich dem Geist des Grundgesetzes
121 dergestalt verpflichtet fühlt, dass den Feind*innen der Demokratie niemals die
122 Privilegien des Verfassungsstaates zuteilwerden, der muss jetzt handeln. Gerade aus
123 der Tradition als älteste Partei Deutschlands und als historische Kämpferin gegen den
124 Faschismus setzt sich die SPD auf allen Ebenen, in Regierung, Bundestag und in
125 Zusammenarbeit mit den sozialdemokratisch geführten oder mit regierten Ländern für
126 die Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens ein.

127 Selbstverständlich ist ein rechtliches Vorgehen gegen die AfD alleine nicht

128 ausreichend. Es ist unbedingt entscheidend, die Demokratiebildung zu stärken,
129 Deradikalisierungsprogramme zu unterstützen und Vertrauen für demokratische Parteien
130 zurückzugewinnen. Es wäre aber in der gegenwärtigen Bedrohungslage für unsere
131 Demokratie sträflich, neben all diesen notwendigen politischen Anstrengungen von den
132 rechtlichen Möglichkeiten der Bekämpfung der AfD nicht zusätzlich Gebrauch zu machen.

133 **In Verantwortung vor unserer Geschichte und für die demokratische Zukunft dieses**
134 **Landes gilt es, den Weg für ein AfD-Verbotsverfahren frei zu machen.** Ein Prüfantrag
135 wurde bereits von Bremen im Bundesrat eingebracht und muss nun beraten und
136 unterstützt werden.

137 **Kein „Entweder-oder“: Jetzt alle Mittel der wehrhaften Demokratie einsetzen!**

138 Unsere Demokratie muss wehrhaft sein gegenüber ihren Feind*innen. Die Einleitung
139 eines Verbotsverfahrens ist dafür der richtige Weg. Es ist ein langwieriger Prozess,
140 bei dem das Bundesverfassungsgericht sorgfältig prüfen wird, ob die Voraussetzungen
141 für ein Verbot vorliegen. Bis dahin müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden:

- 142 • **Entzug der Parteienfinanzierung für die AfD;**
- 143 • **Verbot einzelner, gesichert rechtsextremer Landesverbände, wie beispielsweise**
144 **der AfD-Thüringen, in welchem Björn Höcke aktiv ist;**
- 145 • **Keine Bühne für die AfD im öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR). Der ÖRR darf**
146 **gegenüber einer eindeutigen rechtsextremen Partei nicht mehr neutral bleiben;**
- 147 • **Klare Abgrenzung der demokratischen Parteien gegen jede Zusammenarbeit mit oder**
148 **Rhetorik von der AfD;**
- 149 • **AfD nahestehende Vereine und Vorfeldorganisationen müssen mit dem Rückgriff auf**
150 **das Vereinsrecht verboten werden;**
- 151 • **Prüfung von Maßnahmen gegen erwiesene rechtsextreme Einzelpersonen, z.B. durch**
152 **Grundrechtsverwirkung nach Art. 18 GG;**
- 153 • **Entzug des Beamtenstatus für AfD-Mitglieder im öffentlichen Dienst bei**
154 **nachgewiesenem Verstoß gegen die Verfassungstreue.**

155 **Zusammenarbeit nur mit Bekenntnis zur Brandmauer**

156 Am 29. Januar 2025 wurde ein Dammbbruch vollzogen. Die Unions-Fraktion unter Friedrich
157 Merz und die FDP haben in einem Entschließungsantrag der Union mutwillig mit der AfD
158 gestimmt. Damit wurde erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg einer rechtsextremistischen
159 Partei Legitimierung durch demokratische Parteien gegeben. Im April 2025 hat auch der
160 Fraktionschef(-vize) der Union, Jens Spahn, für einen offeneren Umgang mit der AfD
161 geworben. All das zeigt, wie groß die Versuchung in Teilen von CDU/CSU ist,
162 rechtsextreme Mehrheiten mit der AfD zu bilden. Die historische Erfahrung zeigt aber,
163 dass die Zusammenarbeit von Konservativen mit Rechtsextremen weder zu ihrer
164 Entzauberung noch zu ihrer Einhegung führt, sondern ihnen den Weg zur Macht ebnet.
165 Konservative, die mit Rechtsextremen zusammenarbeiten, machen sich zu den
166 Steigbügelhalter*innen des Faschismus. **Wir fordern die Union daher dazu auf, sich**
167 **öffentlich dazu zu bekennen, dass es keine Kooperation, keine Zusammenarbeit, keine**
168 **Absprachen, keine gemeinsamen Anträge und keine parlamentarischen Ämter für die AfD**
169 **geben darf!** Das gilt auf allen politischen Ebenen. Darüber hinaus darf es keine
170 Übernahme von Inhalten, Methoden und Sprache der AfD geben. Jede Form der

171 Normalisierung rechtsextremer Politik öffnet den Raum für weitere Radikalisierung.
172 Die AfD ist keine Oppositionspartei wie jede andere - sie ist eine Gefahr für die
173 Demokratie! Doch auch die Mitte-links Parteien SPD und Grüne, insbesondere die SPD
174 als Koalitionspartner der Union, sind in der Verantwortung, eine klare demokratische
175 Abgrenzung zu sichern. Denn das Bröckeln der Brandmauer beginnt nicht bei gemeinsamen
176 Anträgen. Es beginnt dabei, wenn demokratische Parteien versuchen, die AfD aus
177 taktischen Gründen zu imitieren. Diesen Versuch mussten wir bereits während der
178 Ampel-Koalition beobachten und noch deutlicher im schwarz-roten Koalitionsvertrag.
179 Die Asylpolitik der schwarz-roten Koalition ist von den Wahlprogrammen der AfD kaum
180 noch zu unterscheiden. Im Bundestagswahlkampf lieferten sich die Kandidaten Scholz
181 und Merz einen Wettstreit, wer am meisten und am härtesten abschieben würde. Dieser
182 massive Rechtsruck der demokratischen Parteien führt eben nicht zur Schwächung der
183 AfD, wie zuletzt die Bundestagswahl 2025 gezeigt hat. Es stärkt sie, indem es ihre
184 menschenfeindlichen Positionen normalisiert. **Die SPD muss sich deshalb jeder**
185 **Normalisierung nicht nur der AfD, sondern auch der AfD-Inhalte entgegenstellen!**
186 **Diese Demokratie muss geschützt werden.**

187 Die AfD zeigt seit Jahren starke Tendenzen, unsere Demokratie zu untergraben und
188 gegen unsere Verfassung zu handeln. Immer wieder wird auf öffentlich potenziell
189 verfassungsfeindliche Aussagen und Verhaltensweisen innerhalb der AfD hingewiesen.
190 Rechtsextremismus endet nicht bei der AfD, diese Ideologie untergräbt das Vertrauen
191 in demokratische Strukturen, normalisiert Hass und kostet konkret Menschenleben. Der
192 Verfassungsschutz liefert dazu auch etliche Beweise. **Vor dem Hintergrund der immer**
193 **größeren Bedrohung von Rechts gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung**
194 **bedarf es:**

- 195 • einer robusten, langfristigen Demokratie-Schutzstrategie;
- 196 • politischen Rückhalt für bedrohte Personen und Organisationen;
- 197 • stabile Finanzierung für demokratiefördernde zivilgesellschaftliche Strukturen
198 und für Demokratiebildung. Dazu muss die Union endlich ihre irrationalen
199 Vorbehalte gegen antifaschistische Gruppen aufgeben. Ein Demokratiefördergesetz
200 ist längst überfällig!;
- 201 • konsequente Strafverfolgung rechter Netzwerke;
- 202 • Schutz der kommunalen Amtsträger*innen und Engagierten vor Einschüchterung und
203 Angriffen von Rechts. Beauftragte für Menschen mit Behinderungen,
204 Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte sowie Flüchtlings- und
205 Migrationsbeauftragte müssen in ihrer Arbeit geschützt und in den Kommunen,
206 mindestens auf Ebene der Kreisverwaltungen, verankert werden;
- 207 • der konsequenten Verfolgung von Hasskriminalität. Betroffene müssen geschützt
208 werden;
- 209 • Maßnahmen gegen Hass, Hetze und Desinformationen im Netz; Die Inpflichtnahme von
210 Plattformbetreiber*innen und spürbare Bekämpfung und Ahndung von Hass und Hetze
211 im Netz.

212 Für uns Jusos ist klar: Die Zeit der Warnungen ist vorbei. Jetzt braucht es Taten.
213 Demokratie bedeutet Haltung! Daher fordern wir: Die AfD muss verboten werden!

214 Die demokratische Ordnung steht längst nicht mehr nur unter rhetorischem Beschuss –
215 sie wird systematisch von innen angegriffen. Die AfD ist kein „normaler“ Teil des
216 politischen Spektrums, sondern eine Akteurin, die gezielt rassistische,
217 menschenfeindliche und demokratiezersetzende Positionen in den gesellschaftlichen
218 Diskurs einspeist und normalisiert. Ein Parteiverbotsverfahren ist daher nicht nur
219 legitim – es ist zwingend notwendig, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung
220 aktiv zu verteidigen.

Antrag I02: Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene verpflichten

Laufende Nummer: 25

Antragsteller*in:	Jusos Landkreis Harburg
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover mögen beschließen, dass die Soll-Regelung in § 36
- 2 NKomVG zu einer Muss-Regelung geändert wird. Gemeinden und Samtgemeinden müssen
- 3 Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die deren Interessen berühren, in
- 4 angemessener Weise beteiligen. Hierzu müssen die Gemeinden und Samtgemeinden über die
- 5 in diesem Gesetz vorgesehene Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner hinaus
- 6 geeignete Verfahren entwickeln und durchführen.

Begründung

Jugendbeteiligung muss verpflichtend für Gemeinden und Samtgemeinden sein, da nur so eine Jugendbeteiligung sichergestellt werden kann. Jugendbeteiligung ist weiterhin nicht flächendeckend vorhanden, jedoch essentiell für eine demokratische und partizipative Gesellschaft. Deshalb ist es notwendig, dass die Beteiligung von Jugendlichen im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz verpflichtend verankert wird.

Antrag I03: Solidarität mit Antifaschist*innen – Für eine wehrhafte Demokratie

Laufende Nummer: 26

Antragsteller*in:	Jusos Unterbezirk Göttingen
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 *Die Jusos Bezirk Hannover beschließen, dass*
- 2 wir allen Antifaschist*innen unsere Solidarität ausdrücken. Ganz besonders jenen, die
- 3 von staatlicher und nicht-staatlicher Repression betroffen oder gefährdet sind.
- 4 Wir fordern:
- 5 - Ein Staat basierend auf den Werten unseres Grundgesetzes muss antifaschistisches
- 6 Engagement schützen und fördern, anstatt dieses zu kriminalisieren und zu
- 7 Unterdrücken.
- 8 - Keine Auslieferung von Personen in Länder, in denen sie politisch verfolgt werden
- 9 und rechtsstaatliche Verfahren nicht gesichert sind, auch wenn es sich dabei um EU-
- 10 Mitgliedsstaaten handelt.
- 11 - Die SPD als antifaschistische Partei muss in den kommenden vier Jahren in der
- 12 Koalition mit CDU/CSU weitere Angriffe auf die Zivilgesellschaft verhindern, notfalls
- 13 unter Androhung aus der Regierung auszutreten.
- 14 - Projekte gegen Rechtsextremismus und für politische Bildung müssen besser
- 15 ausfinanziert und dürfen keineswegs gekürzt werden.
- 16 - Polizeigesetze und Einsatzstrategien der Polizei auf Demonstrationen müssen unter
- 17 wissenschaftlichen Kriterien auf ihre Verhältnismäßigkeit und Verfassungskonformität
- 18 in der Praxis überprüft und im Zweifel angepasst werden.
- 19 - Die Verankerung eines politischen Streikrechts im Grundgesetz, insbesondere als
- 20 Vorkehrung gegen Regierungen unter AfD Beteiligung in Bund und Ländern.
- 21 - Das neueste Gutachten vom Bundesverfassungsschutz zur AfD muss zeitnah
- 22 veröffentlicht und ein Verbotsverfahren in die Wege geleitet werden, welches von SPD
- 23 Fraktion und Kabinettsmitgliedern klar unterstützt wird.

Begründung

*Während die neue schwarz-rote Koalition sich gefunden hat, ist die AfD als parlamentarischer Arm des Rechtsextremismus in Umfragen erstmals zur stärksten Kraft aufgestiegen. Nachdem sie bei der Bundestagswahl bereits ein alarmierendes Ergebnis eingefahren hatte, stellt sie nun eine akute Bedrohung für unsere Demokratie mit realistischer Machtoption dar. Auch abseits ihrer offiziellen Strukturen sind rechtsextreme Kräfte auf den Straßen auf dem Vormarsch. Die Baseballschlägerjahre sind zurück. Diese Entwicklung macht antifaschistischen Widerstand unabdingbar. Tatsächlich wird dieser jedoch immer stärker unterdrückt, sowohl von rechten Kräften als auch staatlichen Akteur*innen, wie BMI, Polizei und Verfassungsschutz. Mitglieder dieser Strukturen, dieselbst eine faschistische Gesinnung hegen, die sie bspw. in Chatgruppen zelebrieren, sind ein bekanntes Problem, aber auch ihre bürokratischen Prozesse gefährden die Zivilgesellschaft. So sind die Auslieferung von Aktivist*innen nach Ungarn, wo sie einer Gesinnungsjustiz ausgesetzt sind und das Versagen des Staates mit dem NSU Komplex klare Zeichen, dass auf ihn kein Verlass ist. Widerstand muss von unten organisiert werden. Nichtsdestotrotz muss die SPD*

als Partei in Regierungsverantwortung dafür sorgen, dass der Kampf gegen Rechts weiter stattfinden kann und alle Spielräume für staatliches Handeln gegen Rechtsextremismus müssen ausgeschöpft werden. In jedem Fall darf sich die Repression nicht verstärken. Dies gilt gerade in einer Koalition unter Beteiligung von CDU/CSU, da in ihr die materiellen Ursachen für den Aufstieg der neuen Rechten nicht wirksam bekämpft werden kann.

Antrag I04: Echte Sozialdemokratische Migrationspolitik

Laufende Nummer: 27

Antragsteller*in:	Jusos Hildesheim
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 Die SPD hat sich im Bundestagswahlkampf und innerhalb der Bundesregierung als Wasser
2 auf den Mühlen der AfD erwiesen, während sie das Gegenteil versuchte. Durch harte
3 Forderungen in der Asyl- und Migrationspolitik reagierte sie auf tragische Anschläge
4 unter anderem von psychisch erkrankten Schutzsuchenden. Die Namen der Opfer wurden
5 jedoch nicht zum Anlass genommen, systematische Probleme zu lösen, sondern um
6 Schutzsuchende pauschal mit Kriminalität gleichzusetzen. Dies führt nicht zu mehr
7 Sicherheit, sondern unterstützt eine verzerrte Realitätswahrnehmung durch ein
8 Zusammenspiel aus Medien und Politik, die letztlich nur den Rechten nützt.

9 **Sicherheit durch echte Prävention statt populistischer Reaktionen**

10 Die populistische Verknüpfung von Migration und innerer Sicherheit ist nicht nur
11 haltlos, sondern auch politisch verheerend. Kriminologische Erkenntnisse zeigen, dass
12 es keinen direkten Zusammenhang zwischen Herkunft und Gewalttaten gibt. Dennoch hat
13 die SPD in Wahlkämpfen und Regierungsverantwortung dazu beigetragen, diesen
14 Zusammenhang in der öffentlichen Wahrnehmung zu festigen.[1]

15 In seiner Reaktion auf den Anschlag in Aschaffenburg schrieb der SPD-Parteivorstand
16 in seinem Beschluss vom 27.01.2025 etwa:

17 „Um [...] die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu stärken, hat die
18 Bundesregierung unter der Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz in den letzten Jahren
19 bereits viele weitreichende Maßnahmen ergriffen, um die Migrationspolitik zu ordnen
20 und insbesondere die irreguläre Migration zu begrenzen.“ Später hieß es zudem: „Die
21 von uns eingeführten Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen wollen wir so lange
22 fortführen, wie es die Sicherheitslage erfordert. Sie haben wesentlich dazu
23 beigetragen, die Asylzahlen deutlich zu senken und irreguläre Zuwanderung zu
24 verhindern. Mit diesen Vorschlägen gehen wir einen konsequenten und
25 verantwortungsvollen Weg.“

26 Diese Aussage des SPD-Parteivorstands offenbart eine gefährliche rhetorische Falle:
27 Anstatt sich der Herausforderung zu stellen, Sicherheit faktenbasiert und
28 sozialdemokratisch zu gestalten, wird die Debatte um Anschläge und Gewalt mit
29 restriktiver Migrationspolitik verknüpft. Das impliziert, dass Sicherheit in erster
30 Linie durch Abschiebungen und Migrationsbegrenzung erreicht werden könne – eine
31 Argumentationslinie, die sich nahtlos in das Weltbild der AfD einfügt und im
32 Widerspruch zur insgesamt sozialdemokratischen Agenda steht. Vielmehr legitimiert
33 sie den zuvor bereits rechtspopulistisch geführten Diskurs.

34 Sie ignoriert wesentliche Ursachen für Gewalttaten, wie psychische Erkrankungen,
35 soziale Desintegration und Radikalisierungsprozesse, die nicht an Staatsgrenzen oder
36 Aufenthaltstiteln haltmachen. Der SPD-Parteivorstand hat so beispielsweise nicht
37 bessere psychologische Unterstützungsangebote für Schutzsuchende gefordert, sondern
38 lediglich Maßnahmen, damit psychisch Kranke besser von den Behörden erfasst werden

39 können.[1]

40 Während die SPD durch die Glorifizierung von Abschiebungen zur Dämonisierung von
41 Migration durch Asylgesuche beigetragen hat, hat sie gleichzeitig Deutschlands Rolle
42 als Einwanderungsland hervorgehoben. Wenn wir als SPD nach jedem Anschlag reflexartig
43 nach mehr Abschiebungen rufen, verlieren wir an Glaubwürdigkeit, da unsere Antworten
44 insgesamt eine Annäherung an bereits bestehende rechtspopulistische Forderungen sind.
45 Wir treiben Wählerinnen und Wähler direkt zur AfD, da sie das „Original“ in dieser
46 Debatte bleiben. Sie hat eine radikalere Position und stellt eine konsequentere
47 Antwort für die *alternative Realität* dar, deren Co-Autor wir sind. Es ist als SPD
48 unmöglich, das von den Rechten konstruierte Problem „Migration“ so zu bekämpfen, dass
49 wir dabei glaubhaft bleiben. Es ist auch nicht unser Auftrag. Unser Auftrag ist es,
50 eine pragmatische, soziale und menschenwürdige Politik zu gestalten. Je weiter wir
51 nach rechts rücken, desto weniger werden wir als *echte Alternative* wahrgenommen.
52 Immerhin stellt sich die Frage: Wie weit nach Rechts sollen wir noch gehen? Ab wann
53 soll diese Strategie plötzlich ihre Wirkung entfalten? **Wird es noch eine**
54 **sozialdemokratische „Remigration“ geben?**

55 Die SPD-Leitung der Koalitionsverhandlungsgruppe „Innen, Recht, Migration und
56 Integration“ schlägt eine Annäherung an die skandinavische Abschottungspolitik vor.

57 [1] Die Friedrich-Ebert-Stiftung bewertet diese Politik zurecht als „[b]emerkenswerte
58 Abkehr von sozialdemokratischen Werten“, da sie den völkerrechtlichen Verpflichtungen
59 widerspricht, Schutzsuchenden grundlegende Rechte und Schutz zu garantieren.[2] Wir
60 könnten uns auf gut Glück so weit verbiegen, bis von der ehrwürdigen
61 „Sozialdemokratie“ nur noch die „Demokratie“ bleibt. Doch um welchen Preis?

62 Stattdessen muss sich die SPD klar und glaubwürdig für eine Politik einsetzen, die
63 tatsächlich Sicherheit schafft. In diesem Sinne beschließen wir:

- 64 • **Besserer Schutz durch Prävention:** Wir brauchen umfassende psychologische und
65 soziale Präventionsprogramme, um gefährliche Radikalisierungsprozesse frühzeitig
66 zu erkennen und zu unterbinden – unabhängig von Herkunft oder Status. Wer es
67 ernst meint mit Sicherheit, muss gezielt in psychologische und soziale Betreuung
68 investieren. Wir fordern die Entwicklung gezielter psychologischer
69 Unterstützungsprogramme für Asylsuchende und die Berücksichtigung psychischer
70 Belastung bei der Ausgestaltung der Asylverfahren.
- 71 • **Kommunikation über Fakten, nicht über Panikmache:** Es ist unsere historische
72 Verantwortung, ein glaubhafter Gegenpol zum Populismus der CDU, AfD und Co. zu
73 werden. Die SPD muss sich aktiv gegen die Emotionalisierung der Debatte stellen
74 und stattdessen faktenbasierte Narrative entwickeln, die weder die Probleme
75 ausblenden noch die Falschdarstellungen der Rechten übernehmen. Dazu gehört ein
76 konsequenter und kampagnenstarker Kampf gegen eine konstruierte Verknüpfung von
77 Asyl- und Migrationspolitik mit der Inneren Sicherheit sowie Reflexion der
78 eigenen politischen Kommunikation.
- 79 • **Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft:** Wir fordern eine finanzielle
80 Absicherung zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich gegen
81 Rechtsextremismus und Feinde der Demokratie einsetzen. Dazu muss das
82 Demokratiefördergesetz sofort auf den Weg gebracht werden.

Antrag I05: Gerechtigkeit für Lorenz – Konsequente Aufklärung und entschlossener Kampf gegen rassistische Polizeigewalt

Laufende Nummer: 28

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir Jusos Bezirk Hannover verurteilen die tödlichen Schüsse der Polizei auf den 21-
- 2 jährigen Lorenz in der Nacht zu Ostersonntag 2025 in Oldenburg. Lorenz, ein junger
- 3 Schwarzer Mann, wurde bei einem Polizeieinsatz durch mehrere Schüsse tödlich verletzt
- 4 – mindestens drei davon trafen ihn von hinten, in Hüfte, Oberkörper und Kopf.
- 5 Ausgelöst wurde der Einsatz dadurch, dass Türsteher ihn nicht in eine Discothek
- 6 hineinlassen wollten, angeblich wegen seiner Jogginghose. Die Umstände seines Todes
- 7 werfen zahlreiche Fragen auf, unter anderem, warum von hinten auf ihn gefeuert wurde,
- 8 warum die Polizei falsche Angaben zur angeblichen Bedrohung mit einem Messer machte
- 9 und warum die eingesetzten Bodycams nicht aktiviert waren.
- 10 Besonders kritisch sehen wir, dass die Ermittlungen ausgerechnet durch die
- 11 Polizeiinspektion Delmenhorst/Oldenburg-Land/Wesermarsch geführt werden – jene
- 12 Dienststelle, in deren Gewahrsam 2021 ein junger BIPOC, Qosay Khalaf, unter
- 13 ungeklärten Umständen verstarb. Auch dieser Fall ist bis heute nicht transparent
- 14 aufgearbeitet worden. Das erschüttert das Vertrauen in die Unabhängigkeit und
- 15 Ernsthaftigkeit der Ermittlungen zutiefst. Die Praxis, dass sich Polizeibehörden
- 16 gegenseitig untersuchen, ist strukturell problematisch und muss dringend beendet
- 17 werden.
- 18 Für viele BIPOC ist das Vertrauen in die Polizei schon lange erschüttert. Laut
- 19 Erhebungen gibt es durchschnittlich mehr als einen vergleichbaren Fall pro Monat.
- 20 Viel zu oft verlaufen Ermittlungen im Sande oder werden durch einen falschen
- 21 Korpsgeist in der Polizei verhindert. Wir fordern eine lückenlose, unabhängige und
- 22 transparente Aufklärung dieses tödlichen Einsatzes.
- 23 Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen, Freund*innen und Mitstreiter*innen von Lorenz.
- 24 Wir solidarisieren uns ausdrücklich mit dem lokalen Bündnis “Gerechtigkeit für
- 25 Lorenz” in Oldenburg, das sich für Gerechtigkeit und ein würdevolles Gedenken
- 26 einsetzt. Die breite Beteiligung an Demonstrationen in Oldenburg und darüber hinaus ,
- 27 wie z.B. in Hannover, zeigt: Die Zivilgesellschaft fordert Aufklärung, Konsequenzen
- 28 und strukturelle Veränderungen.
- 29 Lorenz’ Tod ist kein Einzelfall. Immer wieder werden insbesondere Schwarze Menschen,
- 30 People of Color und Menschen in psychischen Ausnahmesituationen durch Polizeigewalt
- 31 verletzt oder getötet. Diese Realität ist Ausdruck struktureller Probleme in unseren
- 32 Sicherheitsbehörden. Rassismus, mangelnde Kontrolle und unzureichende Aufarbeitung
- 33 stehen dem Anspruch eines demokratischen Rechtsstaats fundamental entgegen.
- 34 Wir fordern deshalb:
- 35 1. Eine unabhängige Untersuchung des Polizeieinsatzes durch eine von der Polizei
- 36 unabhängige, transparente und mit klaren Kompetenzen ausgestattete Stelle.

- 37 2. Die bundesweite Einrichtung von unabhängigen Beschwerde- und Ermittlungsstellen,
38 die nicht der Polizei oder den Innenministerien unterstehen.
- 39 3. Eine konsequente und öffentlich kontrollierte Aufarbeitung rassistischer
40 Strukturen in Polizei, Justiz und Verwaltung.
- 41 4. Verbindliche Standards für die Aus- und Fortbildung von Polizeikräften: Die
42 Themen intersektionaler Rassismus, Deeskalation, Menschenrechte,
43 Gleichbehandlung, Racial Profiling, interkulturelle Kommunikation und
44 diskriminierungssensible Sprache müssen fester Bestandteil der Grundausbildung
45 und der gesamten Berufslaufbahn sein. Dazu gehören verpflichtende, mindestens
46 jährliche Weiterbildungen und Auffrischungsschulungen. Personen, die in diesen
47 Bereichen gravierende Defizite aufweisen, dürfen nicht im Polizeidienst
48 verbleiben. Ziel ist es, rassistisches Verhalten zu verhindern,
49 diskriminierungssensibles Handeln zu fördern und den Polizeiapparat wirksam
50 gegen rechtsradikale Unterwanderung zu schützen. Fortbildungen sollen den
51 Kontakt mit von Diskriminierung betroffenen Menschen gezielt stärken.
- 52 5. Die aktive Unterstützung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Bündnisse und
53 Initiativen, die sich gegen Polizeigewalt, Rassismus und für Menschenrechte
54 einsetzen.
- 55 6. Studien über rassistische Diskriminierung durch private Sicherheitsdienste,
56 unter anderem in Bars und Diskotheken.
- 57 Gerechtigkeit für Lorenz heißt: Nicht nur Trauer und Mitgefühl, sondern auch
58 politisches Handeln. Die strukturelle Dimension rassistischer Polizeigewalt muss
59 benannt, anerkannt und entschieden bekämpft werden – für eine Gesellschaft, in der
60 alle Menschen in Würde und Sicherheit leben können.

Antrag S01: Glaubwürdig erneuern – für die SPD als linke Volkspartei!

Laufende Nummer: 29

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 Die SPD steht an einem Wendepunkt. Ein „Weiter so“ nach dem schlechtesten
2 Wahlergebnis in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie darf es nicht geben.
3 Die dramatischen Verluste bei der Bundestagswahl sind das Ergebnis eines jahrelangen
4 Vertrauensverlustes. Wenn wir die Sozialdemokratie wirklich erneuern wollen, dann
5 müssen wir es jetzt tun – mit Mut, mit Klarheit und mit einer tiefgreifenden
6 Veränderung, die nicht an der Oberfläche bleibt. Wir Jusos fordern einen echten
7 Neuanfang: inhaltlich, strukturell und personell. Die SPD braucht eine klare Vision,
8 eine glaubwürdige Stimme – und den Willen, ihre Fehler ehrlich aufzuarbeiten, um
9 wieder als starke Kraft für soziale Gerechtigkeit wahrgenommen zu werden. Dabei muss
10 Erneuerung nicht nur im Willy-Brandt-Haus stattfinden, sondern sich durch alle Ebenen
11 der Partei ziehen.

12 I. Eine Partei in der Glaubwürdigkeitskrise

13 Das historisch schlechte Ergebnis bei der Bundestagswahl ist Ausdruck eines
14 tiefgreifenden Vertrauensverlusts – nicht nur in die Regierungspolitik der
15 vergangenen Jahre, sondern in die grundsätzliche Rolle der SPD in der deutschen
16 Politik. Die Partei wirkt auf viele Menschen beliebig, angepasst und ideenlos. Sie
17 wird nicht mehr als gestaltende Kraft für soziale Gerechtigkeit wahrgenommen, sondern
18 als Partei, die in erster Linie „ruhig regieren“ und den Status quo verwalten will.

19 Dieser Niedergang ist nicht neu. Er ist nicht allein Olaf Scholz oder dem Streit in
20 der Ampel anzulasten. Er zieht sich über Jahre und Jahrzehnte hinweg. Immer wieder
21 wurden Erneuerungsprozesse angekündigt, neue Personen in Ämter gebracht, Kampagnen
22 gestartet – doch in der politischen Substanz hat sich zu wenig verändert. Viel zu oft
23 wurde der Eindruck erweckt, dass innerparteiliche Kritik eher als Störung denn als
24 Chance zur Korrektur verstanden wird. Insbesondere wir Jusos mussten diese Reaktion
25 immer wieder beobachten, wenn wir vor falschen Entscheidungen warnten.

26 In den vergangenen Jahren war die SPD fast ausnahmslos in der Regierung – mit einer
27 betont sachlichen und konfliktscheuen Haltung. Olaf Scholz hat diese emotionslose,
28 sachorientierte Kultur auf die Spitze getrieben - und ist damit krachend gescheitert.
29 Doch nach der Bundestagswahl 2025 wird dieser technokratische Kurs bislang nicht
30 kritisch hinterfragt, sondern zum Wundermittel für die Demokratie erklärt. Alles, was
31 die Menschen wollten, sei ordentliches Regieren und kein Streit, so hört man es immer
32 wieder von der Spitze der SPD. Aber das ständige Beschwören „ruhigen Regierens“ hat
33 seit 2005 weder Vertrauen noch Zustimmung gebracht. Im Gegenteil: In einer Zeit
34 tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche erwarten die Menschen Orientierung,
35 Haltung und ein politisches Angebot, das mehr ist als Krisenmanagement. Sie erwarten
36 die richtigen Inhalte und nicht nur eine unauffällige Performance. **Ruhig regieren**
37 **reicht nicht! Die SPD muss immer den Anspruch haben, diese Gesellschaft zum Besseren**

38 zu verändern.

39 **II. Fehlende Vision, verlorene Bindung**

40 Die SPD hat ihre Rolle als Partei der Arbeit eingebüßt – nicht nur programmatisch,
41 sondern auch im Selbstverständnis. Die frühere enge Bindung an die organisierte
42 Arbeitnehmer*innenschaft, an Gewerkschaften und soziale Bewegungen ist brüchig
43 geworden. Insbesondere junge Menschen nehmen die SPD nicht als Partei wahr, die
44 glaubwürdig für ihre Interessen kämpft. Viel zu oft wurden die Interessen und Belange
45 junger Menschen in dieser Partei vernachlässigt und hinten angestellt. Dazu gehören
46 die Themen Umwelt- und Klimaschutz, (wirtschaftliche) Zukunftsperspektiven und
47 Verteilungsgerechtigkeit. Viel zu oft wurden in den vergangenen Jahren Kompromisse
48 eingegangen und die Perspektiven junger Menschen außer Acht gelassen.

49 Seit Jahren erleben wir eine Partei, die technokratisch auftritt, in vielen zentralen
50 Politikfeldern keine klare Linie zeigt – und im Zweifel lieber schweigt als klar
51 Haltung zu zeigen. In Bereichen wie Mietenpolitik, Industriepolitik, sozialer
52 Infrastruktur oder Asylrecht fehlt es an überzeugenden eigenen Konzepten und einer
53 Sprache, die Menschen ermutigt und mobilisiert. Gerade in den Debatten um Migration
54 und Soziales hat sich die SPD zu oft dem Rechtsruck gebeugt, statt ihm entschieden
55 entgegenzutreten. Die SPD hat die Hegemonie dadurch dem rechten politischen Spektrum
56 überlassen und damit den Rückbau progressiver Errungenschaften ermöglicht. Aktuelle
57 und besonders schmerzhaft Beispiele dafür sind der Angriff auf den Acht-Stunden-Tag
58 und die Abschaffung des Bürger*innengelds, die es bis in den schwarz-roten
59 Koalitionsvertrag geschafft haben. Im Bereich der Migrationspolitik hat bereits vor
60 der Bundestagswahl ein massiver Rechtsruck unter sozialdemokratischer Führung
61 eingesetzt. Unübersehbar wurde das spätestens im Herbst 2023, als Olaf Scholz auf dem
62 Cover des SPIEGEL zitiert wurde: "Wir müssen endlich im großen Stil abschieben."
63 Dieser Kurs zog sich bis zur Bundestagswahl. Noch in den TV-Duellen mit Friedrich
64 Merz ist Olaf Scholz in einen Überbietungswettbewerb eingestiegen, wer härter
65 abschieben würde und wie drastisch die Ampel-Koalition die Einwanderung nach
66 Deutschland bereits reduziert habe. Er lobte seine Regierung sogar für Abschiebungen
67 nach Afghanistan. Diese Aussagen widersprechen zutiefst den sozialdemokratischen
68 Werten. Und auf die Wahlergebnisse haben sie sich auch nicht positiv ausgewirkt.
69 Wirklich profitiert hat von dem Rechtsruck vor allem eine Partei - die AfD.

70 Bei aller Kritik an der SPD fällt auf, dass das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025
71 auch aus Juso-Sicht erstaunlich viele gute Punkte umfasst und einen klaren
72 Schwerpunkt auf Verteilungsfragen gesetzt hat. Umfragen zeigen immer wieder, dass
73 unsere Themen keineswegs völlig falsch gesetzt sind: Die Zustimmung zu den
74 Grundwerten und der historischen Rolle der SPD als Interessenvertretung der
75 Arbeitnehmer*innen ist weiterhin hoch. Viele Menschen können sich grundsätzlich
76 vorstellen, die SPD zu wählen und befürworten eine starke, sozialdemokratische
77 Partei, die mutig nach vorne geht. Es gibt breite Mehrheiten für etwa 15€
78 Mindestlohn, die Abschaffung von § 218 StGB und eine gerechtere Vermögens- und
79 Einkommensverteilung. Sie haben aber gleichzeitig nicht mehr den Eindruck, dass die
80 SPD und ihr Spitzenpersonal diese sozialdemokratischen Werte glaubwürdig verkörpern
81 bzw. letztlich in Regierungsverantwortung für die Umsetzung dieser Forderungen
82 standhaft einsteht. Sie lehnen ein „Weiter so“ ab und können nur durch eine
83 glaubwürdige, inhaltliche Erneuerung unserer Partei zurückgewonnen werden. Die SPD

84 muss deutlich machen, für welche modernen sozialdemokratischen Visionen wir im 21.
85 Jahrhundert stehen. **Das bedeutet in erster Linie, sich als Partei der Arbeit neu**
86 **aufzustellen und mit einem neuen Grundsatzprogramm den Mut zur Vision für eine**
87 **bessere Zukunft unter Beweis zu stellen.**

88 III. Personelle und strukturelle Blockaden

89 Viele Mitglieder würden der SPD eine Erneuerung in der Opposition wünschen - und
90 selbst das wäre kein Garant für eine Erneuerung. Aufgrund der möglichen Mehrheiten im
91 Deutschen Bundestag und dem Ergebnis des Mitgliedervotums über den Koalitionsvertrag
92 ist es dazu jedoch nicht gekommen. Die Neuaufstellung der Partei muss also
93 stattfinden, während die SPD zugleich Juniorpartner einer CDU/CSU geführten
94 Bundesregierung unter einem Kanzler Merz ist. Schon der Koalitionsvertrag hat
95 gezeigt, dass diese Regierung viele Maßnahmen umsetzen will, die sozialdemokratischen
96 Werten widersprechen. Das entscheidende Argument für die Koalition war die
97 staatspolitische Verantwortung, nicht die Zustimmung zu Merz und seiner Politik.
98 Diese Differenzierung muss auch in den nächsten Jahren deutlich werden, wenn die SPD
99 ein eigenständiges Profil entwickeln und sich behaupten möchte. Die SPD darf nicht
100 identisch mit der Bundesregierung sein, sondern muss sich von dieser programmatisch
101 absetzen und über Regierungskompromisse hinausweisen können. Gleichzeitig muss sie
102 Sorge dafür tragen, dass die Vorhaben des Koalitionsvertrags, die die SPD-Spitze als
103 Verhandlungserfolge präsentiert hat (bspw. die Steuerentlastungen), auch tatsächlich
104 umgesetzt werden. Nur so kann sie Vertrauen aufbauen – bei ihren Mitgliedern auch bei
105 ihren Wähler*innen. Deshalb muss es eine klare Trennung von Partei- und
106 Regierungsämtern geben! Wer am Kabinetttisch sitzt, darf nicht gleichzeitig an der
107 Spitze der SPD stehen!

108 Auch innerparteilich fehlt es häufig an echter Beteiligung. Beteiligungsverfahren
109 wirken oft wie Inszenierungen – mit wenig Einfluss auf tatsächliche Entscheidungen.
110 Dies erzeugt Frustration und Entfremdung, auch in der jungen Parteibasis. Noch mehr
111 unverbindliche Debattencamps, die lediglich den oberflächlichen Eindruck von
112 Beteiligung erwecken, ohne tatsächliche Ergebnisse zu erzeugen, an deren Umsetzung
113 die Parteispitze gebunden wird, sind daher keine Hilfe. Die Neuaufstellung der SPD
114 muss unter umfassender Beteiligung der Mitgliederbasis stattfinden. Die zweitgrößte
115 Gefahr nach dem Verlust an Wähler*innenstimmen ist die Resignation unserer eigenen
116 Mitgliedschaft. Und diese Resignation hat in den vergangenen Monaten massiv
117 zugenommen. Als es um die Frage ging, wen die SPD für die Kanzlerkandidatur
118 aufstellen sollte, war die Antwort von großen Teilen der Mitgliedschaft unüberhörbar:
119 Nicht Olaf Scholz. Die Parteivorsitzenden haben diese Debatte erst laufen lassen,
120 dann jedoch kein transparentes Verfahren herbeigeführt, sondern in kleiner Runde
121 entschieden, dass Scholz weitermachen sollte. Viele Mitglieder haben sich davon
122 massiv übergangen gefühlt. Als Lars Klingbeil sich noch in der Wahlnacht selbst zum
123 designierten Fraktionsvorsitzenden ausrief, traf das bei vielen Mitgliedern auf
124 Unverständnis. Und als schließlich der Koalitionsvertrag mit den Unionsparteien immer
125 wieder als alternativlos propagiert wurde, Kritiker*innen sogar vorgeworfen wurde,
126 sie spielten mit dem Feuer, brach nicht nur die Motivation vieler Mitglieder ein,
127 sondern auch die Beteiligung am Mitgliedervotum. Die geringe Beteiligung von 56 % lag
128 nicht an der unterstellten Unfähigkeit der Mitglieder, an einer Online-Abstimmung
129 teilzunehmen, sondern war eine politische Botschaft. Doch in den Statements der

130 Parteispitze wurde diese Botschaft unter den Teppich gekehrt. Stattdessen klopfte man
131 sich lieber selbst für die hohe Zustimmung auf die Schulter. Das Marketing in eigener
132 Sache war wichtiger als der ehrliche Umgang mit der eigenen Mitgliedschaft. Mit einer
133 resignierten Mitgliedschaft lässt sich aber nicht für eine optimistische,
134 sozialdemokratische Vision werben oder gar Wahlen gewinnen. Ein Umschwung der
135 Stimmung innerhalb der SPD kann nur über eine ernsthafte Beteiligung erfolgen, die
136 mit Verbindlichkeit einhergeht.

137 In diesen Beteiligungsprozess muss auch die Zivilgesellschaft eingebunden werden.
138 Denn auch die gesellschaftliche Bündnisfähigkeit der SPD leidet unter dem Kurs der
139 Bundesregierung. Viele Gewerkschafter*innen sind beispielsweise vom Angriff auf die
140 tägliche Höchst Arbeitszeit enttäuscht und viele Bündnisse, die mit der SPD gegen den
141 Rechtsruck auf die Straße gegangen sind, kritisieren jetzt, dass die SPD die rechte
142 Migrationspolitik der Union mitträgt. In Hannover haben verschiedene Parteien, der
143 DGB, Bunt statt Braun, der Flüchtlingsrat Niedersachsen und weitere Organisationen
144 sogar zur Demonstration „Solidarität statt Merz“ aufgerufen, die zum Protest vor das
145 Kurt-Schumacher-Haus gezogen ist. Oft reagiert unsere Partei darauf mit dem Reflex,
146 diese Kritik beleidigt von sich zu weisen. Diesem Reflex darf die SPD jetzt nicht
147 nachgeben. Im Gegenteil: **Sie muss Kritik an der Bundesregierung offen und sachlich
148 begegnen und die Anliegen potenzieller Bündnispartner*innen in den Erneuerungsprozess
149 einbeziehen. Die SPD ist nicht identisch mit der aktuellen Bundesregierung und sie
150 darf es auch nicht werden. Dazu braucht es Ehrlichkeit, Selbstkritik und die
151 Bereitschaft zur langfristigen Vision. Gemeinsam mit unseren Bündnispartner*innen.**

152 **IV. Linke Volkspartei statt noch mehr Mitte-Kurs!**

153 Eine ernsthafte Erneuerung kann nur dann gelingen, wenn sie inhaltlich getragen ist,
154 wenn sie Mitglieder und kritische Stimmen einbindet und wenn sie das Ziel verfolgt,
155 die SPD wieder als Partei des sozialen Fortschritts und der Arbeit im 21. Jahrhundert
156 aufzustellen. Dabei darf es kein Tabu sein, strukturelle Fehler zu benennen und
157 personelle Konsequenzen zu ziehen – nicht im Sinne von Schuldzuweisungen, sondern als
158 Voraussetzung für Glaubwürdigkeit. Die wichtigste Erkenntnis ist jedoch: Der Mitte-
159 Kurs hat weder die SPD noch eine andere Partei der sozialdemokratischen Familie zum
160 Erfolg geführt. Wenn Lars Klingbeil behauptet, die SPD dürfe nicht noch weiter nach
161 links rücken, sondern müsse ihren Platz in der Mitte suchen, handelt er nicht aus
162 Pragmatismus, sondern aus seiner persönlichen Ideologie heraus. Zudem haben die
163 vergangenen Jahre gezeigt, dass die sogenannte „Mitte“ in Wahrheit massiv nach Rechts
164 gerückt ist - zum spürbaren Nachteil sehr vieler Menschen in unserer Gesellschaft.
165 Hingegen zeigt der überraschende Erfolg der Linkspartei, dass es ein relevantes
166 linkes Wähler*innenpotenzial gibt. Um dieses Potenzial auszuschöpfen, müssen Themen
167 aufgegriffen werden, die das Leben von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen
168 unmittelbar betreffen, aber in der politischen Debatte kaum vorkommen. Ein Beispiel
169 dafür ist die Wohnungskrise, die viele Menschen in ihrer Lebensführung massiv
170 einschränkt, aber im Bundestagswahlkampf von der Migrationsdebatte vollständig
171 überlagert wurde. Zudem ist es der Linkspartei mit diesen Themen gelungen, zahlreiche
172 neue Mitglieder zu werben und nach einer schweren innerparteilichen Krise eine neue
173 Aufbruchstimmung zu entfachen. Das alles zeigt: Ein klares, linkes Profil kann zu
174 besseren Wahlergebnissen führen und ebenso zu einer größeren und begeisterten
175 Parteibasis.

176 Eine SPD, die sich dem Mitte-Rechts-Kurs anschließt, wird austauschbar und
177 schließlich politisch bedeutungslos werden. **Ein echtes Alleinstellungsmerkmal und ein**
178 **starkes Mobilisierungspotential kann die SPD nur in einer Rolle haben: als linke**
179 **Volkspartei.**

180 **Wir fordern deshalb:**

- 181 **1. Ein neues Grundsatzprogramm**, das die SPD als Partei der Arbeit im 21.
182 Jahrhundert positioniert. Es muss in einem offenen, partizipativen Prozess
183 entstehen – unter aktiver Beteiligung der Jusos, von SPD-Mitgliedern sowie von
184 zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, insbesondere auch jenen, die sich kritisch
185 mit bisherigen Regierungsentscheidungen auseinandergesetzt haben.
- 186 **2. Eine klare Trennung von Partei- und Regierungsämtern.** Die SPD braucht ein
187 eigenständiges Profil und eine Führung, die nicht in erster Linie auf
188 Kabinettsloyalität verpflichtet ist, sondern auf programmatische
189 Weiterentwicklung und Mitgliederbindung.
- 190 **3. Ein offenes Forum für innerparteiliche Kritik** an aktuellen
191 Regierungsentscheidungen und am Koalitionsvertrag. Die Partei darf sich nicht
192 selbst zensieren, sondern muss Räume für offene, kritisch-solidarische Debatten
193 schaffen.
- 194 **4. Eine dauerhafte Umgestaltung und Demokratisierung der Grundwertekommission,**
195 sodass sie nicht nur Expert*innenzirkel bleibt, sondern ein lebendiger Ort für
196 strategische Debatten über Zukunftsfragen wird. Die Ergebnisse dieser Debatten
197 sollten verbindlichen Charakter erhalten – eine echte Veränderung darf nicht mit
198 pro forma Beteiligung enden.
- 199 **5. Eine klare Abgrenzung von rechten und neoliberalen Positionen.** Statt sich von
200 öffentlichen Stimmungen treiben zu lassen, muss die SPD wieder für ihre eigenen
201 Werte einstehen – in der Migrationspolitik ebenso wie in der Wirtschafts- und
202 Sozialpolitik.
- 203 **6. Für den SPD-Bezirk Hannover und Niedersachsen konkret:**
 - 204 • Wir müssen mit dem Mythos der „Männer aus Niedersachsen“ brechen.
205 Diversität in Führungspositionen ist keine Option, sondern eine
206 Voraussetzung für politische Glaubwürdigkeit.
 - 207 • Auch in vermeintlichen SPD-Hochburgen darf sich die Partei nicht ausruhen.
208 Wir fordern eine offensive inhaltliche und strukturelle Erneuerung auf
209 allen Ebenen – gerade dort, wo die SPD (noch) stark ist.
 - 210 • Mitgliedergewinnung darf nicht als technische Frage behandelt werden.
211 Menschen treten dort ein, wo sie sich inhaltlich wiederfinden und wo
212 politische Haltung und Engagement glaubwürdig sind.

213

Die SPD muss sich entscheiden: Will sie weiterhin „ruhig regieren“ – oder mutig

214

verändern? Wir entscheiden uns für Letzteres. Für die SPD als linke Volkspartei.

Antrag S02: Neuanfang jetzt! Personelle Konsequenzen nach der historischen Wahlniederlage 2025

Laufende Nummer: 30

Antragsteller*in:	Jusos Lüneburg
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Der Bezirk möge beschließen:
- 2 Die Bundestagswahl 2025 markiert einen historischen Tiefpunkt für die deutsche
- 3 Sozialdemokratie. Mit dem schlechtesten Wahlergebnis seit Gründung der Bundesrepublik
- 4 Deutschland steht die SPD vor den Trümmern ihrer Politik. Dies ist nicht nur eine
- 5 Niederlage bei einer Wahl, sondern ein fundamentales Urteil über die Glaubwürdigkeit
- 6 und Zukunftsfähigkeit unserer Partei. In einer Zeit, welche von wirtschaftlicher
- 7 Unsicherheit geprägt ist, in der Geopolitik und Klimawandel große Bedrohungen für
- 8 unseren Wohlstand darstellen, braucht es zwingend eine Sozialdemokratie die von den
- 9 Menschen in Deutschland als Partei wahrgenommen wird, die demütig und respektvoll mit
- 10 den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes umgeht. Bei der Bundestagswahl 2025 ist
- 11 dies nicht gelungen.
- 12 Wir erleben stattdessen ein Erstarken von rechtspopulistischen und rechtsradikalen
- 13 Strömungen. Die AfD bildet die neue Heimat der Menschen, die sich gesellschaftlich
- 14 abgehängt fühlen und von Existenzängsten geplagt sind. Es ist eine große Tragödie,
- 15 dass die SPD nicht in der Lage ist, diese Menschen von sozialdemokratischen Inhalten
- 16 zu überzeugen.
- 17 Die gegenwärtige Führungsriege der SPD hat durch ihr Handeln maßgeblich zu dieser
- 18 katastrophalen Situation beigetragen:
- 19 Durch das Festhalten an einer Kanzlerkandidatur von Olaf Scholz gegen den
- 20 offenkundigen Willen der Bevölkerung wurde der demokratische Grundgedanke missachtet.
- 21 Es wurde zwar immer wieder betont, dass im Nachgang an die Wahl eine schonungslose
- 22 Aufarbeitung stattfinden würde, stattdessen bestand die erste Konsequenz des
- 23 Parteivorstands darin, einen der Hauptverantwortlichen für die Wahlniederlage – den
- 24 Parteivorsitzenden Lars Klingbeil – einstimmig für das höchste Amt der
- 25 Bundestagsfraktion in der kommenden Legislaturperiode vorzuschlagen.
- 26 Olaf Scholz, Lars Klingbeil und Saskia Esken sind maßgeblich für den fundamentalen
- 27 Vertrauensverlust in die sozialdemokratische Problemlösungskompetenzverantwortlich.
- 28 Die SPD konnte keine eigenen Akzente setzen und wurde im Wahlkampf, sowie bereits
- 29 häufig in der vergangenen Koalition von anderen Parteien getrieben. Dies ist nicht
- 30 nur, aber auch ein Ergebnis von fehlender Führungsstärke.
- 31 Die Verweigerung der Parteispitze, Verantwortung für dieses historische Debakel zu
- 32 übernehmen, würde diese Vertrauenskrise zusätzlich massiv verschärfen.
- 33 Wir fordern daher:
- 34 • Das unmittelbare Signal der Selbstkritik und Verantwortungsübernahme von Lars
- 35 Klingbeil und Saskia Esken und den damit einhergehenden Verzicht auf eine weitere
- 36 Kandidatur zum Bundesparteivorsitz beim nächsten ordentlichen Parteitag 2025 der SPD

- 37 •Eine parteiinterne Stellungnahme zur Parteientwicklung, der eigenen
38 Teilverantwortung am Bundestagswahlergebnis 2025, sowie der Begründung der Eignung
39 zur Fortsetzung des Amtes sollen alle diejenigen Mitglieder des Bundesvorstandes
40 abgeben, die auf dem nächsten Bundesparteitag der SPD eine Wiederwahl anstreben
- 41 • Die Einleitung eines umfassenden personellen und inhaltlichen
42 Neuaufstellungsprozesses vorbereitend auf den nächsten ordentlichen Bundesparteitag
- 43 • Die Entwicklung eines transparenten Verfahrens zur Identifizierung einer neuen
44 Führungsgeneration, die glaubwürdig einen Neuanfang verkörpern kann und die
45 schnellstmögliche Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms der SPD.
- 46 Die SPD befindet sich in der tiefsten Krise ihrer Nachkriegsgeschichte. Der Verlust
47 großer Teile der traditionellen sozialdemokratischen Wählerschaft an rechte Parteien
48 ist nicht nur ein Warnsignal, sondern Ausdruck eines fundamentalen Versagens der
49 gegenwärtigen Parteiführung. Die SPD ist keine Volkspartei mehr, obwohl sie
50 angesichts der globalen und nationalen Herausforderungen gerade in diesem Moment
51 dringend als solche gebraucht wird.
- 52 Ein personeller Neuanfang ist unumgänglich, um das Vertrauen der Menschen
53 zurückzugewinnen. Die Verweigerung persönlicher Konsequenzen durch die aktuelle
54 Parteiführung schadet der Glaubwürdigkeit der SPD zusätzlich und verhindert einen
55 echten Neustart.
- 56 Die Sozialdemokratie kann nur dann eine Zukunft haben, wenn sie bereit ist, sich
57 ehrlich mit ihrem Scheitern auseinanderzusetzen. Dies erfordert auch personelle
58 Konsequenzen jener, die für dieses Scheitern Verantwortung tragen.

Antrag S03: Handyverbot für Markus Söder!

Laufende Nummer: 31

Antragsteller*in:	Jusos Lüneburg
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Der Bezirk möge beschließen, dass schnellstmöglich eine Demo vor der CSU-
- 2 Parteizentrale organisiert werden soll. Das Ziel dieser Demo ist es die Zentrale der
- 3 CSU so lange zu blockieren bis Markus S. sein Handy abgibt und sein Social Media
- 4 Account an ein kompetentes Social-Media-Team abgibt.

Begründung

Grund hierfür ist das bodenlose Social-Media-Verhalten von Markus S. Ob es jetzt der Post aus dem Bierzelt ist, wo er sich als Bierzelt-Prophet darstellt oder sich als Foodblogger versucht, aber doch eher als Weißwurstflüsterer rüberkommt. Allerdings kann man diese Aspekte noch humoristisch betrachten und sie sind nicht sonderlich gefährlich (außer vielleicht für die Psyche des Konsumierenden). Das viel schlimmere sind die geistigen Ergüsse von Markus S.. Das Vereinsmaskottchen der Populisten lässt tagtäglich hoch inszenierte populistische und unrealistisch idealisierte Posts von sich, die als Imagepflege dienen. Er gibt außerdem viele widersprüchliche Aussagen von sich und betreibt krankhafte Selbstdarstellung. Seine inhaltsleeren Posts und die Symbolpolitik, die er betreibt, fördern zudem ein toxisches Klima.

Deshalb: Söder Handyverbot-SOFORT

Antrag S04: Keine Spenden von der Tabaklobby

Laufende Nummer: 32

Antragsteller*in:	Jusos Landkreis Harburg
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover mögen beschließen, dass keine Spenden, finanzielle
- 2 Aufwandsentschädigungen, Sponsering oder sonstige Zuwendungen von Unternehmen oder
- 3 Privatpersonen aus der Tabakindustrie angenommen werden. Diese Regelung soll für alle
- 4 Gliederungen, Zusammenschlüsse und Foren innerhalb der SPD gelten.

Begründung

Trotz Ekelbilder und Kampagnen - Deutschland ist immer noch ein Raucherparadies. Belegt die Bundesrepublik im europäischen Vergleich Platz 34 von 37 im „Tobacco Control Scale“, so ist auch die Tabaksteuer im europäischen Vergleich gering. Kostet eine Schachtel Zigaretten in Frankreich stattliche 13 Euro, so sind es hierzulande gerade mal 8,40 Euro (Marke Malboro). Wo unseren britischen Nachbarn den Tabakverkauf verbieten für Menschen, die nach dem 31.12.2008 geboren wurden, scheute sich die SPD-geführte Ampel auch nur minimale Korrekturen vorzunehmen. Zu der Zeit der letzten Großen Koalition sorgten bestrebt Tabaklobbyisten bei mindestens zehn Treffen sogar für die Zusicherung der damaligen Bundesregierung, dass die Tabaksteuer bis 2026 nur um maximal 0,0075 Euro pro Zigarette angehoben werde. Die SPD sollte sich angesichts der sozialen, ökologischen und menschlichen Folgen des Tabakkonsums dringend die parteiinterne Richtlinie setzen, keine Spenden oder sonstige finanzielle Zuwendungen von der Tabakindustrie zu erhalten. Dies sollte für alle Gliederungen gelten und in das Parteistatut integriert werden. Der Antrag fordert deshalb eine Unvereinbarkeit zu schließen.

Antrag S05: Faire Wahlen für alle: Briefwahlprobleme im Ausland lösen!

Laufende Nummer: 33

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Für deutsche Staatsbürger*innen, die sich im Ausland aufhalten, gibt es für die
- 2 Ausübung des aktiven Wahlrechtes ausschließlich die Möglichkeit der Briefwahl. Gerade
- 3 bei der vergangenen Bundestagswahl im Februar 2025 hat sich jedoch gezeigt, dass es
- 4 hierbei – selbst innerhalb von Deutschland – große Probleme mit den Rückläufen der
- 5 beantragten Wahlunterlagen gibt.
- 6 Die Beantragung von Briefwahl war gut 1,5 Monate vor dem Wahltag möglich.
- 7 Wahlberechtigte innerhalb Deutschlands erhielten ihre Briefwahlunterlagen in der
- 8 Regel rechtzeitig, auch wenn sie nicht direkt am erstmöglichen Tag beantragt wurden.
- 9 Im Ausland hingegen kamen viele Wahlunterlagen, die frühzeitig beantragt wurden, bis
- 10 zum Wahltag nicht bei den Wahlberechtigten an. Während es im EU-Ausland noch einen
- 11 vergleichsweise hohen Anteil an pünktlich eingetroffenen Wahlunterlagen gab, kamen
- 12 beispielsweise aus den USA lediglich 46 Briefwahlstimmen bundesweit pünktlich zurück,
- 13 zumeist von den Mitarbeiter*innen der Deutschen Botschaften bzw. Konsulate und deren
- 14 Angehörigen. Alle anderen Stimmen verfielen aufgrund der Postlaufzeiten.
- 15 Betroffen sind über 200.000 im Wählerverzeichnis registrierte Deutsche mit Wohnsitz
- 16 im Ausland sowie eine unbekannte Anzahl an Personen, die sich beispielsweise für ein
- 17 Studium zeitlich begrenzt im Ausland aufhalten. Nach herrschender Rechtsmeinung gibt
- 18 es keinen verfassungsrechtlichen Anspruch auf Briefwahl, da die Personen ihr
- 19 Wahlrecht in Deutschland ausüben könnten. Die Ausübung des Wahlrechtes ohne
- 20 funktionierende Briefwahl ist jedoch faktisch unmöglich, da die Einreise zur
- 21 Stimmabgabe aus der Mehrheit der Länder nicht verhältnismäßig ist.
- 22 Für kommende Wahlen sollten daher Briefwahlunterlagen, die ins Ausland versendet
- 23 werden müssen, prioritär behandelt werden. Die Online-Beantragung von Briefwahl
- 24 sollte frühestmöglich freigeschaltet werden, sobald der Wahltermin feststeht, damit
- 25 der Aufwand vorab eingeschätzt und ggf. mehr Verwaltungspersonal bereitgestellt
- 26 werden kann. Außerdem sollten alle Briefwahlunterlagen, die einen Poststempel vor
- 27 Schließung der Wahllokale in Deutschland (UTC +1 bzw. während der Sommerzeit UTC +2)
- 28 erhalten haben, als gültig angesehen und nachträglich ausgezählt werden.
- 29 Weiterhin soll die Wahlteilnahme im Ausland in deutschen Konsulaten ermöglicht
- 30 werden. Gibt eine wahlberechtigte Person an, in einem Konsulat wählen zu wollen, soll
- 31 sie sich auf die pünktliche Ankunft der Unterlagen im Konsulat verlassen können. Sind
- 32 Konsulate groß genug, sodass kein Rückschluss auf einzelne Wähler*innen möglich ist,
- 33 können sie die Stimmzettel direkt vor Ort auszählen und die Ergebnisse wie die
- 34 Wahlhelfer*innen in Deutschland telefonisch durchgeben. In Zeitzonen, in denen die
- 35 Schließung der deutschen Wahllokale in die Nacht oder frühen Morgenstunden fällt,
- 36 soll die Stimmabgabe im Konsulat bereits am Vorabend enden. So kann ein erheblicher
- 37 Anteil an Stimmzetteln aus dem Ausland schnell nach dem Ende der Wahl ins amtliche

- 38 Endergebnis übernommen werden. Die Fahrt in das örtliche Deutsche Konsulat ist dabei
- 39 wesentlich verhältnismäßiger als die Rückkehr nach Deutschland.

Antrag V01: Richtung Zukunft: Ordnung statt Gleis-Wirrwar

Laufende Nummer: 34

Antragsteller*in:	Jusos Hildesheim
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich**
- 2 **dafür einzusetzen, dass bundesweit einfache und einheitliche Standards für die**
- 3 **Nummerierung von Bahnsteigen und Gleisen in Bahnhöfen eingeführt werden.**
- 4 Langfristig soll so, durch klare, aufeinanderfolgende und logisch nachvollziehbare
- 5 Nummerierungssysteme, die Orientierung in Bahnhöfen deutlich erleichtert werden. Das
- 6 gilt insbesondere für Reisende mit eingeschränkter Mobilität, für Menschen mit
- 7 Behinderungen, für ältere Menschen sowie für Reisende ohne Ortskenntnis oder
- 8 Sprachkenntnisse. Die bisherige, oft historisch gewachsene oder betriebsinterne
- 9 Nummerierung führt zu unnötiger Verwirrung und stellt eine unnötige Barriere im
- 10 öffentlichen Verkehr dar.

Antrag W01: Für echte Umverteilung – Grunderbe darf kein Ersatz für Gerechtigkeit sein!

Laufende Nummer: 35

Antragsteller*in:	Jusos Hildesheim
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Mit unserem Beschluss W1 aus 2023 haben wir uns als Jusos für die Einführung eines
- 2 Grunderbes in Höhe von 60.000 € für alle Menschen mit Hauptwohnsitz in Deutschland ab
- 3 dem 18. Lebensjahr ausgesprochen. Unser Ziel war und ist es, der extremen
- 4 Vermögensungleichheit in Deutschland etwas entgegenzusetzen. Gleichzeitig haben wir
- 5 jedoch in dem Antrag betont: Ein Grunderbe kann immer nur ein Baustein eines
- 6 umfassenden Umverteilungsprozesses sein – nicht dessen Ersatz.
- 7 Wir halten fest: Ein Grunderbe darf **nicht** in Konkurrenz zu staatlichen
- 8 Sozialleistungen treten. Es darf **nicht** dazu führen, dass sich der Staat aus seiner
- 9 Verantwortung zurückzieht oder Armut individualisiert wird. Wer aus einem Grunderbe
- 10 „nichts macht“, darf nicht als selbst schuld gelten – dieser Logik stellen wir uns
- 11 schon in dem Antrag entschieden entgegen.
- 12 Ein Grunderbe eignet sich daher **nicht** zur Bekämpfung von Kinderarmut oder zur
- 13 Überwindung sozialer Bildungsbarrieren. Unser Ziel muss es sein, dass Kinder gar
- 14 nicht erst in Armut aufwachsen – nicht, dass sie mit 18 Jahren einen finanziellen
- 15 Ausgleich erhalten. Deshalb bleibt unsere zentrale Aufgabe, gerechte Verhältnisse von
- 16 Anfang an zu schaffen: durch eine starke öffentliche Daseinsvorsorge, ein gerechtes
- 17 Bildungssystem und eine effektive Umverteilungspolitik.
- 18 Der Fokus unserer politischen Strategie muss daher klar auf der strukturellen
- 19 Veränderung der Vermögensverhältnisse liegen. Die Mehrheit der Bevölkerung erkennt
- 20 die Ungerechtigkeit, wenn ihr bewusst gemacht wird, wie stark Vermögen in den Händen
- 21 weniger konzentriert ist – und wie viele Menschen überhaupt kein Vermögen besitzen
- 22 oder je besitzen werden. Da der Großteil des Vermögens vererbt wird, braucht es eine
- 23 klare Antwort: **eine gerechte, mutige Reform der Erbschaftsteuer.**
- 24 Im Rahmen unseres Bundestagswahlkampf wurde unser Vorschlag eines Grunderbes medial
- 25 stark hervorgehoben – teilweise auf populistische Weise. Die damit verbundene
- 26 Hoffnung, junge Menschen über ein konkretes Geldversprechen zu erreichen, hat jedoch
- 27 nicht zu einer tiefgehenden Auseinandersetzung mit den Ursachen von Ungleichheit
- 28 geführt. Stattdessen ist der Eindruck entstanden, wir würden auf kurzfristige Effekte
- 29 setzen, statt auf echte Gerechtigkeit.
- 30 Wenn wir fordern „Tax the Rich“, dann müssen wir es auch so meinen. Unsere
- 31 Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel, wenn wir uns auf symbolpolitische Forderungen
- 32 wie das Grunderbe konzentrieren, ohne gleichzeitig und konsequent für eine
- 33 tiefgreifende Reform der Vermögens- und Erbschaftssteuer zu kämpfen. Die SPD
- 34 verweigert hier bislang jeden ernsthaften Schritt – und das schwächt auch unsere
- 35 Position.
- 36 **Deshalb fordern wir:**

- 37 • Eine grundlegende Reform der Erbschaftssteuer, die große Vermögen effektiv
38 erfasst und Umverteilung tatsächlich ermöglicht.
- 39 • Eine klare Prioritätensetzung in unserer politischen Kommunikation: Der Kampf
40 gegen Vermögensungleichheit muss im Zentrum stehen – **nicht** das Versprechen
41 individueller Einmalzahlungen.
- 42 • Die Verknüpfung des Grunderbes an eine gesamtgesellschaftliche Strategie zur
43 Umverteilung – nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung zur Stärkung des
44 Sozialstaats.

Antrag W02: Automatische Erhöhung von Freibeträgen

Laufende Nummer: 36

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Statt dass die Erhöhung von Mindestlohn, Grundfreibeträgen, Bürgergeld, BAföG und
- 2 weiteren Grenzen immer von verschiedenen Kommissionen erarbeitet und beschlossen
- 3 wird, kann sich eine Menge Aufwand gespart werden, indem diese jährlichen Erhöhungen
- 4 automatisiert an die Inflationsrate gekoppelt werden. In Fällen, die eine besondere
- 5 Änderung erfordern, kann und sollte eine Erhöhung über die Inflationsrate hinaus und
- 6 außerhalb des jährlichen Turnus durch die politische Entscheidungsträger*innen
- 7 beschlossen werden. Vieles schon automatisch geschehen zu lassen, sollte allerdings
- 8 dazu führen, dass sich die Politik auf andere Themen konzentrieren kann.
- 9 Deshalb fordern wir eine automatische Erhöhung von Freibeträgen und Bezugsgrößen wie
- 10 z.B. Mindestlohn, Grundfreibetrag und Bürgergeld gekoppelt an die Inflation unter
- 11 Berücksichtigungen zusätzlicher Faktoren für einzelne Grenzen. So sollten zum
- 12 Beispiel Bürgergeld und Mindestlohn deutlich stärker steigen, wenn die Kosten für die
- 13 Grundbedürfnisse stark steigen.

Antrag U01: Licht aus, Nachtruhe! - Lichtverschmutzung entgegenwirken und natürliche Habitats schützen

Laufende Nummer: 37

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Lichtverschmutzung bezeichnet das Aufhellen des Nachthimmels durch künstliche
2 Lichtquellen. Lichtverschmutzung bringt dabei diverse Einschnitte in das ökologische
3 Gleichgewicht. **Unser Ziel ist es, die Lichtemissionen bundes- sowie europaweit**
4 **nachhaltig zu reduzieren.**
- 5 Denn vor allem Tiere und Pflanzen sind auf regelmäßige Unterschiede in ihrer
6 Lichtumgebung angewiesen, um ihr saisonales und tagesrhythmische Verhalten zu
7 regulieren. Demnach beeinträchtigt künstliche Beleuchtung nachweislich den
8 natürlichen Biorhythmus vieler Tierarten - sie stört Ruhephasen, verändert Jagd- und
9 Fortpflanzungsverhalten und schwächt dadurch langfristig Gesundheit,
10 Fortpflanzungserfolg und Artenvielfalt. So werden unter anderem Insekten massenhaft
11 von Lichtquellen angelockt und stehen Jägern, wie Fledermäusen, in unnatürlicher
12 Weise zur Verfügung, aber auch verschieben Vögel durch dauerhaftes Licht ihre
13 Brutzeiten, was die Überlebenschancen des Nachwuchses senkt.
- 14 Gleichzeitig leiden Pflanzen ebenfalls unter dem Phänomen der Lichtverschmutzung. Sie
15 reagieren auf künstliche Beleuchtung unter anderem mit einem verspäteten Laubabwurf
16 oder veränderten Blütezeiten. Letzteres führt im Umkehrschluss dazu, dass bei
17 einbrechendem Frost das Pflanzengewebe beschädigt oder die Synchronisation der Blüte
18 mit dem Auftreten der Bestäuber gestört wird.
- 19 **Wir fordern deshalb für den Erhalt des ökologischen Gleichgewichts:**
- 20 • dass sensible Gebiete (Naturparks und -schutzgebiete sowie Sternwarten) als
21 lichtempfindliche Zonen mit strengen Vorgaben für Beleuchtung ausgewiesen werden
 - 22 • dabei ist die Beleuchtung auf ein Minimum zu reduzieren und nach strengen
23 Kriterien auszurichten, die die Beleuchtungsstärke und -dauer in Abhängigkeit
24 der ökologischen Empfindlichkeit des Bereiches regeln
- 25 Darüber hinaus zeigen sich humanmedizinisch relevante Wirkungen von Licht in der
26 Nacht einerseits akut durch die Unterdrückung der Ausschüttung des Hormons Melatonin.
27 Dieses ist an der Regulation des Schlafes sowie der zeitlichen Koordination vieler
28 Körpervorgänge beteiligt. Andererseits stört das Fehlen von Melatonin auch den
29 zirkadianen (auf den Tag-Nachtwechsel geprägten) Rhythmus körpereigener
30 Stoffwechselprozesse. Studien im Schlaflabor konnten zeigen, dass sowohl die akuten
31 als auch die zirkadianen Lichtwirkungen zu körperlichen Zuständen führen können, die
32 einem medizinischen Erscheinungsbild von beispielsweise Herz-Kreislauf-Störungen
33 ähneln.
- 34 Lichtverschmutzung gefährdet demnach nicht nur nachtaktive Tiere, Pflanzen und die
35 menschliche Gesundheit. Sie steht auch für eine unregelmäßige, häufig verschwenderische
36 Nutzung von Energie. In vielen anderen europäischen Ländern gibt es bereits

37 gesetzliche Regelungen zur Eindämmung von Lichtemissionen. Deutschland hinkt noch
38 immer hinterher. Daher bedarf es endlich deutschland- und europaweit einheitlichen
39 Regelungen zum Schutz der Nacht!

40 **Natur schützen und Energie sparen durch weniger Gebäude- und Straßenbeleuchtung**

41 Weltweit beläuft sich die Zunahme der nächtlich beleuchteten Flächen und
42 Beleuchtungsintensität auf etwa 2% pro Jahr. Das hat eine internationale Studie des
43 Deutschen Geo-Forschungs-Zentrums (GFZ) mittels Satellitendaten festgestellt.
44 Straßenlaternen sind dabei eine der Hauptursachen für die Lichtverschmutzung. Und von
45 diesen gibt es allein in Deutschland circa neun Millionen. Zwar wurden in den letzten
46 Jahren viele Laternen mit energieeffizienten LEDs ausgestattet, die weniger Strom
47 verbrauchen und dadurch zu niedrigeren Energiekosten führen. Tatsächlich steht aber
48 gerade das Lichtspektrum der LED im Verdacht, humanmedizinisch und ökologisch
49 nachteilige Wirkungen hervorzurufen. Darüber hinaus führt die kostengünstige
50 Verfügbarkeit der LED zu dem Rebound-Effekt, dass immer mehr Licht genutzt wird -
51 sowohl im öffentlichen als auch im privaten Raum.

52 Ein positives Beispiel ist ein Streetart Projekt in Berlin, welches die Laternen mit
53 "Night Caps" ausstatten, sodass sie ihr Licht nur noch nach unten strahlen - also
54 dorthin, wo es auch wirklich gebraucht wird.

55 Denn Straßenbeleuchtung ist notwendig und dient der Sicherheit, das ist sicher.
56 Besonders aus feministischer Perspektive darf fehlende Straßenbeleuchtung keine neuen
57 Angsträume schaffen. Viele Gemeinden etablierten es dennoch, die Beleuchtung in den
58 Nachtstunden auszuschalten, um Energiekosten zu sparen.

59 **Wir fordern allerdings, dass die Beleuchtungsanlagen energieeffizient sind, ohne**
60 **Abstriche bei der Sicherheit zu machen. Konkret soll dies durch die Mehrnutzung von**
61 **intelligenter Straßenbeleuchtung gewährleistet werden. Dies beinhaltet das Anpassen**
62 **der Lichtintensität basierend auf der Anwesenheit von Fußgänger*innen und Fahrzeugen,**
63 **den Witterungsbedingungen und den Umgebungslichtverhältnissen. So kann sekundär auch**
64 **Lichtverschmutzung reduziert werden.**

65 Zusätzlich stehen auch Skybeamer und Gebäudeanstrahlungen stark in der Kritik. Unter
66 ersterem versteht man helle gebündelte Lichtstrahlen, die direkt in Richtung des
67 Himmels gerichtet sind. Jedoch beeinträchtigen sie besonders Zugvögel, denn sie
68 navigieren mit Hilfe der Sterne und des Horizontes. In diesem Zuge hat das Land
69 Hessen bereits ein Verbot von Skybeamern ausgesprochen. Wir wollen nachziehen und
70 **fordern daher ein bundes- sowie europaweites Verbot von Skybeamern.**

71 Bei der Gebäudeanstrahlung hingegen sind die Strahler schlecht ausgerichtet und haben
72 ein zu breites Lichtbündel. Das Ergebnis: Das Licht streut in großen Teilen am
73 Gebäude vorbei und so in den Himmel. Gleichzeitig wird mehr Energie verbraucht, als
74 wenn die Strahler gezielt eingesetzt würden.

75 **Deswegen fordern wir, ähnlich wie bei Straßenbeleuchtung:**

- 76 • dass Lichtstrahler, so ihre Anwendung nicht vermieden werden kann, gezielt
77 ausgerichtet werden und Abschirmungen eingesetzt werden, die das Streuen des
78 Lichts in den Nachthimmel verhindern
- 79 • dass intelligente Beleuchtung, die sich je nach Bedarf anpasst, und
80 Bewegungssensoren, die bei geringer Nutzung das Licht automatisch dimmen (z.B.

81 an Bahnhöfen oder Innenstädten) installiert werden.

82 Auch Werbeanlagen und Leuchtreklame leisten einen bedeutenden Teil zur Aufhellung des
83 Himmels bei. Denn diese Anlagen, wie zum Beispiel LED-Tafeln sind meist heller als
84 nötig und verfügen darüber hinaus über keine Zeitsteuerung, die ein Ausschalten nach
85 den Geschäftszeiten erlauben würde. Und auch hier stellen die Reklamen einen
86 unnötigen Verbrauch von Energieressourcen dar und tragen zunehmenden
87 Lichtverschmutzung bei.

88 Auch an dieser Stellschraube fordern wir klare gesetzliche Vorgaben zur Begrenzung
89 sowie Regulierung von Werbebeleuchtung.

90 **Wir fordern:**

- 91 • ein Verbot von Werbebeleuchtung außerhalb der Geschäftszeiten, vor allem in den
92 Nachtstunden bis Sonnenaufgang - ausgenommen sind Not- und
93 Sicherheitsbeleuchtung
- 94 • Verpflichtende Dimmbarkeit bzw. automatische Anpassung der Helligkeit an das
95 Umgebungslicht

96 Um all diese Forderungen zielführend umzusetzen, fordern wir ein **nationales Gesetz**
97 **zur Regelung und Vermeidung von Lichtverschmutzung**, das

- 98 • einheitliche Grenzwerte für Lichtemissionen für verschiedene Nutzungsarten, wie
99 zum Beispiel Werbeanlagen und Privathäuser, festlegt
- 100 • die Nutzung von insektenfreundlichen, warmfarbigen Leuchtmitteln ohne UV-Anteile
101 vorschreibt
- 102 • eine Pflicht zur Nachtabstaltung von Leuchtreklame außerhalb der
103 Geschäftszeiten vorschreibt
- 104 • Skybeamer verbietet
- 105 • Beleuchtungsintensität, -dauer und -ausrichtung regelt
- 106 • Kommunen verpflichtet, Lichtemissionen in ihrem eigenen Verantwortungsbereich zu
107 erfassen. Darüber hinaus sollen alle weiteren öffentlichen oder gewerblichen
108 Lichtquellen (etwa an Betriebsstätten oder Parkplätzen) von den jeweiligen
109 Betreiber*innen gemeldet werden

110 **Dafür ist es unabdingbar, dass Lichtverschmutzung endlich als Umweltbelastung**
111 **anzuerkennen ist, weshalb wir zusätzlich die feste Einbindung in das Bundes-**
112 **Immissionsschutzgesetz fordern!**

Antrag U02: Europäische Zusammenarbeit für den Erhalt gefährdeter Arten: Ein gemeinsamer Weg zum Schutz unserer Biodiversität

Laufende Nummer: 38

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 Der Klimawandel und andere Entwicklungen wie die Intensivierung der Landwirtschaft
2 führen zu immer größer werdenden Herausforderungen für verschiedene Pflanzen- und
3 Tierarten. Um zu verstehen, wo die konkreten Probleme für einzelne Arten liegen, und
4 sie im Anschluss gezielter schützen zu können, setzt man in diesem Bereich meist bei
5 der Forschung an. So läuft derzeit beispielsweise ein Forschungsprojekt zum
6 Rotschenkel, ein als gefährdet bis stark gefährdet eingestufte Vogel auf der Roten
7 Liste wandernder Vogelarten. Diese Art ist besonders von Klimawandel und
8 Intensivierung der Landwirtschaft betroffen, da der Watvogel im Watt oder auf
9 Feuchtwiesen lebt. Immer mehr Feuchtwiesen werden zugunsten von Baugrundstücken oder
10 Agrarflächen trockengelegt und auch die Artenvielfalt im Watt verändert sich durch
11 die steigenden Temperaturen bereits. Um herauszufinden, ob die Rotschenkel auf die
12 veränderten Umweltbedingungen beispielsweise mit neuen Rastplätzen und verkürzten
13 Flugrouten reagieren, haben Vogelschützer vom NLWKN in den vergangenen Jahren neun
14 Tiere am Dümmer See im Landkreis Diepholz mit Sendern ausgestattet. Einer dieser
15 streng geschützten Wiesenvögel hatte im vergangenen Frühjahr erneut am Dümmer See
16 gebrütet und war im Spätsommer auf dem Weg in sein Überwinterungsquartier im
17 Mittelmeerraum bis Zentralafrika bei einer Rast in Frankreich von Jägern erschossen
18 worden. Nach französischem Recht, aber auch in weiteren Ländern, ist die Jagd auf
19 Vögel wie den Rotschenkel legal.

20 Der Vogelzug ist die größte regelmäßige Pendelbewegung im Tierreich. Jährlich sind
21 weltweit schätzungsweise 50 Milliarden Zugvögel unterwegs, davon etwa fünf Milliarden
22 zwischen Europa und Afrika. Die Tiere haben dabei zunehmend mit menschengemachten
23 Problemen zu kämpfen, beispielsweise der Lichtverschmutzung, die von großen Städten
24 ausgeht und die Navigation erschwert, Glasfassaden großer Häuser, die von den Vögeln
25 durch die Spiegelung des Himmels nicht als solche erkannt werden und bei
26 Zusammenstößen nahezu immer tödlich enden, sowie die Verschiebung des Jahresrhythmus
27 und Veränderung von Luftströmungen durch steigende Temperaturen. Diese und weitere
28 Faktoren erschweren der großen Anzahl an Zugvögeln bereits die jährliche Wanderung,
29 bei der viele Länder auf dem Weg zum Sommer- bzw. Winterquartier überquert werden.

30 Ist ein Vogel wie der Rotschenkel nach diesem weiten Weg beispielsweise an der
31 Norddeutschen Küste angekommen, um hier den Sommer zu verbringen, Nachwuchs
32 aufzuziehen und sich auf den langen Rückflug vorzubereiten, steht er unter Schutz und
33 sein Gelege wird ggf. weiträumig vor neugierigen Touristen abgesperrt oder es werden
34 andere finanziell und zeitintensive Maßnahmen von Behörden oder Verbänden ergriffen,
35 um möglichst viele Exemplare dieser Art zu erhalten. Sobald er den Rückflug antritt
36 und sich im Luftraum anderer europäischer Staaten befindet, kann er jedoch ohne

37 Konsequenzen gejagt werden. Nach der EU-Richtlinie über die Erhaltung wildlebender
38 Vogelarten sind bislang nur vom Aussterben bedrohte, aber nicht bloß gefährdete Vögel
39 vom absichtlichen Töten ausgenommen. Zudem hat die Richtlinie nicht nur den Schutz,
40 sondern u.a. auch die Bewirtschaftung von Arten zum Ziel, wobei neben
41 wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und ökologischen auch kulturelle oder
42 freizeitbedingte Erfordernisse, also beispielsweise die Jagd, beachtet werden dürfen.
43 An dieser Stelle arbeiten EU-Mitgliedsstaaten ohne erkennbaren Grund gegeneinander.
44 Wenn die einen einen Vogel schützen und die anderen ihn töten, ist das sehr
45 ineffizient und wenig zielführend.

46 Daher fordern wir eine Initiative auf EU-Ebene, die die Jagd gefährdeter Arten,
47 aufgrund der verstärkten Betroffenheit durch den jährlichen Vogelzug insbesondere von
48 gefährdeten Vögeln, allen Mitgliedsstaaten explizit verbietet. Das bereits vorhandene
49 EU-Naturschutzrecht muss besser umgesetzt und ausreichend finanziert werden.

50 Bedroht sind Vögel und andere Arten in Europa aber nicht nur durch Jagd. Die große
51 Menge an weiterhin verwendeten Pestiziden in der Landwirtschaft schadet vor allem
52 Insekten, die wiederum als Bestäuber verschiedener Pflanzenarten und als Nahrung für
53 andere Tiere fehlen. Daher wurde kurz vor der Europawahl im EU-Parlament ein Gesetz
54 beraten, das den Einsatz von Pestiziden hätte reduzieren und den Green Deal umsetzen
55 sollen. Eine konservative Mehrheit lehnte den Gesetzentwurf aber ab, nachdem es
56 Kritik aus Bauernverbänden gab. Dabei geht es beim Einsatz von Pestiziden nicht nur
57 um Agrarflächen, sondern die Nutzung ist beispielsweise auch in städtischen
58 Parkanlagen, Natura-2000-Gebieten und sogar an Schulen erlaubt. Einige Pestizide wie
59 Glyphosat können auch für Menschen krebserregend sein, während die Folgen des
60 versickerten Pestizids im Grundwasser noch nicht abzuschätzen sind. Da Glyphosat
61 kürzlich von der EU-Kommission eine Neuzulassung für weitere zehn Jahre erhalten hat,
62 wäre nun auch ein nationales Verbot europarechtswidrig, sodass es bis auf weiteres in
63 Deutschland verwendet werden kann.

64 Wir fordern daher, dass ein neuer Gesetzentwurf im Europäischen Parlament eingebracht
65 werden soll, um den Einsatz von Pestiziden stark einzuschränken und nur unter
66 strengen Auflagen zu erlauben. Des Weiteren soll die Forschung zu Pestiziden wie
67 Glyphosat fortgesetzt werden, um die Folgen für Mensch und Umwelt genauer einschätzen
68 zu können. Sollten sich dabei Gefahren abzeichnen, soll diesen Pestiziden die
69 Zulassung europaweit entzogen werden.

70 Kurz vor der Europawahl im vergangenen Jahr wurden weiterhin von den
71 Agrarminister*innen die Umweltauflagen in der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik gelockert,
72 weshalb die Pflicht, mindestens vier Prozent aktueller landwirtschaftlicher Flächen
73 zugunsten der Biodiversität stillzulegen, entfallen ist. Diese Brachflächen sind
74 durch den Strukturwandel der Landwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten bereits
75 stark zurückgegangen und werden dies in der Folge des Wegfalls der Vorgabe mit großer
76 Wahrscheinlichkeit weiter tun. Mit dem Schwinden der Rückzugsgebiete insbesondere für
77 Insekten, Wiesenvögel sowie kleine Säugetiere und paralleler Ausweitung von
78 landwirtschaftlich genutzten Flächen geht langfristig der Rückgang der Artenvielfalt
79 einher. Deutschland ist bereits ein Land, das mit ca. 48.000 Tierarten im weltweiten
80 Vergleich mit zwei bis elf Millionen beschriebenen und vermuteten Arten zu den eher
81 artenärmeren Gebieten zählt. Im europaweiten Vergleich liegt Deutschland zusätzlich
82 bei der Ausweisung strenger Naturschutzgebiete mit nur 0,6 Prozent der Fläche auf dem

83 drittletzten Platz der EU-Mitgliedsstaaten und hat zuletzt mehr Naturräume und Arten
84 in mangelhafter bis schlechter als in guter Verfassung gemeldet. Für letztere Räume
85 müssen Renaturierungsmaßnahmen wie die Wiedervernässung von Mooren, Aufforstung von
86 Wäldern und Rückkehr zu natürlichen Flussläufen ergriffen werden, während für die
87 „strengen Naturschutzgebiete“ einheitliche Standards festgelegt werden müssen. Nach
88 den Kriterien der Weltnaturschutzunion wären dies Gebiete, wo fast kein menschlicher
89 Eingriff stattfinden darf. In Deutschland sind diese besonderen Schutzgebiete die 16
90 Nationalparks. Beispielsweise im Nationalpark Wattenmeer wird hingegen in den
91 Kernzonen legal Fischerei betrieben, was den Bedarf an einheitlichen Standards und
92 die Durchsetzung von wirksamem Schutz verdeutlicht.

93 Solange keine europaweiten Vorgaben zu landwirtschaftlichen Ausgleichsflächen gelten,
94 fordern wir weitergehend, dass es deutschlandweite Regelungen gibt, um die
95 Artenvielfalt nicht noch stärker als ohnehin schon zu gefährden. Die naturfeindliche
96 EU-Agrarpolitik sowie schädliche Brüsseler Subventionen müssen reformiert werden!

Antrag U03: Kein Freiflug für Millionäre – Schlupflöcher bei der Kerosinsteuer schließen!

Laufende Nummer: 39

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern die Schließung der Schlupflöcher bei der Kerosinsteuer für Privatjets.
- 2 Aktuell gibt es eine Kerosinsteuer, die jedoch kaum jemand zahlt, weil die
- 3 Unternehmen und die oberen 1% der Bevölkerung die Schlupflöcher kennen.
- 4 Beispielsweise bietet VW eine geringe Anzahl an Flugzeugen zur Miete an, damit zählen
- 5 sie zu den kommerziellen Luftfahrtanbietern und müssen auf ihre 2.800 Flüge pro Jahr
- 6 keine Kerosinsteuer zahlen. Durch diese Schlupflöcher gehen dem Staat mit dem
- 7 aktuellen Steuersatz von 65,45 ct/l jährlich 263,8 Millionen Euro verloren. Dieser
- 8 Steuersatz orientiert sich an dem von Benzin. Da eine Kerosinsteuer im öffentlichen
- 9 Flugverkehr zu Lasten der Normalverbraucher*innen ginge, fordern wir eine Besteuerung
- 10 des Privatverbrauchs, da die CO2-Belastung pro Passagier*in bei einer geringeren
- 11 Anzahl von Passagier*innen in einem Privatjet deutlich steigt. Auf Kosten der Umwelt
- 12 und geringer verdienenden Menschen werden so mehr Privatflüge als nötig durchgeführt,
- 13 häufig auf kurzen Strecken.
- 14 Der § 11 II Luftverkehrssteuergesetz soll wieder dahingehend geändert werden, dass
- 15 mehr als 2,33 Milliarden Euro an Steuern eingenommen werden können. Die
- 16 Gesetzesänderung, dass ab 2025 der Steuersatz automatisch sinkt, wenn die Einnahmen
- 17 2,33 Milliarden Euro übersteigen, ist rückgängig zu machen. Für Sportflüge sehen wir
- 18 nicht die Notwendigkeit einer Besteuerung, aber für Privatflüge aus gewerblichen
- 19 Zwecken.

Antrag U04: Schleppnetzfisherei nachhaltig gestalten, das Ökosystem Meer schützen!

Laufende Nummer: 40

Antragsteller*in:	Jusos Unterbezirk Nienburg
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dass in Deutschland bis spätestens 2030 die Fischerei mit
- 2 Grundschleppnetzen in Meeresschutzgebieten verboten wird. (Darüber hinaus sollen
- 3 nachhaltigere Alternativen für Dolly Ropes gefunden werden)

Begründung

Bei der Grundschleppnetzfisherei werden Fische mit Netzen gefangen, die durch Metallkugeln und -ketten beschwert über den Meeresboden gezogen werden, um Tiere aufschrecken und in das Netz zu treiben. Laut dem BUND sind die größten Schiffe, die mit Grundschleppnetzen hantieren, bis zu 140 Meter lang und haben eine Kapazität von bis zu 500 Tonnen an Fischen. Das Fischen mit Grundschleppnetzen gleicht im Prinzip einem Fischen nach Zufallsprinzip, was dazu führt, dass diese Art des Fischfangs gewaltige Beifangraten von bis zu 90% hat. Alleine im Zeitraum von 2015-2019 wurden in der EU etwa 1.000.000 Tonnen toter Meerestiere durch den Beifang bei der Schleppnetzfisherei gefunden. Wenn man dabei noch bedenkt, dass in Küstenregionen 34% der Fischbestände überfischt und 60% von der Überfischung bedroht sind, wirft das gewaltige Fragezeichen über die Nachhaltigkeit dieser Fangmethoden auf.

Dank moderner Technik wie Sonaren, Echoloten etc. können Fischschwärme gezielt geortet werden. Der tägliche Fangbetrieb führt die Schiffe dabei nicht selten in Meeresschutzgebiete mit Kaltwasserkorallen oder Schwimmkolonien, für die Fangmethoden wie die Grundschleppnetzfisherei sehr gefährlich sind und die dem Ökosystem sehr schaden können. Gleichzeitig werden durch die Grundschleppnetze nicht selten Sedimente zerstört, was im Zeitraum zwischen 1996 und 2022 zu einer jährlichen Freisetzung von rund 300 Millionen Tonnen CO₂ geführt hat, zu denen noch die teilweise sehr hohen Kraftstoffverbräuche der Fangkutter kommen. All das sorgt unter anderem dafür, dass die Treibhausgasemissionen der weltweiten Grundschleppnetzfisherei in etwa vergleichbar mit denen aus Bodenveränderungen in der Landwirtschaft sind.

Ein weiterer kritischer Punkt der Grundschleppnetzfisherei sind die sogenannten Dolly Ropes. Diese sind kleine Netze, die am Grund des Schleppnetzes angebracht werden und gezielt abreißen sollen, wenn sich das Netz mal verhakt. Laut dem Umweltbundesamt gehen in der Nutzphase von Grundschleppnetzen rund 50% der Dolly Ropes verloren. Diese bestehen meist aus Plastik, weshalb sie bis zur vollständigen Zersetzung nach rund 600 Jahren Mikroplastik freisetzen. Genau diese Verunreinigung durch Mikroplastik stellt ein erhebliches Risiko für Fische und Vögel dar. Hier könnten vor allem deutlich nachhaltigere Optionen wie Dolly Ropes auf Hanf oder Sisal eingesetzt werden, die weitaus schneller abbaubar sind.

2023 kam die EU-Kommission schon zu dem Ergebnis, dass in allen EU-Mitgliedsstaaten die Fischerei mit Grundschleppnetzen bis 2030 verboten werden muss. Gegen diese Pläne kam aber bisher gewaltiger Widerstand vom Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir, der sogar gegen ein pauschales Verbot in der EU kämpfen wollte. Auch weitere EU-Staaten wollen das Verbot blockieren. Aufgrund der massiven ökologischen und klimatechnischen Schäden für das Ökosystem fordern wir aber, dass die Pläne der EU-Kommission möglichst schnell auch seitens Deutschland umgesetzt und Grundschleppnetze verboten werden und bis dahin nachhaltigere Alternativen für Dolly Ropes genutzt werden.